



# **Die Rede des japanischen Außenministers aus Anlass des Beitritts Japans zu den Vereinten Nationen im Dezember 1956**

## **Analyse und Kommentar**

[September 2001]

### **Vorwort**

Das zentrale Dokument dieser Studie ist die Originalfassung der Rede des japanischen Außenministers Shigemitsu Mamoru, gehalten am 18.12.1956 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen aus Anlass der Aufnahme Japans. Die Ausfertigung stammt aus dem diplomatischen Archiv des japanischen Außenministeriums. Die Qualität der im Anhang beigefügten Kopie entspricht der des mir überlassenen Exemplars. Hilfreich bei der Beleuchtung der Situation des Beitritts selbst ist das Protokoll der Sitzung, aus dem die Kommentare der Vertreter einzelner Mitgliedsländer ersichtlich sind. Hierbei war zu berücksichtigen, dass die Äußerungen diplomatischer Natur waren und daher zu diesem Zeitpunkt keine Kritik an Japan, wohl aber an verschiedenen Punkten des Systems der Vereinten Nationen selbst anklingen ließen. Hinsichtlich der Konferenz von Bandung 1955 ist anzumerken, dass in der verwendeten Literatur zwar regelmäßig Verweise auf die Konferenz zu finden waren, eine zusammenhängende Darstellung konnte jedoch, zumindest in einer europäischen Sprache, nicht gefunden werden. Die Rolle Japans in diesem Zusammenhang wurde daher hauptsächlich durch die in diesem Jahr erschienene umfassende Veröffentlichung von Miyagi Taizō erschlossen.

Der Begriff „Vereinte Nationen“ wird je nach Satzzusammenhang bedeutungsgleich mit „UN“ (United Nations) bzw. „UNO“ (United Nations Organisation) verwendet. Der japanischen Schreibweise entsprechend steht bei japanischen Namen der Familien-

name an erster Stelle. Für die Umschrift japanischer Begriffe wurde generell das gebräuchliche „revidierte Hepburn-System“ verwendet. Chinesische Namen wurden in Ausnahmefällen in ihrer etablierten Schreibweise, generell jedoch nach der „Pinyin-Umschrift“ wiedergegeben. Übersetzungen ins Deutsche stammen, sofern nicht anders angegeben, von mir. Die vorliegende Studie wurde nach den Regeln der neuen deutschen Rechtschreibung verfasst.

## **Einleitung**

Im Rahmen dieser Studie wird die Antrittsrede des japanischen Außenministers Shigemitsu Mamoru anlässlich der Aufnahme Japans in die Vereinten Nationen am 18.12.1956 untersucht werden. Durch Analyse und Kommentierung der wichtigsten Passagen soll die innen- und außenpolitische Situation Japans zu diesem Zeitpunkt erschlossen werden, um Japans Position in der internationalen Staatengemeinschaft zu verdeutlichen und zu bestimmen. Da der Schwerpunkt der japanischen Innen- und ab 1952 auch der Außenpolitik auf dem Wiederaufbau der Wirtschaft und der Erschließung internationaler Handelsbeziehungen lag, wird die Entwicklung und Struktur in diesem Bereich ein zentrales Thema sein. Zum Verständnis der jeweiligen Position zum Zeitpunkt der Rede wird dabei die Entwicklung auf der Basis der Ausgangssituation nach der Kapitulation 1945 und besonders nach Japans Unabhängigkeit 1952 dokumentiert und untersucht werden.

Nach einer kurzen Einführung in das Verhältnis Japans zur internationalen Völkergemeinschaft und die Entstehung und Entwicklung der Vereinten Nationen wird zunächst die Rede selbst im Wortlaut vorgestellt, wobei ich meine eigene Übersetzung vom Japanischen ins Deutsche verwende. Die nachfolgende Analyse beginnt mit der Untersuchung der ausführlichen Dankesbezeugungen, die an Staaten und Personen gerichtet werden, die Japans Bestreben, in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden, aktiv oder aufgrund ihrer Haltung unterstützt hatten. Die in der Vollversammlung abgegebenen Stellungnahmen einzelner Vertreter werden dabei das Verhältnis zu Japan, zumindest unter den aktuellen diplomatischen Rahmenbedingungen der Vollversammlung, verdeutlichen und werden dabei die „Atmosphäre“, in der der Beitritt Japans erfolgte, vermitteln.

Die in der Rede vertretenen Maximen der japanischen Politik, Frieden und Demokratie, werden zunächst den generellen Rahmen für Japans Außenpolitik durch den Abschluss des Friedensvertrages von San Francisco und den gleichzeitigen Sicherheitsvertrag mit den USA, das „San Francisco System“, erschließen. Danach wird die Bedeutung der Begriffe „Frieden“ und „Souveränität“ für Japan diskutiert und die problematische Rolle und Entwicklung der japanischen Streitkräfte als Resultat des Sicherheitsvertrages thematisiert. Das so entstehende Bild wird durch die Vergegenwärtigung des Systems der japanischen Regierungspolitik, das „1955er System“, ergänzt. Die Untersuchung der Struktur der ab 1955 allein regierenden Liberaldemokratie

kratischen Partei LDP wird schließlich die bestimmenden Faktoren dessen, was die demokratische Realität Japans zum Zeitpunkt der Rede ausmacht, verdeutlichen.

Shigemitsus Stellungnahme zu den aktuellen Konflikten, die die Vereinten Nationen beschäftigten, wird zunächst durch eine kurze Darstellung der Ereignisse selbst herausgearbeitet und Japans Interesse hinsichtlich der Handlungsspielräume der Vereinten Nationen beleuchtet. Der Appell an die Vollversammlung, sich ideologischer Thematik zu enthalten, wird vor dem Hintergrund des Kalten Krieges durch Japans Verhältnis zur Volksrepublik China und zur Sowjetunion erklärt, dieselbe Thematik wird später als Position im Zusammenhang mit der Bandung-Konferenz nochmals aufgegriffen.

Shigemitsus Hinweis auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Entwicklung in Asien als Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens wird zuerst auf Japans eigene Mobilisierungsmaßnahmen hin untersucht. Im Mittelpunkt stehen hierbei nicht wirtschafts- oder finanzpolitische Zusammenhänge, sondern die Instrumente, über die die Bevölkerung direkt und indirekt durch Regierung und Verwaltung unter demokratischen Vorzeichen auf das nationale Ziel der Wirtschaftsentwicklung hin umfassend beeinflusst wurde. Das Verhältnis Japans zu den Staaten Südostasiens wird auch deren wirtschaftliche Situation aufzeigen, wobei die Entwicklung bilateraler Beziehungen am Beispiel Indonesiens auch hinsichtlich im Friedensvertrag von San Francisco zugesagter Reparationszahlungen Japans untersucht wird. Japans Bekenntnis zur Teilnahme an der Konferenz asiatisch-afrikanischer Staaten im indonesischen Bandung 1955 wird Aufschluss über Japans Haltung in seinem Selbstverständnis als asiatisches Land geben. Die Analyse der Idee dieser Konferenz, die Untersuchung der japanischen Haltung während des Verlaufs und der gemeinsamen Erklärung aller Teilnehmerstaaten werden Japans politischen Standpunkt dabei beleuchten. Aus der Summe der so gewonnenen Erkenntnisse soll am Ende der Untersuchung gezeigt werden, dass die Antrittsrede als Positionspapier anzusehen ist, das Japans Stellung in der Welt zum Zeitpunkt der Aufnahme in die Vereinten Nationen sowie seine Ziele klar zum Ausdruck bringt. Die nachweisbaren Auswirkungen, die Japans Verhältnis zur internationalen Staatengemeinschaft mit sich brachte, werden durch eine Übersicht über die bi- und multilateralen internationalen Verträge, die 1956 und 1957 von der UNO registriert wurden und Japan als Vertragspartner aufführen, belegt.

## 1. Die Vorgeschichte

Bereits 1920 hatte sich eine Vereinigung von Staaten gebildet, deren Ziele die Sicherung des Weltfriedens sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Nationen waren. Die Bildung einer solchen Weltorganisation war 1918 durch ein Konzept des amerikanischen Präsidenten T.W. Wilson angeregt worden, um politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der Mitglieder zu gewährleisten. Die Bildung des „Völkerbundes“ wurde auf der Pariser Friedenskonferenz am 14.02.1919 beschlossen, seine Satzung trat als Teil des Versailler Vertrages am 10.01.1920 in

Kraft. Die Mitglieder verpflichteten sich, eventuelle Streitigkeiten friedlich zu lösen und bei Bedarf den Völkerbundsrat anzurufen, der ohne die Stimmen der streitenden Parteien eine Lösung vorschlagen konnte, die bei Einstimmigkeit im Rat für beide Parteien bindend war. In innerstaatliche Angelegenheiten durfte der Völkerbund allerdings nicht eingreifen. Bis zu seiner Auflösung 1946 waren ihm phasenweise bis zu 59 Staaten angeschlossen. Er bemühte sich nach Aufnahme seiner Tätigkeit häufig erfolgreich um die friedliche Schlichtung von Streitigkeiten, setzte sich für den Schutz nationaler Minderheiten ein und war in der Flüchtlingshilfe aktiv. Sein größtes internationales Ansehen erreichte er durch die Unterstützung der deutsch-französischen Entspannungspolitik, die mit den Locarno-Verträgen 1925 zu einer weitgehenden Normalisierung im Verhältnis der beiden Staaten führte. Deutschland wurde als Folge der Verträge 1926 Mitglied und erhielt einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat.

## 1.1 Japans Austritt aus dem Völkerbund

Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs spielten im Völkerbund eine führende Rolle. Japan hatte als Verbündeter Großbritanniens ebenfalls auf Seiten der Alliierten teilgenommen und gehörte mit Frankreich, Großbritannien und Italien zu den vier ständigen Mitgliedern des Völkerbundsrates. Dazu gehörten noch vier nicht-ständige Mitglieder, die jährlich durch die Vollversammlung gewählt wurden. Ähnlich der Struktur der späteren „Vereinten Nationen“ verfügte auch der Völkerbund neben den beiden genannten Gremien über einen Generalsekretär, der jedoch nicht mit selbstständigen Handlungskompetenzen ausgestattet war, sowie über angeschlossene Sonderorganisationen wie den Ständigen Internationalen Gerichtshof und die Internationale Arbeitsorganisation.

Die USA waren paradoxerweise kein Mitglied des Völkerbundes, da der amerikanische Senat den Versailler Vertrag abgelehnt hatte. Japan vermisste allerdings eine gleichberechtigte Position neben den westlichen Siegermächten. Bereits 1919, bei der Vorbereitung des Versailler Vertrages, wurde sein Vorschlag zur Festschreibung der Gleichberechtigung aller Rassen abgelehnt. Als Resultat der Washingtoner Konferenz 1922 musste es weiterhin die im Laufe des Ersten Weltkriegs annektierten, ehemaligen deutschen Pachtgebiete in China wieder aufgeben und seine Flotte gegenüber den USA und Großbritannien im Verhältnis 5:5:3 beschränken. 1931 besetzten japanische Truppen die Mandschurei und errichteten 1932 den Marionettenstaat Manchukuo. Nachdem dies vom Völkerbund verbal missbilligt wurde, trat Japan 1933 aus. Deutschland verließ den Völkerbund im selben Jahr, nachdem es sich zuvor auch von den Genfer Abrüstungsgesprächen distanziert hatte. Italien verließ den Staatenbund schließlich 1937, nachdem ein über Italien wegen dessen Überfall auf Äthiopien verhängtes Waffenembargo wirkungslos geblieben war. Das Unvermögen des Völkerbundes, der aggressiven Expansionspolitik dieser Länder Einhalt zu gebieten, kennzeichnete seine zunehmende Ineffektivität vor und nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

## 1.2 Die Anfänge der Vereinten Nationen

In diesem Kapitel soll ein Einblick in die Entstehung der Vereinten Nationen gegeben und am Beispiel des Korea-Krieges die Verfahrens- und Vorgehensweise der Organisation deutlich werden. Obwohl der Völkerbund, der sich in der Vergangenheit wegen fehlender Kompetenzen als wenig geeignetes Instrument bei der Verhinderung von Aggression und Krieg erwiesen hatte, noch existierte, wurde unter den Staaten, die sich im Zweiten Weltkrieg mit Deutschland, Italien und Japan im Kriegszustand befanden, der Ruf nach der Schaffung einer Organisation laut, die in der Lage sein sollte, durch Friedenssicherung eine neue Weltordnung zu schaffen. Im Unterschied zum Völkerbund sollte die neue Organisation die USA einschließen. Um die Zustimmung des US-Senats zu erreichen, schien es daher notwendig, von vornherein die außenpolitischen Interessen der USA zu berücksichtigen.

Auf Initiative Großbritanniens wurde am 12. Juni 1941 in London zunächst eine Erklärung erarbeitet, die von den Vertretern der Alliierten Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Belgien, Griechenland, Luxemburg, Holland, Norwegen, Polen Jugoslawien sowie von der provisorischen Regierung der Tschechoslowakei und General de Gaulle als Repräsentant des freien Frankreich unterschrieben wurde. Die USA und die UdSSR waren nicht vertreten. In der Erklärung wurde betont, dass „die einzige wirkliche Basis für einen dauerhaften Frieden in der Bereitschaft der freien Völker zur Zusammenarbeit liegt in einer Welt, in der alle, befreit von der Bedrohung der Aggression, wirtschaftliche und soziale Sicherheit genießen können.“ Die Unterzeichner-Staaten bekräftigten, dass sie bereit seien, „zusammen dafür zu arbeiten, zusammen mit anderen freien Völkern in Krieg und Frieden, um dieses Ziel zu erreichen“.<sup>1</sup>

Der amerikanische Präsident Roosevelt sah ebenfalls, und zwar bereits vor dem Angriff Japans auf den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbour am 07.12. 1941, die Notwendigkeit zur Schaffung einer Weltorganisation zur Friedenssicherung, wobei nach seinem ursprünglichen Konzept die USA und Großbritannien hierbei die Führung übernehmen sollten. Er lud daher den britischen Ministerpräsidenten Churchill im Sommer 1941 zu einem Treffen ein, das auf einem amerikanischen Kriegsschiff vor der Küste Neufundlands stattfand. Roosevelt konnte seine Vorstellungen weitgehend durchsetzen, so dass die neu zu schaffende Weltorganisation mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in den USA in der gemeinsamen Abschlusserklärung, der „Atlantik-Charta“, am 14.08.1941 nur in einem Nebensatz erwähnt wurde. Die Charta enthielt vielmehr gemeinsame Prinzipien für die jeweilige Außenpolitik der beiden Länder. Beide wendeten sich gegen jegliche territorialen Expansionsbestrebungen, traten für ein Selbstbestimmungs- und Wahlrecht aller Völker ein, für gleiche Bedingungen beim Welthandel und Zugang zu den Rohstoffen, die die Länder für ihren wirtschaftlichen Wohlstand benötigten. Beide Politiker sprachen sich für

---

<sup>1</sup> Volger, Helmut: Geschichte der Vereinten Nationen. München 1995, S. 3, Anm. 8

die Absage an Gewalt in der Außenpolitik aus und hofften, dass nach der Zerstörung der Nazi-Tyrannie alle Nationen zu dieser Auffassung gelangen würden, damit alle Menschen in ihren Ländern ihr Leben frei und in Sicherheit verbringen könnten.

Am 24.09.1941 schlossen sich die Mehrzahl der Unterzeichner der Londoner Erklärung vom 12.06. sowie die UdSSR, die nach dem deutschen Angriff im Juli mit Großbritannien ein Abkommen gegen Hitler geschlossen hatte, der Atlantik-Charta ausdrücklich an.

Nach dem Überfall auf Pearl Harbour erklärten die USA am 08.12.1941 Japan den Krieg, was am 11.12. mit einer Kriegserklärung seitens Deutschlands und Italiens gegenüber den USA beantwortet wurde. Die USA waren daraufhin an einem breiten militärischen und wirtschaftlichen Bündnis interessiert. Ein solches politisches Bündnis wurde am 01.01.1942 nach einem Treffen zwischen Roosevelt und Churchill in Washington geschlossen. Die „Erklärung Vereinter Nationen“, die die Atlantik-Charta ausdrücklich billigen, besagte, dass „Die Vertrag schließenden Regierungen [...], in der Überzeugung, dass der vollständige Sieg über ihre Feinde wesentlich dafür ist, um Leben, Freiheit, Unabhängigkeit und Religionsfreiheit zu verteidigen und Menschenrechte und Gerechtigkeit zu bewahren, sowohl in ihren eigenen Ländern als auch in anderen Ländern, und dass sie nun in einen gemeinsamen Kampf gegen wilde und brutale Kräfte verwickelt sind, welche die Welt zu unterwerfen suchen, erklären, dass (1) jede Regierung sich verpflichtet, ihre gesamten Ressourcen militärischer und wirtschaftlicher Art gegen diese Mitglieder des dreiseitigen Paktes [gemeint sind Deutschland, Italien und Japan] und ihre Unterstützer anzuwenden, mit denen sich eine solche Regierung im Krieg befindet; dass (2) jede Regierung sich verpflichtet, mit den Regierungen der Unterzeichnerstaaten zusammenzuarbeiten und keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden mit den Feinden zu schließen. Der vorstehenden Erklärung können andere Staaten beitreten, welche materielle Hilfe und Beiträge in dem Kampf für den Sieg und gegen den Hitlerismus leisten oder leisten werden.“<sup>2</sup> Die Erklärung wurde von 26 Staaten unterzeichnet und 21 weitere traten dem Bündnis im Laufe des Krieges bei. Die Bezeichnung „Vereinte Nationen“ sollte zwar auf die spätere Weltorganisation übergehen, die Erklärung selbst enthielt jedoch noch keine diesbezüglichen Details.

In den folgenden Monaten erwogen Roosevelt und Churchill verschiedene Konzepte für die zu gründende Weltorganisation, wobei die Gewährleistung der Sicherung des Weltfriedens in die Hände der vier Großmächte gelegt werden sollte. Obwohl Churchill China, das von Japan besetzt war, dazu nicht in der Lage sah und Probleme in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion befürchtete, ähnelten sich die Vorstellungen beider Staatsmänner. Die Außenministerien der USA und Großbritanniens äußerten sich bezüglich der Realisierbarkeit des Konzepts der alleinigen Dominanz der Großmächte allerdings skeptisch. Roosevelts Konzeption entsprechend arbeiteten die USA und Großbritannien im August 1943 den Entwurf für einen Deklarations- text aus, der nach Möglichkeit auch von der UdSSR und China akzeptiert werden

---

<sup>2</sup> Volger, Helmut: a.a.O., S.4f, Anm. 11

sollte. Darin würden die vier Regierungen „die Notwendigkeit anerkennen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine allgemeine internationale Organisation für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu errichten, die auf der souveränen Gleichheit aller Nationen basiert und offen ist für die Mitgliedschaft aller Nationen...“ Auf einer Außenministerkonferenz im November 1943 einigten sich die Repräsentanten der USA, Großbritanniens, der UdSSR und Chinas tatsächlich auf eine gemeinsame Erklärung. Auf Veranlassung der Sowjetunion war lediglich zwischen den Wörtern „aller“ und „Nationen“ das Wort „friedliebender“ eingesetzt worden. Damit sollte sichergestellt werden, dass die ehemaligen Feindstaaten später nicht ohne Weiteres automatisch Mitglieder der neuen Weltorganisation werden konnten. Gleichzeitig einigten sich die drei Großmächte auf die Aufnahme inoffizieller Konsultationen über grundsatzfragen zum Thema. Man kam, immer noch weitestgehend nach Roosevelts Vorstellungen, in der Folge überein, dass die neue Organisation aus drei Gremien bestehen sollte: einer Vollversammlung, die Probleme diskutieren und Empfehlungen abgeben sollte, einem Exekutivkomitee, bestehend aus den vier Großmächten und Vertretern anderer Staaten, das sich mit nicht-militärischen Fragen beschäftigen sollte, und schließlich den „Vier Polizisten“ als Hauptexekutivorgan, ausgestattet mit der Macht, jeder Friedensbedrohung entgegen zu treten.

Da die Sowjetunion kein eigenes Konzept besaß, sollten die USA nach dieser grundsätzlichen Übereinstimmung daran gehen, einen detaillierten Plan für die Weltorganisation zu erarbeiten. Der Ende 1943 vom State Department entwickelte „Outline-Plan“ enthielt bereits alle Strukturmerkmale der späteren Charta der Vereinten Nationen. Als Gremien waren nun die Vollversammlung, ein Exekutivrat und ein Internationaler Gerichtshof vorgesehen. In Abstimmung mit den drei anderen Mächten entstand daraus eine überarbeitete Fassung, die Frankreich als fünftes ständiges Mitglied im Exekutivrat vorsah und regionale Absprachen und Organisationen im Rahmen des vorgesehenen Sicherheitssystems berücksichtigte. In der Nähe von Washington, in Dumbarton Oaks, sollte im Sommer 1944 eine Konferenz stattfinden, bei der die endgültigen Statuten erarbeitet werden sollten. Da die UdSSR zu diesem Zeitpunkt noch offiziell mit Japan verbündet war, mit dem China sich im Krieg befand, sollte die Sowjetunion am ersten Teil der Konferenz teilnehmen, China am zweiten. Die erste Konferenzphase mit der UdSSR dauerte fünf Wochen, die anschließende mit China nur eine, da China den meisten Vorschlägen ohne Diskussion zustimmte. In zwei Punkten konnte zunächst keine Einigung erzielt werden: in der Ausübung des Vetorechts und in der Frage der Mitgliedschaft. Die unterschiedlichen Positionen wurden jedoch auf der Gipfelkonferenz von Jalta im Februar 1945 durch Kompromisse ausgeglichen. Für den 25.04.1945 wurde daraufhin eine Konferenz in San Francisco anberaumt, zu der alle 45 Staaten eine Einladung erhielten, die die „Erklärung der Vereinten Nationen“ unterzeichnet oder sich den Alliierten später angeschlossen hatten. Die einzige Ausnahme bildete Polen, da sich die UdSSR und die Weststaaten nicht auf eine gemeinsame Vertreterbefugnis einigen konnten. Kurz vor Beginn der Konferenz starb der amerikanische Präsident Roosevelt am 12.04.1945. Sein Nachfolger Harry S. Truman erklärte bereits kurz nach seiner Vereidigung, dass die Konfe-

renz wie geplant stattfinden würde und dass die Unterstützung für dieses Projekt von Seiten der USA uneingeschränkt weiterbestehe.

Am 25.04.1945 wurde die Konferenz unter Vorsitz des US-Außenministers Edward Stettinius eröffnet. Bereits am dritten Tag wurde eine Entscheidung getroffen, die für den weiteren Verlauf der Konferenz und den endgültigen Text der Charta von entscheidender Bedeutung war. Die Grundlage für die weiteren Verhandlungen sollten die Vorschläge von Dumbarton Oaks bilden, ergänzt durch die Beschlüsse der Jalta-Konferenz, die chinesischen Vorschläge und die Kommentare der Teilnehmerstaaten zu den Vorschlägen. Die Charta der Vereinten Nationen entwickelte sich demzufolge als Variation der Vorschläge von Dumbarton Oaks. Die heftigsten Diskussionen wurden um den Sicherheitsrat und seine Befugnisse geführt. Die fünf ständigen Mitglieder, die im Gegensatz zur Struktur des Völkerbundes als einzige über ein umfassendes Vetorecht verfügen sollten, mussten beispielsweise nach ihrer Vorstellung ohne Ausnahme Maßnahmen zur Friedenssicherung zustimmen. Sie setzten dies gegen Widerstand anderer Teilnehmer auch durch, nachdem sie angedroht hatten, Beschlüsse des Sicherheitsrates bei einem anderen Abstimmungsverfahren nicht zu befolgen. Diese Interpretation sorgte in den folgenden Jahrzehnten dafür, dass bei internationalen Konflikten selbst friedliche Maßnahmen durch ein Veto blockiert werden konnten. Weitere Kontroversen gab es bezüglich der Anzahl und Zusammensetzung der nicht ständigen Ratsmitglieder. Sie wurde zunächst auf Sechs festgelegt, wobei in Artikel 23 der Charta festgehalten wurde, dass das Kriterium bei der Wahl eine angemessene geographische Verteilung der Sitze erfolgen solle. Die Vertreter der kleinen und mittleren Staaten waren generell bemüht, der Machtposition der Großmächte in irgendeiner Form entgegen zu treten und setzten sich für eine Aufwertung der Rolle der Generalversammlung ein. Nach den Vorschlägen von Dumbarton Oaks sollte sie im Bereich der Friedenssicherung lediglich Prinzipien aufstellen, hinsichtlich der Wahrung des Weltfriedens waren keine Kompetenzen vorgesehen. Nach zähem Ringen wurde auf Vorschlag der USA der spätere Artikel 11 eingefügt, der der Generalversammlung die Kompetenz zugestand, alle die Wahrung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit betreffenden Fragen zu erörtern und Verurteilungen oder Empfehlungen an betroffene Staaten oder den Sicherheitsrat zu richten. Sobald sich der Sicherheitsrat jedoch mit einem Problem befassen würde, waren zusätzliche Stellungnahmen seitens der Generalversammlung nicht mehr erlaubt.

Auch die Aufnahme neuer Mitglieder durch die Generalversammlung oder auch die Wahl eines Generalsekretärs sollte nur auf Empfehlung des Sicherheitsrates erfolgen können und auch hier setzten sich die Großmächte gegen alle Alternativvorschläge letztendlich durch. Bis auf geringfügige Kompromisse blieb die vorgesehene Ordnung unter dem Sicherheitsrat in dieser Frage erhalten. Die Stellung des Generalsekretärs gab wenig Anlass zu Diskussionen. Er erhielt in Artikel 99 der Charta das Recht, „die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf jede Angelegenheit [zu] lenken, die nach seinem Dafürhalten geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden“.<sup>3</sup> Ansonsten sollte er als oberster Verwal-

---

<sup>3</sup> Volger, Helmut: a.a.O., S. 25

tungsbeamter organisatorische Funktionen übernehmen und der Generalversammlung jährlich Bericht erstatten. Der Internationale Gerichtshof sollte schließlich von jedem Mitglied angerufen werden können, eine Anerkennung seiner obligatorischen Zuständigkeit wurde jedoch von den USA und der UdSSR abgelehnt. Zur Durchsetzung der Entscheidungen des Gerichtshofs sollte bei Bedarf der Sicherheitsrat angerufen werden können, um den Verpflichtungen aus den Urteilen gegebenenfalls durch Maßnahmen oder Empfehlungen Nachdruck zu verleihen.

Das Ergebnis der Konferenz von San Francisco veränderte die Vorschläge von Dumbarton Oaks zwar in einigen kleineren Punkten, der beherrschende Einfluss der Großmächte blieb jedoch wie vorgesehen erhalten. Dennoch schien die Charta zu ihrer Zeit das Maximum an Kompromissbereitschaft darzustellen, das zwischen den Großmächten einerseits sowie zwischen den Mittel- und Kleinstaaten andererseits zu erreichen war. Die Charta wurde am 26.06.1945 durch die Vertreter der Teilnehmerstaaten unterzeichnet und die United Nations Organisation (UNO) nach der Ratifizierung der Charta durch die Mehrzahl der Parlamente am 24.10.1945 gegründet. Der Besitz, die sozialen, wirtschaftlichen und humanitären Aktivitäten des Völkerbundes wurden nach dessen formeller Auflösung im Frühjahr 1946 von den Vereinten Nationen übernommen. Interessant auch für den diesbezüglichen Hintergrund des Verhaltens der USA gegenüber Japan nach der Kapitulation ist die Position von Noam Chomsky.<sup>4</sup> Er sieht die eigentlichen „Architekten“ der neuen Weltordnung in den Vertretern der Privatwirtschaft, hauptsächlich der großen Konzerne. Da die USA schon vor dem Zweiten Weltkrieg die stärkste Wirtschaftsmacht waren und auch während des Krieges im Gegensatz zu ihren Konkurrenten ökonomisch aufblühten, übernahmen sie aus eigenem Interesse „die Verantwortung für das Wohlergehen des kapitalistischen Weltsystems“. Als die USA nach Kriegsende eine bislang beispiellose Machtposition erreicht hatten, ging es den „hauptsächlichen Architekten“ darum, ein ihren Interessen angemessenes System zu entwerfen, also ein politisches und wirtschaftliches Klima zu schaffen, das privaten Investitionen förderlich war. Chomsky stützt seine These unter anderem auf Aussagen des Leiters des außenpolitischen Planungsstabes der USA, George Kennan, der bereits 1948 dazu riet, Diskussionen über „verschwommene und unrealistische Ziele wie Menschenrechte, Anhebung des Lebensstandards und Demokratisierung“ zu beenden und „frei von idealistischen Phrasen“ mit „eindeutigen Machtkonzepten“ zu arbeiten. Idealistische Phrasen seien jedoch für die öffentliche Diskussion schön, faktisch sogar unerlässlich.<sup>5</sup> Chomsky interpretiert die Vereinten Nationen bis in die 60er Jahre demzufolge als verlässliches Instrument der US-amerikanischen Außenpolitik und ihrer Hintermänner.

Die erste größere Bewährungsprobe für das neue Sicherheitssystem der Vereinten Nationen erwuchs nach der Kapitulation Japans 1945 auf dem Schauplatz Korea. Nach Absprache hatten im September 1945 sowjetische Truppen die Gebiete nördlich des 38. Breitengrades, die USA die Gebiete südlich davon, besetzt. Die beiden

<sup>4</sup> Chomsky, Noam: *Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung*. Deutsche Erstausgabe, Europa Verlag: 2000

<sup>5</sup> Chomsky, Noam: a.a.O., S. 24

Alliierten konnten sich jedoch nicht auf ein Verfahren zur Errichtung einer provisorischen demokratischen Regierung für ganz Korea einigen. Auf Antrag der USA befasste sich daher Ende 1947 die Generalversammlung der UNO mit der Korea-Frage. Die Generalversammlung beschloss am 14. November, eine UN-Kommission nach Korea zu entsenden, die allgemeine Wahlen beobachten und bei der Konstituierung einer nationalen Regierung helfen sollte. Danach sollten die ausländischen Truppen binnen 90 Tagen abgezogen werden. Die UdSSR und die nordkoreanischen Behörden verweigerten der Kommission allerdings die Einreise, sodass sie nur die südkoreanischen Wahlen im Mai 1948 verfolgen konnte. Am 12. Juli verabschiedete das neu gewählte südkoreanische Parlament eine Verfassung und nach Etablierung einer Regierung im August erklärten die USA offiziell, dass diese berechtigt sei, als die Regierung von Korea betrachtet zu werden. Parallel dazu wurden in Nordkorea am 25. August Wahlen für die Oberste Volksvertretung abgehalten. Die daraus am 7. September gebildete Regierung wurde sofort von der UdSSR anerkannt. Nach dieser vollzogenen Teilung zogen sich die Truppen der USA und der UdSSR ab September 1948 aus Korea zurück. Auf Betreiben der USA verfasste die Generalversammlung der UNO am 12. Dezember jedoch eine Resolution, in der die südkoreanische Regierung als einzige demokratisch gewählte und daher rechtmäßige Regierung Koreas anerkannt wurde. Die UN-Kommission in Korea sollte daher vor Ort bleiben und sich um eine Vereinigung beider Landesteile bemühen, da ein Krieg zwischen den rivalisierenden Regimen befürchtet wurde.<sup>6</sup> Da beide Regierungen Vermittlungen durch die Kommission ablehnten, konnte diese nur zunehmende militärische Grenzkonflikte an die UNO melden. Am 25. Januar 1950 wurde die Kommission als UNO-Ansprechpartner von der südkoreanischen Regierung über eine Großoffensive nordkoreanischer Truppen über die Grenze informiert und die UNO um Hilfe gebeten. Auf Antrag des US-amerikanischen Vertreters trat der Sicherheitsrat noch am selben Tag zusammen. „Die UdSSR fehlte bei der Sitzung, weil sie seit Anfang Januar 1950 an den Sicherheitsratssitzungen nicht teilnahm, aus Protest gegen die Entscheidung des Sicherheitsrates, nicht – wie von der UdSSR am 10. Januar beantragt – die Republik China (Taiwan) aus der UNO auszuschließen und die Volksrepublik (VR) China, die sich am 1. Oktober 1949 nach dem Sieg der Kommunisten über die Armee Chiang Kaisheks konstituiert hatte, an deren Stelle in die UNO aufzunehmen.“ Aufgrund eines Resolutionsentwurfs der USA verurteilte der Sicherheitsrat das Verhalten Nordkoreas als Friedensbruch, forderte eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und den Rückzug der nordkoreanischen Truppen hinter den 38. Breitengrad. Die UN-Mitglieder wurden aufgefordert, bei der Durchführung dieser Resolution jegliche Unterstützung zu leisten. Da sich die Lage der südkoreanischen Truppen ständig verschlechterte, drängten die USA auf die Legitimierung militärischer Mittel. Unter Berufung auf die bisherige Resolution entsandte sie sofort Luft- und Seestreitkräfte zum Schutz der amerikanischen Zivilpersonen. Erst am 27. Juni verabschiedete der Sicherheitsrat eine weitere Resolution, die die UN-Mitglieder aufforderte, „diejenige Unterstützung zu gewähren, die sich als notwendig erweisen mag, um den bewaffneten Angriff zurückzuschlagen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

<sup>6</sup> Vgl. Volger, Helmut: Geschichte der Vereinten Nationen. München:1995, S. 67 f

wiederherzustellen.<sup>7</sup> Insgesamt beteiligten sich 15 Staaten an der folgenden Aktion, wobei die Einheiten der USA zwei Drittel der im Einsatz befindlichen Truppen ausmachten. Die USA wurden beauftragt, den Oberbefehlshaber zu stellen und US-Präsident Truman ernannte am 8. Juli General Douglas MacArthur, der gleichzeitig Oberbefehlshaber aller US-Truppen im Fernen Osten blieb. Am 27. Juli erklärte der UN-Vertreter der UdSSR, dass er in den Sicherheitsrat zurückkehren und ab August turnusmäßig den Ratsvorsitz übernehmen werde. Noch am 31. Juli legten die USA einen weiteren Resolutionsentwurf zum Koreakrieg vor, in dem alle Staaten aufgefordert werden sollten, jegliche Unterstützung für Nordkorea zu unterlassen. Seine Verabschiedung wurde jedoch von der UdSSR zunächst verzögert und am 6. September durch Veto verhindert.

Die Volksrepublik China hatte bereits seit Beginn der UN-Aktion gegen die Intervention protestiert und warnte ab Ende Oktober, dass China eingreifen werde, falls die UN-Truppen die Grenze nach Nordkorea überschreiten sollten. Trotz der Warnung Großbritanniens erlaubte MacArthur den Truppen der USA und der übrigen Verbündeten, in Nordkorea einzumarschieren. Am 6. November musste er dem Sicherheitsrat jedoch offiziell von Kriegshandlungen zwischen chinesischen und UN-Truppen berichten und wenige Wochen später waren die UN-Verbände nach Südkorea zurückgedrängt worden. Auf Vorschlag Großbritanniens wurde ein Vertreter der Volksrepublik China am 28. November vor dem Sicherheitsrat angehört. Ein Ergebnis dieser Anhörung kam jedoch durch das jeweilige Veto der USA bzw. der Sowjetunion nicht zustande. Nachdem die Diskussion in die Generalversammlung verlegt worden war und sich eine Vermittlergruppe um den Waffenstillstand bemühte, wurden Vorschläge des Vertreters der VR China besonders durch die USA zurückgewiesen. Diese drängten vielmehr auf die Verabschiedung einer Resolution, die China als Aggressor verurteilen sollte. Am 1. Februar 1951 setzte sich der Entwurf der USA durch und am 18. Mai beschloss die Generalversammlung zusätzlich als Empfehlung ein Waffenembargo gegen die VR China und Nordkorea. Ab Juli 1951 begannen Gespräche zwischen den Militärs Nord- und Südkoreas, die erst am 27. Juli 1953 in Form eines Waffenstillstandsabkommens zu einem Ergebnis kamen.

### **1.3 Dag Hammarskjöld, der zweite Generalsekretär der UNO**

Die Persönlichkeit des zweiten Generalsekretärs der Vereinten Nationen war ab 1953 prägend für das Erscheinungsbild der UNO in ihrem Bestreben, bei internationalen Konfliktsituationen als Schlichter und Friedensstifter aufzutreten. Sein Vorgänger Trygve Lie, ehemaliger Außenminister von Norwegen, hatte zunächst, ohne vergleichbare Vorbilder, versucht, Konturen für dieses Amt zu schaffen. Durch seine persönlichen Vorstöße, die oft nicht mit dem Sicherheitsrat abgestimmt waren, war er von dessen Mitgliedern häufig kritisiert worden. Als er sich im Fall des Korea-Krieges durch seine persönliche Forderung nach einem aktiven Eingreifen der UNO in Süd-

---

<sup>7</sup> Volger, Helmut: a.a.O., S.70, Anm. 164

korea der Möglichkeit beraubt hatte, als Schlichter zu fungieren und von der UdSSR daraufhin konsequent als parteiisch abgelehnt wurde, trat er am 10. November 1952 zurück. Die Suche nach seinem Nachfolger gestaltete sich wegen der verhärteten Fronten im Sicherheitsrat schwierig, bis schließlich Ende März 1953 der Vorschlag Großbritanniens und Frankreichs, der Schwede Dag Hammarskjöld, einstimmige Unterstützung durch die Ratsmitglieder fand. Hammarskjöld, zu dieser Zeit Staatsminister und stellvertretender Außenminister Schwedens sowie seit 1951 Mitglied der schwedischen Delegation bei den Vereinten Nationen, war bereits seit 1930 im Staatsdienst. Durch seine Tätigkeiten als Beamter des Finanzministeriums, als Vorsitzender der schwedischen Reichsbank und als Staatssekretär im Außenministerium galt er als zurückhaltender Staatsmann und exzenter Verwaltungs- und Verhandlungsexperte. Sein Rollenverständnis zur Position seiner neuen Aufgabe beschrieb er bei Amtsantritt so: „In meinem neuen Amt sollte die private Persönlichkeit verschwinden und der internationale öffentliche Beamte(*international public servant*) an seine Stelle treten...Er [*der Generalsekretär*] sollte...zuhören, analysieren und es lernen, die zugrunde liegenden Kräfte und Interessen der Beteiligten zu verstehen, sodass er befähigt wird, den richtigen Rat zu geben, wenn die Situation es erfordert. Denken Sie aber nicht, dass er – wenn er diese politische Linie verfolgt – nur eine passive Rolle bei der Entwicklung der Ereignisse übernimmt. Im Gegenteil, es ist eine sehr aktive Rolle. Aber er ist nur aktiv als Instrument, als Katalysator, vielleicht als Inspirator – er hat eine dienende Funktion.“<sup>8</sup> Während seiner Amtszeit trug er durch diese Haltung zu vermehrtem Einfluss der Vereinten Nationen insgesamt aber auch zum gesteigerten Prestige seines Amtes selbst bei. Durch seine persönlichen Kontakte zum Außenminister der VR China Zhou Enlai konnte er 1955 die Freilassung US-amerikanischer Piloten aus chinesischer Haft erreichen (Zhou verkündete deren Freilassung auf der Bandung-Konferenz 1955 als Zeichen der Gesprächsbereitschaft an die USA). 1956 wurde unter seiner Leitung das System einer UN-Friedenstruppe ins Leben gerufen, die in Absprache mit den Beteiligten friedenssichernd im Suez-Konflikt erstmalig zum Einsatz kam. Hammarskjöld kam auf einer Mission im Kongo-Konflikt am 18. September 1961 bei einem Flugzeugabsturz in Nord-Rhodesien, dem heutigen Sambia, ums Leben. Im selben Jahr wurde ihm posthum der Friedensnobelpreis verliehen.

## 2. Die Rede Shigemitsu Mamorus

Am Dienstag, den 18. Dezember 1956 wurde in einer Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen über die Aufnahme Japans als achtzigstes Mitglied entschieden. Ein Jahr zuvor hatte die UdSSR der Aufnahme einer Reihe neuer Mitglieder nicht widersprochen, ihr Veto im Fall Japans jedoch aufrechterhalten. Dies geschah offensichtlich zum Ausgleich dafür, dass die Republik China die Aufnahme der Mongolei durch ein Veto ihrerseits verhindert hatte. 1956 fielen sowohl die Empfehlung des Sicherheitsrates an die Vollversammlung als auch die Abstimmung selbst ein-

<sup>8</sup> Urquhart, Brian: Hammarskjöld. New York:1972, S. 15

stimmig zu Gunsten Japans aus. Nach der anschließenden offiziellen Begrüßung ergriff der japanische Außenminister Shigemitsu Mamoru das Wort: „Im Namen der Regierung und des Volkes von Japan möchte ich unsere tiefe Dankbarkeit für die warmen und freundlichen Worte, die der Präsident bei der Begrüßung unseres Landes vor den Vereinten Nationen gesprochen hat, ausdrücken. Es ist wahrlich ein Grund zur Dankbarkeit, dass unsere Zulassung zu dieser großen Weltorganisation während der Präsidentschaft eines ausgezeichneten Staatsmannes und Diplomaten, der unseren traditionellen Freund, Thailand, repräsentiert, erfolgt ist. Ebenso möchte ich mich für die freundlichen Grüße der Vizepräsidenten dieser Versammlung bedanken.

Vor nahezu fünf Jahren hat Japan sich erstmals um die Mitgliedschaft beworben. Unsere Bürger haben gänzlich verstanden, dass äußere Gründe, auf die wir keinen Einfluss hatten, für das Ausbleiben der Mitgliedschaft bis zum heutigen Tag Ausschlag gebend waren. Es ist ein Grund mehr zu tiefer Dankbarkeit für uns gegenüber den Abgeordneten der mit uns befreundeten Staaten, die unseren Antrag eifrig unterstützt haben. Ihre Stellungnahmen haben wir dankbar zur Kenntnis genommen.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um unsere aufrichtige Wertschätzung gegenüber den Vertretern der Staaten, die sich während dieser langen Jahre uneingeschränkt bemüht haben, die von uns gehegte Hoffnung zu verwirklichen, zum Ausdruck bringen. Ebenso möchte ich mich herzlich beim Generalsekretär bedanken, der durch seine große Klugheit, von der wir enorm profitiert haben, unseren Fall so nachdrücklich unterstützt hat.

Die Bürger Japans wünschen sich heute nichts sehnlicher als bleibenden Frieden und sind sich zutiefst der hohen Ideale bewusst, die menschliche Beziehungen bestimmen. Wir haben uns dafür entschieden, unsere Sicherheit und Existenz zu bewahren, indem wir auf Gerechtigkeit und Treue der friedliebenden Völker der Welt vertrauen. Wir erkennen an, dass alle Völker der Welt das Recht haben, in Frieden zu leben, frei von Furcht und Armut. Wir möchten einen ehrenvollen Platz in einer internationalen Gesellschaft einnehmen, die sich dafür einsetzt, Frieden zu bewahren und Tyrannie, Sklaverei, Unterdrückung und Intoleranz für immer von der Erde zu beseitigen.

Wir glauben, dass keine Nation allein sich selbst verantwortlich ist, sondern dass die Gesetze politischer Moralität universal sind; und dass die Einhaltung solcher Gesetze allen Nationen obliegt, die ihre eigene Souveränität aufrecht erhalten und unumschränkte Beziehungen zu anderen Nationen auf eine rechtliche Grundlage stellen wollen.

Diese Gedanken drücken die feste Überzeugung des japanischen Volkes aus, eine Überzeugung, die in der Präambel unserer Verfassung ausgedrückt ist, und die in vollkommener Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen steht.

Der Antrag auf Mitgliedschaft, den Japan im Juni 1952 gestellt hat, stellte fest: „Das japanische Volk hat den ernsthaften Wunsch, an der Arbeit der Vereinten Nationen teilzunehmen und die Ziele und Prinzipien der Charta als Leitlinie für die Ausführung seiner Angelegenheiten zu verwenden.“ Und die Erklärung, die den Antrag begleitete, unterstrich: „Japan akzeptiert die Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen und ist bereit, sie vom Tag seiner Mitgliedschaft an in jeder Hinsicht zu achten.“ Wir erneuern heute, während wir unseren Sitz in Ihren Reihen einnehmen, diese Gelübte feierlich.

Es gibt jetzt viele schwerwiegende Probleme in der Welt. Die Vereinten Nationen stehen großen Herausforderungen gegenüber – der Krise im Mittleren Osten und der in Osteuropa. Sie verdeutlichen, dass nachdrückliche Maßnahmen seitens dieser Organisation notwendig sind, um Frieden und Sicherheit zu bewahren. Im Bemühen um eine Lösung der Krise im Mittleren Osten und der internationalen Spannungen haben die Vereinten Nationen mit der überwältigenden Unterstützung ihrer Mitglieder eine ungeheure Rolle gespielt, deren Wirksamkeit und Wichtigkeit in der Tat nicht absehbar sind. Es ist epochal, dass sie eine internationale Notfalltruppe geschaffen haben und sie als neues Instrument im Umgang mit einer höchst schwierigen Situation effektiv einsetzen. Wir hoffen ernsthaft, dass die Vereinten Nationen immer die größtmögliche Macht ausüben werden, gemäß ihrer Aufgabe als Organisation des Weltfriedens. Ich halte es für angemessen, dem Generalsekretär an dieser Stelle meine Hochachtung zu zollen, der sich für die Ausführung der Entscheidung der Vereinten Nationen, die Friedenstruppe für den Mittleren Osten aufzustellen, stark gemacht hat.

Mit Blick auf die Situation in Osteuropa haben wir Japaner Mitgefühl mit der traurigen Lage des ungarischen Volkes. Wir hoffen inständig, dass die Stimme des ungarischen Volkes gehört und dass seine Situation in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen verbessert wird.

Japan ist erfreut, dass die Vereinten Nationen neben der Aufrechterhaltung des Friedens großen Wert auf humanitäre Entwicklung legen. In der Verfolgung ihres Ziels der Friedenserhaltung sehen sie die Frage der Abrüstung als Hauptaufgabe an. In ihrem zentralen Bemühen um Humanität setzen sie sich ebenfalls für ein Verbot von Massenvernichtungswaffen ein. Als einziges Land, das die Schrecken der Atombombe kennen gelernt hat, kennt Japan deren tragische Folgen. Als Antwort auf das tiefe Bedürfnis der Bevölkerung haben beide Häuser des japanischen Parlaments, vom Standpunkt der Menschlichkeit ausgehend, im Februar letzten Jahres eine Resolution angenommen, die ein Verbot des Gebrauchs und Testens von Nuklearbomben fordert. Sie entstammt dem inständigen Wunsch, dass die Menschheit nicht noch einmal von den Schrecken der Massenvernichtung heimgesucht werden möge. Wir hoffen inständig, dass die große Aufgabe der Abrüstung unter der Leitung der Vereinten Nationen erfolgreich vollendet werden wird, damit die Menschheit vor einem unglückseligen Schicksal bewahrt und von dem einengenden Angstgefühl befreit wird. Es ist sehr ermutigend, dass sich die Vereinten Nationen nun aktiv für die Erleichterung der friedlichen Nutzung der Atom-Energie einsetzen.

Nationalismus kam nach dem Ersten Weltkrieg in Osteuropa auf und entstand seit dem Zweiten Weltkrieg in arabischen und asiatischen Regionen. Dies ist eine natürliche Entwicklung im Freiheitsstreben der Menschheit. Ich glaube, dass dieser Nationalismus verständnisvoll unterstützt werden, aber keine extremen Formen annehmen sollte.

Japan hat heute viele Probleme, den Unterhalt seiner Bürger zu gewährleisten. Das vorrangigste Problem besteht in der Ernährung einer wachsenden Bevölkerung innerhalb ihres kleinen Landes. Ich muss nicht darauf hinweisen, dass der Motor zur Sicherung des Unterhalts und der Hebung des Lebensstandards im Fleiß der japanischen Bürger liegt. Unsere Bürger scheuen harte Arbeit nicht. Männer und Frauen gleichermaßen arbeiten fleißig an ihren Arbeitsplätzen. Die große Frage nationaler Politik besteht darin, die Anstrengungen unserer Bürger wirksam einzusetzen. Wir wissen, dass die beste Lösung unseres Bevölkerungsproblems in der Entwicklung der eigenen Wirtschaft und der Förderung des Außenhandels durch wachsende Produktion liegt. Deshalb sind wir außerordentlich sensibel gegenüber Hemmnissen im internationalen Handel. Japan begrüßt daher jede Maßnahme der Vereinten Nationen, die dazu dient, den freieren Fluss von Menschen und Waren über nationale Grenzen hinweg als wirksame Friedenspolitik in jeder Hinsicht zu fördern. So gesehen würden wir alle eine sichere Basis für Frieden und Gerechtigkeit aufbauen, indem wir die ungenutzten Ressourcen entwickeln und das Leben für die Menschen überall reicher machen.

Welcher Art auch immer die Unsicherheiten und Spannungen der Welt von heute sein mögen und was auch immer ihre Ursachen, es sollte kein Problem geben, das nicht mit der vereinten Stärke der 80 Nationen, die nun unsere Organisation bilden, gelöst werden könnte. Es wäre völliger Wahn, wenn die Menschheit, die jetzt in das Atom-Zeitalter eingetreten ist, einen Weg verfolgte, der zu ihrer eigenen Vernichtung führt.

Die Situation der Welt spiegelt sich in der Region Asiens, in der Japan liegt, und auch dort haben die Spannungen nicht nachgelassen. Niemand kann mit Sicherheit sagen, dass eine ähnliche Situation wie im Mittleren Osten nicht auch in Asien entstehen kann. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Vereinten Nationen im Geist der Charta ständig wachsam gegenüber Situationen sein müssen, die eine potenzielle Gefahr für den Frieden sind, um nicht lediglich mit Krisensituationen umzugehen, wenn sie auftreten, sondern Maßnahmen zu entwickeln, die sie verhindern. Besonders in Ostasien, wo die Bedingungen für Frieden noch nicht wieder vollständig hergestellt sind, gibt es noch viele mögliche Gefahren. In diesem Zusammenhang glaube ich, dass wir uns ideologischer Themen enthalten und vielmehr realistische Konzepte entwickeln sollten, die sich mit den einhergehenden praktischen Problemen beschäftigen. Von diesem Standpunkt aus hat Japan wieder diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion aufgenommen und so den unnatürlichen Kriegszustand beendet, der elf Jahre lang fortgedauert hat. Wir haben dieses Ende in der Überzeugung herbeigeführt, dass die Schaffung einer Grundlage für dauerhaften Frieden und Stabilität in Ostasien die Pflicht ostasiatischer Nationen ist.

Die Basis für Frieden und Entwicklung in Asien bedeutet die wirtschaftliche Entwicklung der Länder dieser Region. Die Länder Asiens richten ihre gesamten Anstrengungen auf ihr wirtschaftliches Vorwärtskommen. Nicht wenige von ihnen benötigen weiterhin die Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Mitglieder, um ihre Fortschritte noch ergiebiger zu gestalten. Japans Beziehungen zu diesen Ländern bestehen in gegenseitiger Kooperation und einem gemeinsamen Schicksal, sei es in politischen oder wirtschaftlichen Bereichen, und Japan setzt große Hoffnungen in ihr Wachstum und ihre Entwicklung.

Japan ist ein Land mit weltweitem Interesse an Geschäft und Handel. Gleichzeitig ist es ein Staat mit der Geschichte und Tradition eines asiatischen Landes. Dies ist der Grund für unsere Teilnahme an der asiatisch-afrikanischen Konferenz in Bandung im letzten Jahr. Wir unterstützen aufrichtig die von der Konferenz verabschiedeten zehn Prinzipien, die völlig mit dem Geist der Charta der Vereinten Nationen übereinstimmen. Frieden ist umfassend und unteilbar. Japan sieht in den Vereinten Nationen die zentrale treibende Friedenskraft der Welt. Die Substanz des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Japan ist das Produkt der Verschmelzung östlicher und westlicher Zivilisation innerhalb der letzten hundert Jahre. In gewisser Hinsicht kann Japan sehr wohl als Brücke zwischen Ost und West angesehen werden. Es ist sich der großen Verantwortung einer solchen Stellung sehr wohl bewusst. Ich möchte meine Anmerkungen mit der erneuten Bekräftigung unseres Entschlusses vor dieser hohen Versammlung beenden, dass Japan dem hohen Ziel der Vereinten Nationen aufrichtig dienen wird.<sup>9</sup>

### **3. Dank für Unterstützung**

„Im Namen der Regierung und des Volkes von Japan möchte ich unsere tiefe Dankbarkeit für die warmen und freundlichen Worte, die der Präsident bei der Begrüßung unseres Landes vor den Vereinten Nationen gesprochen hat, ausdrücken. Es ist wahrlich ein Grund zur Dankbarkeit, dass unsere Zulassung zu dieser großen Welt-Organisation während der Präsidentschaft eines ausgezeichneten Staatsmannes und Diplomaten, der unseren traditionellen Freund, Thailand, repräsentiert, erfolgt ist.“

„[...] Es ist ein Grund mehr zu tiefer Dankbarkeit für uns gegenüber den Abgeordneten der mit uns befreundeten Staaten, die unseren Antrag so eifrig unterstützt haben. Wir haben ihre Stellungnahmen dankbar zur Kenntnis genommen.“

„[...] Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um unsere aufrichtige Wertschätzung gegenüber den Vertretern der Staaten, die sich während dieser langen Jahre uneingeschränkt bemüht haben, die von uns gehegte Hoffnung zu verwirklichen, zum Ausdruck bringen.“

Die Unterstützung, die Japan in seinem Bemühen um Mitgliedschaft in der UNO erhielt, ist in der Tat nicht unerheblich. Im folgenden Abschnitt soll daher das Protokoll der Vollversammlung der UN die Stellungnahmen der „befreundeten Staaten“ bei diesem ersten offiziellen Auftritt Japans auf der internationalen Bühne „Vereinte Nationen“ beleuchten.

---

<sup>9</sup> zitiert nach einer Ausfertigung aus dem diplomatischen Archiv des japanischen Außenministeriums

### **3.1 Thailand**

Der Präsident der Vollversammlung der UNO, der thailändische Prinz Wan Wait-hayakon, eröffnete am 18. Dezember 1956 Punkt 25 der Tagesordnung, die Aufnahme neuer Mitglieder in die UNO, mit außergewöhnlich herzlichen Worten. Die Zulassung Japans zu den UN sei etwas, worauf wohl schon alle gewartet hätten; deshalb zweifle er auch nicht an der bevorstehenden Bestätigung seitens der Vollversammlung, durch die ein „einflussreicher und hochgeachteter Staat“ zu ihrem Mitglied werde. Er informierte die Vollversammlung über ein Schreiben des Sicherheitsrates, in dem dieser auf Antrag einstimmig die Zulassung Japans als Mitglied der UN empfahl. Japans Antrag wurde weiterhin von insgesamt 51 Mitgliedern der UN unterstützt. Verfahrensgemäß wurde daraufhin namentlich über den Antrag abgestimmt. Das Ergebnis fiel einstimmig zugunsten Japans aus, wobei im Protokoll vermerkt ist, dass Israel im Vorfeld vom Präsidenten erst dazu bewegt werden musste und deshalb als erstes Land zur Abgabe seiner Stimme aufgefordert wurde.

Nachdem daraufhin die japanische Delegation zu den vorgesehenen Plätzen in der Versammlung, zwischen Italien und Jordanien, geführt worden war, begrüßte der Präsident „die Vertreter einer großen asiatischen Nation, Japan“. Japan und die japanische Bevölkerung seien durch ihre nationale Stärke bestens qualifiziert, einen großen Beitrag zur Arbeit der UN zu leisten. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass die Vollversammlung von den klugen Ratschlägen des Vertreters von Japan profitieren werde. In der Überzeugung, für alle Vertreter der Vollversammlung zu sprechen, gratulierte er dem Delegationsleiter Japans, Shigemitsu; und seinem Land aufs Herzlichste.

### **3.2 Nationalchina**

Der eine der beiden Vizepräsidenten, der Vertreter Nationalchinas Tsiang erklärte, die Zulassung Japans mache diesen Tag zu einem glücklichen für die Vereinten Nationen. Japan sei einzigartig unter den Nationen der Welt, da es hervorragend verstanden habe, seine alte Kultur mit moderner Industrie und Technologie in Einklang zu bringen. Es sei damit sowohl Vorbild als auch Anregung für viele Länder Asiens. Gleichzeitig habe sich Japan aufrichtig den Idealen von Frieden und Demokratie verschrieben, so dass es für die chinesische Delegation schon immer die Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllt habe. Japans Qualifikation für diese Weltorganisation sei seines Wissens ohnehin von keinem Mitglied der Vollversammlung oder des Sicherheitsrates je angezweifelt worden. Er sei sicher, dass das neue Mitglied eine wichtige Rolle spielen und einen wertvollen Beitrag zur wichtigen Arbeit dieser Organisation leisten werde. In China sei man heute besonders glücklich, da China und Japan neben der geographischen Nähe auch durch viele Bände asiatischer Kultur

verbunden seien. „In extending my hearty welcome to Japan, I am expressing the feelings of affection, which my people have towards the people of Japan.“<sup>10</sup>

### **3.3 El Salvador, die lateinamerikanischen Staaten**

Der zweite Vizepräsident, der Vertreter El Salvadors, Urquia, sprach gleichzeitig in seiner Funktion als Vorsitzender der Gruppe der Vertreter Südamerikas. Seiner Auffassung entsprechend hätte Japan mindestens bereits ein Jahr zuvor aufgenommen werden sollen, dies sei jedoch durch den beharrlichen Widerstand eines der ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, ausgedrückt durch die unmäßige Ausübung des undemokratischen Privilegs des Veto-Rechts verhindert worden. Dieses Veto-Recht sei bedauerlicherweise auf der Jalta-Konferenz vorgeschlagen und akzeptiert worden, in den „Dumbarton Oaks Entwürfen“ wurde es bestätigt und auf der Konferenz in San Francisco für das Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat gutgeheißen. Aufgrund politischer Interessen, die kein Geheimnis seien, habe Japan weiterhin auf eine Einladung warten müssen, während andere Staaten bereits als neue Mitglieder aufgenommen worden seien. Die Delegationen Lateinamerikas gratulierten daher dem Außenminister Shigemitsu und durch ihn seiner Majestät, Kaiser Hirohito und „[...] the noble, industrious and intelligent Japanese people.“<sup>11</sup> Man sei sich sicher, dass Japan wertvolle und effiziente Beiträge zur Arbeit der UN leisten werde.

### **3.4 Frankreich**

Der Vertreter Frankreichs, Broustra, schloss sich den Ausführungen seiner Vorförder an. Frankreich habe seit 1952 nichts unversucht gelassen, um die Aufnahme Japans zu erleichtern. Er bedaure zwar, dass dies nicht schon im Jahr zuvor möglich gewesen sei, allerdings habe diese Verzögerung auch dazu geführt, dass Japan nun im Einklang mit den Prinzipien und Regeln der Charta aufgenommen werden konnte, anstatt durch einen Kompromiss. Durch die Annahme des Antrags auf Mitgliedschaft habe die Vollversammlung Japan unzweideutig als friedliebendes Land anerkannt, das die Verpflichtungen der Charta angenommen habe. Frankreich habe diesbezüglich niemals Bedenken gehabt und freue sich, ein großes Land willkommen zu heißen, mit dem Frankreich in jeder Hinsicht sehr freundliche Beziehungen pflege. Frankreich habe Hochachtung vor Japans Zivilisation und Kultur und „the french people have the greatest admiration for the qualities so often demonstrated by the Japanese people.“<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> United Nations: Official Records of The General Assembly Plenary Meetings, Eleventh Session, Tuesday, 18 December 1956, New York 1956 – 1957, Agenda Item 25, Prot. S. 724, Punkt 12

<sup>11</sup> United Nations: a.a.O. Punkt 19

<sup>12</sup> United Nations: a.a.O. Punkt 23

### 3.5 Indien, die asiatisch-afrikanischen Staaten

Indiens Vertreter Menon unterstrich, dass Japans Aufnahmeantrag von einer Vielzahl von Ländern aus der ganzen Welt unterstützt worden sei, unter anderem von ausnahmslos allen Mitgliedern der asiatisch-afrikanischen Gruppe. Er zeigte sich besonders erfreut über die Delegationsführung durch „[...] Mr. Shigemitsu, who has been so largely responsible for the emergence of Japan in this age of peace and co-operation, the Deputy Prime Minister and several times Foreign Minister of Japan.“ Die indische Delegation freue sich auf die Zusammenarbeit aber auch auf Japans Ratschläge und Unterstützung. Neben alten kulturellen Gemeinsamkeiten sei Indien auch durch neuere Beziehungen, unter anderem in den Bereichen Wirtschaft und Politik, mit Japan verbunden. Die indische Regierung lege Wert auf die Feststellung, dass sie bereits während der Besetzungszeit auf ein großzügiges, schnelles und gerechtes Abkommen mit Japan gedrängt habe. Den Friedensvertrag von San Francisco habe sie nicht unterzeichnen können, da er in ihren Augen gegenüber dem japanischen Volk keine Haltung von Ehre und Gleichberechtigung vertrat. Deshalb sei bald darauf ein separater Frieden mit Japan geschlossen worden. Heute habe Indien Handels- und Freundschaftsverträge mit Japan und hoffe auf die kontinuierliche Erweiterung dieser Beziehungen. Mit der Aufnahme Japans in die UN eröffne man eine neue Zeit für dieses Land, das die Gemeinschaft der Völker durch seinen Austritt aus dem Völkerbund am 27. Mai 1933 verlassen habe. Dies sei ein Signal für eine vereintere Welt, eine Welt, in der sich ein großes asiatisches Land in weniger als einem halben Jahrhundert von einer früheren Zivilisation zur Moderne entwickelt habe, mit großen Industrien, und so zu einer Wirtschaftsmacht geworden sei. Asien suche Japans Mitwirkung in seiner nachbarschaftlichen Umgebung ebenso wie in der ganzen Welt, in technischer, wirtschaftlicher und auch sonstiger Hinsicht. Die asiatisch-afrikanischen hätten sich besonders über die Teilnahme der japanischen Delegation an der Konferenz in Bandung [Indonesien] im Jahr zuvor gefreut, wo diese Delegation eine wichtige Rolle gespielt habe. Man habe dort einmütig sein Mitgefühl hinsichtlich der Bombardierung Japans mit Atomwaffen während des Krieges ausgedrückt und seine Anteilnahme gegenüber der japanischen Bevölkerung, die heute mehr als sonst ein Volk auf der Erde den Auswirkungen atomarer Strahlung in ihrer Umgebung ausgesetzt sei. Man habe keinen Zweifel, dass Japan in den unterschiedlichsten Beziehungen, die bi- oder multilateral zwischen den Mitgliedern der UN existieren oder entstünden, einen wertvollen Beitrag leisten werde. Die indische Regierung stelle weiterhin fest, dass aufgrund des Abstimmungsergebnisses sowohl im Sicherheitsrat als auch in der Vollversammlung wohl kein Land willkommener sei als Japan. Die indische Delegation werde sich dafür einsetzen, „[...] that very soon Japan's relations with its neighbours will become more regular and more organic, as they should be and as they have been in the past history.“

### **3.6 Italien**

Italiens Vertreter Vitetti schloss sich seinen Vorrätern ebenfalls an und unterstrich, dass die Auszeichnung Italiens, im Jahr zuvor in die UNO aufgenommen worden zu sein, durch den Umstand geschmälerd worden sei, dass dies nicht zugleich auch für Japan möglich war. Man sei besonders froh darüber, dass diese bedauernswerte Lücke nun geschlossen worden sei. Die Freundschaft, die schon immer zwischen Italien und Japan bestünde, reiche bis ins 17. Jahrhundert zurück. Die vorangegangene Wahl habe durch ihr einstimmiges Ergebnis den Respekt ausgedrückt, den alle dieser Jahrtausende alten hohen Zivilisation entgegen brächten, und auch die Überzeugung, dass die Regierung Japans nicht nur die Prinzipien der Charta unterstützen werde sondern auch die Förderung des gemeinsamen Ziels: weltweit Frieden und Sicherheit. Wegen Japans politischer und wirtschaftlicher Bedeutung in der modernen Welt sei die italienische Delegation sicher, dass seine Teilnahme an den weitgestreuten Aktivitäten der UN bedeutend sein werde. Japans Aufnahme sei ein richtungsweisender Schritt hin zu allumfassender, weltweiter Mitgliedschaft. Vitetti hoffe, dass Staaten, und dabei zuallererst Deutschland, die aus Gründen, die nicht ihrem eigenen Willen entsprächen, noch außerhalb der UN stünden, obwohl sie die Bedingungen der Charta erfüllten, bald schon die volle Mitgliedschaft erhalten mögen, um ihre Erfahrung und Klugheit in die Arbeit der UN einbringen zu können. In diesem Sinne begrüße er die Aufnahme Japans als wertvolle Bereicherung für die UN.

### **3.7 Sowjetunion**

Der sowjetische Chefdelegierte Kuznetsov gratulierte der japanischen Bevölkerung und Regierung ebenfalls. Die sowjetische Delegation freue sich darauf, mit der japanischen Delegation vor den UN zusammen zu arbeiten. Es sei bekannt, dass die beiden Regierungen am 19. Oktober 1956 in ihrer gemeinsamen Erklärung normale diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern bekannt gegeben hätten, die auf den Grundlagen der Charta der UN basierten. Japans Teilnahme an der Arbeit der UN werde die praktische Zusammenarbeit zwischen Japan und anderen Staaten fördern. Indem es einer unabhängigen und friedliebenden Politik folge, werde Japan seinen eigenen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Ostasien und der ganzen Welt leisten können.

Japans Aufnahme sei ein weiterer Schritt in Richtung Universalität der UN, ein Prinzip, das die Sowjetunion von je her unterstützte, um die UN im Interesse von Frieden und internationaler Sicherheit zu einem realen Zentrum praktischer Zusammenarbeit aller Staaten werden zu lassen. Es müsse jedoch erwähnt werden, dass in Verbindung mit dieser Universalität immer noch eine Politik der Diskriminierung bei den UN spürbar sei. Bei aller Zufriedenheit über die Aufnahme Japans bedauere die sowjetische Delegation, dass ein weiteres asiatisches Land, die Mongolische Volksrepublik, noch immer außerhalb dieser Organisation stehe. Einige Tage zuvor hätten verschiedene Mitglieder des Sicherheitsrates, die USA, Großbritannien und Frankreich

eingeschlossen, die Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in die UN verhindert und damit wieder einmal die überwiegende Mehrheit der Vollversammlung verspottet, die die Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik am 8. Dezember 1955 empfohlen habe. Die sowjetische Delegation vertraue darauf, dass die UN Mittel und Wege finden mögen, um die Hindernisse, die von einigen Westmächten künstlich aufgebaut würden, zu überwinden. Die sowjetische Delegation begrüße die anwesenden japanischen Vertreter und hoffe, dass die UN in ihren Bestrebungen zur Friedenserhaltung von Japan unterstützt werde.

### **3.8 Großbritannien**

Sir Dixon, der Delegationsleiter Großbritanniens, begrüßte ausdrücklich den ausgezeichneten Außenminister Japans und die ihn begleitende vornehme Delegation. Japan sei endlich Gerechtigkeit widerfahren und die britische Regierung und Bevölkerung werde darüber erfreut sein, dass Japan seinen rechtmäßigen Platz in dieser Organisation eingenommen habe. Japans große Erfahrung in internationalen Angelegenheiten werde von unschätzbarem Wert sein und den Vereinten Nationen werde viel Nutzen durch die Zusammenarbeit mit einem Land, das so viele Errungenschaften vorzuweisen habe, erwachsen. Als eine der großen Nationen Asiens werde Japan durch seine Anwesenheit zu den Erwägungen beisteuern, die man zu Themen dieser wichtigsten Region der Welt erörtere. Die britische Delegation freue sich im Rahmen der UN auf die größtmögliche Zusammenarbeit mit ihren japanischen Freunden.

### **3.9 USA**

Als letzter äußerte sich der Vertreter der USA, Lodge. Er freue sich aufrichtig, als neues Mitglied der UN ein Land mit einer der ältesten Zivilisationen der Welt begrüßen zu dürfen: Japan. Aus der japanischen Kultur seien einige feinere Dinge des Lebens entstanden, die zur Bereicherung für die ganze Welt geworden seien. Das klassische japanische Drama, die zarten Empfindungen japanischer Kunst, die einfache Schönheit japanischer Architektur und die Subtilität japanischer Dichtkunst hätten das Leben der ganzen Menschheit bereichert. Japan käme jedoch nicht nur als ein Land mit einer alten Zivilisation in diese Reihen sondern auch als ein Land mit einer fortgeschrittenen Technologie und einem modernen Standpunkt. Dieses fortgeschrittene technologische Niveau werde es Japan erlauben, zum industriellen Wachstum von weniger entwickelten Regionen beizutragen. Als einer Industrienation mit weitreichendem internationalem Handel könne von Japan die verschiedenartigste Teilnahme an der Arbeit der UN erwartet werden.

Vor einem Jahrhundert habe Japan seine Verbindungen mit der modernen Welt zu knüpfen begonnen und die USA seien von Anfang an involviert gewesen. Mit Ausnahme der tragischen Zeit des Zweiten Weltkrieges seien die Beziehungen eng und

herzlich gewesen und man hoffe, dass dies auch in Zukunft so bleiben werde. Wenige Jahre zuvor habe der jetzige Staatssekretär der USA Dulles persönlich mit den Verhandlungen begonnen, die mit dem Friedensvertrag mit Japan geendet hätten. Dadurch habe Japan seine eigene souveräne Rolle in der Gemeinschaft der Völker wieder erhalten. Die ständigen und nachdrücklichen Anstrengungen hätten schließlich zur Aufnahme Japans in dieses große Weltforum geführt, nachdem ihm sein rechtmäßiger Platz durch den offensichtlichen Missbrauch des Veto über lange Jahre ungerechterweise verweigert worden sei. Als Repräsentant der gastgebenden Regierung begrüße Lodge den Außenminister Japans Shigemitsu herzlich und versichere ihm, dass sich die Delegation der USA bei den UN auf die konstruktiven Beiträge freue, die die japanische Delegation zu den komplizierten Themen, mit denen sich die UN beschäftigen müsse, sicherlich leisten werde. Die Aufnahme dieser großen Nation sei ein wichtiger Tag für die UN, deren Einfluss, Kraft und Wert dadurch zunehme.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Außenminister Shigemitsu im Vorfeld der Vollversammlung durch intensive Verhandlungen die Staaten, zu denen Verbindungen bestanden, um Unterstützung gebeten hatte, zeigen die Äußerungen der Hochachtung und Wertschätzung bei allen notwendigen Abstrichen hinsichtlich des diplomatischen Jargons dennoch fast überschwängliche Züge. Es lassen sich jedoch auch hier Differenzen mit Bezug auf die weltpolitische Situation feststellen. Bereits vor der Abstimmung bezeichnete der Präsident der Vollversammlung, der Vertreter Thailands, das während des Zweiten Weltkrieges nicht von Japan besetzt worden war, Japan als einflussreichen und hochgeachteten Staat. Nach der Abstimmung begrüßte er die Vertreter „einer großen asiatischen Nation“ und hob Japans nationale Stärke hervor. Der Vertreter Nationalchinas, das von Japan auf Druck der USA als rechtmäßiger Vertreter Chinas anerkannt worden war, nannte Japan sowohl Vorbild als auch Anregung für viele Länder Asiens und sprach sogar von „feelings of affection“, die das (national-)chinesische Volk dem japanischen Volk entgegenbringe. Der Sprecher der Gruppe der lateinamerikanischen Staaten, die mit Japan zwar nur geringfügigen direkten Kontakt hatten, jedoch größtenteils unter dem Einfluss der USA oder Großbritanniens standen, kritisierte lediglich das Veto als undemokratisches Element im System der Vereinten Nationen, schloss sich ansonsten jedoch dem Respekt vor den Qualitäten des japanischen Volkes an. Japans Handelsbeziehungen zu Süd- und Mittelamerika lagen 1956 im Import bei 3% und im Export bei 7% des Gesamtvolumens, was als Gradmesser den Umfang direkter Beziehungen als eher unbedeutend ausweist.<sup>13</sup> Dem französischen Vertreter zufolge bewunderte Frankreich die Qualitäten, die das japanische Volk schon so häufig demonstriert hatte. Der Vertreter Italiens wies offen auf die schon immer bestehende Freundschaft mit Japan hin und warb fast gleichzeitig für die noch ausstehende Aufnahme Deutschlands. Der indische Delegierte kritisierte den Friedensvertrag von San Francisco als ungerecht.

---

<sup>13</sup> Nishihara Masashi: The Japanese and Sukarno's Indonesia, Tōkyō – Jakarta Relations 1951 – 1966. Hawaii: 197?, S. 2f

Indien sei schon während der Besetzungszeit Japans Fürsprecher gewesen und die Gruppe der asiatisch-afrikanischen Staaten hätten Mitgefühl mit Japans Leiden durch die atomare Bombardierung im Zweiten Weltkrieg. Merkwürdig klingt die Äußerung, die indische Regierung werde sich bemühen, dass die Beziehungen Japans zu seinen Nachbarn wieder so normal würden, wie sie es in der vergangenen Geschichte waren. Der sowjetische Abgeordnete unterstrich die normalisierten Beziehungen zu Japan und betonte dabei ausdrücklich die unabhängige Politik Japans. Der britische Abgeordnete lobte Japans große Erfahrung in internationalen Angelegenheiten, die von unschätzbarem Wert seien. Der Vertreter der USA betonte schließlich Japans kulturelle Errungenschaften und nahm auch für die USA, mit Ausnahme der Zeit des Zweiten Weltkriegs, traditionell enge und herzliche Beziehungen zu Japan in Anspruch.

Abgesehen von Bezugnahmen auf den jeweiligen eigenen Standpunkt im Hinblick auf die aktuelle weltpolitische Lage drückten alle Stellungnahmen die Anerkennung Japans als nicht nur gleichberechtigtes sondern teilweise auch vorbildhaftes, in jedem Fall jedoch wichtiges Land aus. Ebenso, wie selbstverständlich im Verhalten der Redner untereinander keinerlei Ressentiment bezüglich des Zweiten Weltkrieges mehr feststellbar ist, wird auch Japan gegenüber, zum ersten Mal auf internationaler Ebene, keinerlei Bezug auf dessen damalige Rolle genommen. Dies ist umso auffälliger, als besonders auch der japanische Außenminister und Delegationsleiter Shigemitsu Mamoru nicht als ehemaliger verurteilter Kriegsverbrecher angesehen und behandelt, sondern als erfahrener Politiker mit besonderen Verdiensten um den Neuaufbau Japans gelobt und geschätzt wurde. Sofern man sich der Position Indiens anschließt, wonach der Friedensvertrag von San Francisco noch eine Haltung von Ehre und Gleichberechtigung gegenüber Japan und dem japanischen Volk vermissen ließ, so waren die einstimmige Wahl und die nachfolgenden Äußerungen das Signal, um das sich Japan jahrzehntelang bemüht hatte: internationale gleichberechtigte Anerkennung.

In den Stellungnahmen zeichnet sich weiterhin bereits die künftige Position Japans ab: Seitens der Westmächte ist sie demokratisch und daher kapitalistisch, seitens der Sowjetunion ist sie eigenständig, was bei allem Einfluss durch die Präsenz der USA als neutral im Kalten Krieg interpretiert werden kann. Japans Identität im Sinn der Bandung-Konferenz als asiatisches Land unterstreicht diese Neutralität.<sup>14</sup>

#### 4. Frieden und Demokratie

„[...] Die Bürger Japans wünschen sich heute nichts sehnlicher als andauernden Frieden und sind sich zutiefst der hohen Ideale bewusst, die menschliche Beziehungen bestimmen. Wir haben uns dafür entschieden, unsere Sicherheit und Existenz zu bewahren, indem wir auf die Gerechtigkeit und Treue der friedliebenden Völker der Welt vertrauen.“

---

<sup>14</sup> Zur Haltung der asiatisch-afrikanischen Staaten gegenüber dem Kalten Krieg siehe Kap. 7.3.1

Das folgende Kapitel soll Aufschluss darüber geben, wie die Begriffe Frieden und Demokratie, die Ideale der Charta der Vereinten Nationen, als Folge des beherrschenden Einflusses der USA zu dem Zustand erwuchsen, der Japan bei Eintritt in die UNO von Seiten anderer, meist westlicher Staaten die Attribute „friedliebende, starke Nation“ einbrachte und es damit als verlässlichen Mitstreiter um die Ziele der Organisation auswies. Ein Blick auf die reale Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt soll dabei den Gehalt der beiden Begriffe verdeutlichen.

Nachdem amerikanische Bomber zwischen März und Juni 1945 mehr als 40% der sechs größten Industriezentren Japans sowie zahlreiche Provinzstädte und Fabriken zerstört hatten, nach 1,74 Millionen Gefallenen und etwa 393 Tausend Opfern durch die Bombardierung von 64 japanischen Städten, nicht zuletzt durch den Einsatz von Nuklearwaffen in Hiroshima und Nagasaki stand die japanische Bevölkerung nach Kriegsende so gut wie einhellig hinter dem idealistischen Konzept der Demilitarisierung und Demokratisierung. Nach der formalen Demilitarisierung wurden die Schaffung und Erhaltung von Frieden und Demokratie zu andauernden Zielen. Auch populäre Slogans wie „Errichtung einer Kulturnation“ (bunka kokka no kensetsu) wurden in diesem Sinn verstanden. Als der sozialistische Premierminister Katayama Tetsu 1947 die erste Parlamentssitzung unter der neuen Verfassung eröffnete, schloss er mit dem Aufruf, Japan solle sich zu einer demokratischen Nation des Friedens, einer Kultur-Nation aufbauen (minshutekina heiwa kokka, bunka kokka no kensetsu).<sup>15</sup>

Bei der Untersuchung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Begriffe Frieden und Demokratie bis Ende der 50er Jahre und darüber hinaus unterschiedlich verwendet wurden, tauchen zwei Schlagworte auf: das „San Francisco System“ und das „1955er System“. Ersteres bezieht sich auf die internationale Stellung, die Japan durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit 48 Nationen im September 1951 in San Francisco und dem gleichzeitigen Abschluss seiner Verträge über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit mit den USA einnahm, wobei es durch den Sicherheitsvertrag dem Einfluss der US-Politik des Kalten Krieges ausgesetzt war. Das 1955er System bezeichnet die innerjapanische politische Struktur, die sowohl die sozioökonomische Entwicklung als auch die Etablierung der LDP 1955 und die daraus resultierenden Konsequenzen beinhaltet. Das internationale und auch innerjapanische Umfeld in der Nachkriegszeit veränderte sich ständig, so dass diese beiden Bezeichnungen jeweils innerhalb unterschiedlicher Kontexte interpretiert wurden. Darüber hinaus wurden die Voraussetzungen für beide Systeme bereits während der Besatzungszeit eingeleitet. Dennoch wird die Position Japans beim Eintritt in die Vereinten Nationen durch die Untersuchung der Konflikte der beiden Systeme sowie ihrer Verflechtungen klarer.

---

<sup>15</sup> Dower, John, W.: Peace and Democracy in Two Systems. in: Gordon, Andrew (Hrg.): Postwar Japan as History, Oxford 1993, S. 4, Anm. 1

## 4.1 Das San Francisco System

Nach der Abschaffung der japanischen Armee und im Hinblick auf Artikel 9 der japanischen Verfassung von 1947 waren Politiker überwiegend der Ansicht, dass Japan sich als unbewaffnete Nation der Wiederherstellung friedlicher Kontakte mit dem Rest der Welt widmen sollte, China und die Sowjetunion eingeschlossen. Für Japans Sicherheit kamen eine Vereinbarung mit den Vereinten Nationen, ein Abkommen der Großmächte oder, falls notwendig, ein Abkommen mit den USA, wobei US-Truppen außerhalb Japans stationiert werden sollten, in Frage.

Der Friedensvertrag von San Francisco sah keine zukünftige internationale Überwachung Japans vor. Das gleichzeitig geschlossene Sicherheitsabkommen mit den USA beinhaltete jedoch die Beibehaltung von US-Militärbasen auch nach Wiedererlangung der Souveränität in ganz Japan und ging von der Bereitschaft Japans zu späterer Wiederaufrüstung aus. Die USA kontrollierten die Ryūkyū-Inseln inklusive Okinawa, das zur größten amerikanischen Nuklearbasis in Asien wurde, die „restliche“ Souveränität sollte bei Japan liegen.<sup>16</sup> Wegen des militärischen Arrangements mit den USA, dem Japan zugestimmt hatte, um die Besatzung zu beenden und seine Souveränität wieder zu erlangen, weigerte sich die Sowjetunion, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Auch waren weder die Volksrepublik China noch Vertreter des Guomindang-Regimes aus Taiwan nach San Francisco eingeladen worden. Allerdings wurde die Regierung unter Premierminister Yoshida Shigeru von den USA scharf bedrängt, Kontakt mit den Guomindang aufzunehmen und sich an der Blockade der Volksrepublik China zu beteiligen.

Die spezielle japanisch-chinesische Problematik gehörte schon in der Vorbereitungsphase der San Francisco Konferenz zu den widersprüchlichen Positionen im Kabinett Yoshida. Obwohl Yoshida in einem Brief an den amerikanischen Botschafter Foster Dulles am 06. August 1951 bekräftigte, dass Japan nicht die Absicht habe, einen Vertrag mit den Kommunisten abzuschließen, hatte er zwei Tage zuvor die Frage aufgeworfen, ob nicht eine geringfügige Änderung des Friedensvertragsentwurfs dahin gehend möglich sei, dass der Friedensvertrag ein Modell für ein bilaterales Abkommen mit der Sowjetunion oder der Volksrepublik China werden könnte. Er bezog sich dabei auf die Frage der möglichen Rückführung militärischer und ziviler japanischer Kriegsgefangener, die immer noch in den beiden Ländern festgehalten würden. Wenn eines der beiden Länder einen entsprechenden Friedensvertrag mit Japan vorschlage, könnte Japan mit Rücksicht auf die Angehörigen gezwungen sein, bedingungslos zuzustimmen, da es nicht in der Position sei, auf einer vertraglich geregelten Übereinkunft nur über diesen Punkt zu bestehen. Dulles akzeptierte diesen Vorschlag, der in Kapitel 3, Artikel 6, Abschnitt b des Vertrages auftaucht. Bereits eine Woche nach Unterzeichnung des Vertrags am 08. September 1951 wurde Japan von der in den USA einsetzenden Kommunistenhetze betroffen. Ein von 56 US-

---

<sup>16</sup> Dower, John, W.: a.a.O., S. 7

Senatoren unterzeichnetes Schreiben stellte klar, dass eine Anerkennung des kommunistischen China durch Japan oder der Abschluss eines Vertrages mit dem kommunistischen Regime den Interessen sowohl Japans als auch der USA widersprechen würde. Yoshida wurde von amerikanischer Seite aufgefordert, seine widersprüchlichen Äußerungen zu diesem Thema eindeutig zu präzisieren. In Verhandlungen entstand ein Schreiben, das, obwohl es größtenteils den Vorgaben von Dulles entsprach, als Yoshidas persönliche Position zur Klärung seines Standpunktes angesehen wurde. Vier Tage nach Dulles` Rückkehr in die USA wurde es an ihn verschickt und am 16. Januar 1952 in den USA veröffentlicht:

„Sehr geehrter Botschafter Dulles,

im Zuge der Diskussion im Ober- und Unterhaus des [japanischen] Parlaments über den japanischen Friedensvertrag und das Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Japan sind einige Fragen gestellt und Erklärungen abgegeben worden, die Japans zukünftige Politik gegenüber China betreffen. Einige dieser Erklärungen haben, herausgelöst aus ihrem Kontext und Hintergrund, Anlass zu Missverständnissen gegeben, die ich aufklären sollte. Die japanische Regierung wünscht letztlich umfassenden politischen Frieden und kommerziellen Verkehr mit China, das Japans Nachbar ist.

Zurzeit ist es, wie wir hoffen, möglich, derartige Beziehungen mit der Nationalregierung der Republik China [Taiwan] zu entwickeln, die China mit Sitz und Stimmrecht bei den Vereinten Nationen vertritt, die Regierungsgewalt über ein bestimmtes Territorium ausübt und diplomatische Beziehungen zu den meisten Mitgliedern der Vereinten Nationen unterhält. Aus diesem Grund hat meine Regierung am 17. November 1951 mit Zustimmung der chinesischen Nationalregierung eine staatliche Übersee-Agentur auf Formosa eingerichtet. Dies ist die höchste Form der Beziehung zu anderen Staaten, die Japan bis zum Inkrafttreten des multilateralen Friedensvertrages gestattet ist. Die staatliche japanische Übersee-Agentur ist hochkarätig besetzt, um den Stellenwert, den meine Regierung den Beziehungen zur Nationalregierung der Republik China beimisst, widerzuspiegeln. Meine Regierung ist darauf vorbereitet, sobald dies rechtlich zulässig ist, einen Vertrag mit der Nationalregierung Chinas zu schließen, der in Übereinstimmung mit den Prinzipien des multilateralen Friedensvertrages wieder normale Beziehungen zwischen den beiden Regierungen herstellen wird, sofern diese Regierung dies wünscht. Die Inhalte eines solchen Vertrages sollen mit Rücksicht auf die Republik China für jedes Territorium, das jetzt oder später unter der Kontrolle der Nationalregierung der Republik China ist, gelten. Wir werden diese Angelegenheit umgehend mit der Nationalregierung Chinas ausarbeiten.

Was das chinesische kommunistische Regime betrifft, so ist dieses zurzeit von den Vereinten Nationen als Aggressor verurteilt worden. In Folge dessen haben die Vereinten Nationen verschiedene Maßnahmen gegen dieses Regime empfohlen, bei denen Japan jetzt mitwirkt und davon ausgeht, weiterhin mitzuwirken, wenn der multilaterale Friedensvertrag in Kraft tritt, gemäß Artikel 5(a)(iii), wonach Japan die Verpflichtung eingegangen ist, den Vereinten Nationen jegliche Unterstützung bei jeder Handlung zu geben, die in Übereinstimmung mit der Charta ist und davon abzusehen, jeden Staat, gegen den die Vereinten Nationen Präventiv- oder Zwangsmaßnahmen anordnen, zu unterstützen. Weiterhin stellt das chinesisch-sowjetische Bündnis über Freundschaft und Zusammenarbeit, das 1950 in Moskau geschlossen wurde, im Grunde genommen ein militärisches Bündnis dar, das gegen Japan gerichtet ist. In der Tat gibt es viele Gründe, die dafür sprechen, dass das kommunistische

Regime in China die Kommunistische Partei Japans in ihrem Programm unterstützt, das Verfassungssystem und die gegenwärtige Regierung zu vernichten. Im Hinblick auf diese Erwägungen kann ich Ihnen versichern, dass die japanische Regierung nicht die Absicht hat, einen bilateralen Vertrag mit dem kommunistischen Regime Chinas einzugehen.

Hochachtungsvoll

Shigeru Yoshida<sup>17</sup>

Solche und ähnliche Auswirkungen der amerikanischen Politik des Kalten Krieges, die den Interessen Japans widersprachen, wurden in den folgenden Jahren in Japan selbst kontrovers diskutiert und sorgten auch im Verhältnis zu den USA, abhängig vom Standpunkt des jeweiligen japanischen Premierministers, für Spannungen.

#### 4.1.1 Frieden

In Japan selbst hatte die Abneigung vor einer Verwicklung in die amerikanische Politik des Kalten Krieges schon vor Beginn des Korea-Krieges zur Formierung einer Friedensinitiative geführt. Parteien des linken Flügels und progressive Intellektuelle (kakushin) kritisierten die sich abzeichnende Entwicklung. Gegenstand der Diskussionen waren die Pläne der USA für den Abschluss eines separaten Friedensvertrages (tandoku kōwa), der nur diejenigen ehemaligen Feinde Japans einschließen sollte, deren Regierungen einem US-japanischen Sicherheitsvertrag zustimmen würden.<sup>18</sup> Die Sozialistische Partei nahm im Dezember 1949 „drei Friedensprinzipien“ für Japan an: Friedensschluss mit allen früheren Feinden, Widerstand gegenüber bilateralen Militärabkommen und ausländischen Militärbasen in Japan sowie Neutralität im Kalten Krieg. Nach internen Diskussionen wurde 1951 ein vierter Prinzip hinzugefügt: Widerstand gegenüber einer Wiederbewaffnung Japans. Im Januar 1950 veröffentlichte eine Gruppe von 35 Intellektuellen eine Stellungnahme zu Problemen des Friedens, in der sie davor warnte, dass Separatfrieden zu Krieg führen könnten und dass eine Abhängigkeit von den USA vermieden werden sollte. Eine weitere Stellungnahme von Maruyama Masao und Ukai Nobushige erschien im Dezember, also nach dem Ausbruch des Korea-Krieges und dem Ruf nach Wiederaufrüstung, im Monatsmagazin „Sekai“, das aufgrund des großen Interesses seine Auflage verdoppelte. Der Artikel, der von 52 Intellektuellen aus Tōkyō und Kyōto unterzeichnet war, kritisierte die bipolare Weltsicht so genannter „Realisten“, die einen unausweichlichen Konflikt zwischen liberalen Demokraten und dem Kommunismus annahmen. Die Prämisse des sich abzeichnenden Sicherheitsvertrages, die Sowjetunion werde den Kommunismus mit militärischen Mitteln verbreiten, wurde zurückgewiesen. Japans Zugehörigkeit zu einer Welt ohne Krieg und seine wirtschaftliche Unabhängigkeit werde vielmehr am effektivsten durch innere sozialdemokratische Reformen ohne ideologische Beeinflussung, weder durch die Sowjetunion noch durch die USA, ver-

<sup>17</sup> Tagesbericht des State Department, 28. Januar 1952, S.120

<sup>18</sup> Koschmann, J. Victor: Intellectuals and Politics. in: Maul, Heinz Eberhard (Hrg.): Militärmacht Japan?, Sicherheitspolitik und Streitkräfte. Iudicium Verlag: 1991, S. 395 – 423, hier S. 402

wirklich. Wirtschaftlich sollten die Prinzipien einer freien Wirtschaft (jiyū keizai no genri) mit Planungsprinzipien (keikaku genri) kombiniert werden.

### 4.1.2 Souveränität

Als das San Francisco System zwischen 1951 und 1954 seine Auswirkungen zeigte, wurde sowohl der Regierung als auch der Opposition bewusst, dass Japan einen bedeutenden Preis für seine Souveränität bezahlt hatte. Es besaß einen bilateralen Sicherheitsvertrag, der zweifellos ungleich war, und eine eigene Militärtruppe von zweifelhafter Legitimität. Der Preis für den Frieden war sozusagen ein geteiltes Japan, das die Bevölkerung des abgekoppelten Okinawa zu einer grotesken Abhängigkeit von der amerikanischen Atom-Strategie in Asien verurteilte. Die psychologische Unterordnung Japans durch die USA und die Aussicht, unweigerlich in einen möglichen Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion hinein gezogen zu werden, prägte das politische Klima der folgenden Jahre. Die Anwesenheit amerikanischer Militärs in ganz Japan wirkte dem entsprechend gleichsam als Abschreckung gegenüber einer eigenen Aufrüstung. Die technologische Integration der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte in die in ganz Japan stationierten US-Truppen ab Mitte der 50er Jahre signalisierte dazu noch eine langfristige militärische Abhängigkeit von den USA.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des San Francisco Systems waren im Gegensatz dazu ein Motor für Japans Aufschwung. Doch bereits zwei Monate nach Abschluss des Friedensvertrages stellte Joseph Dodge, der Architekt der wirtschaftlichen amerikanisch-japanischen Zusammenarbeit, gegenüber japanischen Vertretern klar, dass Japan zwar politisch unabhängig sein könne, wirtschaftlich sei es abhängig. Japan sollte sich der Wirtschaftsblockade des kommunistischen China im Rahmen der Politik des Kalten Krieges anschließen und seine Märkte in Übereinstimmung mit amerikanischen Programmen in Südostasien suchen, um so zur Stabilität der Region beizutragen. Noch 1954 erklärte der amerikanische Staatssekretär John Foster Dulles gegenüber Yoshida, Japan könne nicht erwarten, einen Markt in den USA zu finden, da es nicht die Art von Waren herstellte, die dort gebraucht würden. Allerdings erhielt Japan im Ausgleich für seine Teilnahme an der Blockade Chinas beispielsweise bevorzugten Zugang zu amerikanischen Patenten und Lizenzen sowie US-Schutz in internationalen Wirtschaftsorganisationen. Darüber hinaus wurden ursprünglich zeitlich begrenzt zur Stärkung der innerjapanischen Wirtschaft vorgesehene Importbeschränkungen für ausländische (sprich: amerikanische) Konsumgüter wesentlich länger toleriert, als das parallel in Westeuropa der Fall war. Angekurbelt durch den ersten Aufschwung, der durch die Versorgung der amerikanischen Streitkräfte während des Korea-Krieges einsetzte, entwickelte sich die geschlossene japanische Wirtschaft ab Mitte der 50er Jahre rapide, nachdem in der dem Korea-Krieg folgenden Rezession die Herstellung von Massenartikeln im Konsumgüterbereich zu einem Schwerpunkt der staatlichen Wirtschaftsförderung geworden war. Da das San Francisco System das Anwachsen einer eigenständigen Rüstungsindustrie zunächst aus-

schloss, beschäftigten sich, im Gegensatz zu den USA, die besten japanischen Wissenschaftler und Ingenieure mit der Entwicklung von Produkten für den privaten Bereich.

#### **4.1.3 Die japanischen Streitkräfte**

Nach Inkrafttreten der Sicherheitsverträge teilten die USA Japan unverzüglich ihre Vorstellungen über die Wiederbewaffnung mit. Bis 1954 sollte Japan eine Armee von bis zu 350 Tausend Mann aufstellen, hauptsächlich Bodentruppen. Dies entsprach einem Umfang, den die japanische Armee nicht einmal nach dem Mandschurischen Zwischenfall 1931 erreicht hatte. Die Tatsache, dass dafür eine Änderung der japanischen Verfassung notwendig werden würde, wurde von amerikanischer Seite 1953 erstmals offen ausgesprochen. Premierminister Yoshida widersetzte sich dem Druck, indem er darauf verwies, dass eine Verfassungsänderung wegen der breiten Unterstützung für die „Friedensverfassung“ von 1947 politisch nicht durchsetzbar sei.

Allerdings hatte Japan 1950 auf Erlass MacArthurs eine nationale Polizeireserve ins Leben gerufen, um das durch den Abzug amerikanischer Truppen für den Korea-Krieg für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit entstandene Defizit auszugleichen. Sie war dem Ministerpräsidenten unterstellt und sollte laut Regierungserlass zur Ausführung der Anordnungen des GHQ (General Headquarter) Nr. 260 nur „[...] in besonders notwendigen Fällen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit tätig werden.“ Nachdem das GHQ im Rahmen der Demokratisierungspolitik 1948 den Erlass eines neuen Polizeigesetzes zur Dezentralisierung der Polizei befohlen hatte, wurde in Ortschaften mit über 5 Tausend Einwohnern eine so genannte kommunale Polizei eingesetzt. Für Ortschaften unter dieser Einwohnerzahl war die staatliche Ortspolizei, die nun auch durch die Nationale Polizeireserve ergänzt werden sollte, zuständig. Diese dezentrale Struktur erwies sich für die ortsübergreifende Polizeiarbeit als eher hinderlich und wurde 1954 wieder abgeschafft. Die Nationale Polizeireserve wurde nach amerikanischem Muster ausgebildet und war, ebenfalls nach demokratischem US-Vorbild, einem zivilen und einem militärischen Stab unterstellt. Ab 1951 wurde das Zulassungsverbot für kriegsgediente Soldaten mehr und mehr aufgehoben, sodass diese bald die höheren Offiziersstellen einnahmen. Die Bewaffnung, leichte Maschinengewehre und Granatwerfer, wurden von den USA teils geliefert, teils leihweise zur Verfügung gestellt.

Nach der Unabhängigkeit Japans wurde das Hoanchō, das nationale Sicherheitsamt, gegründet. Es entstand aus der Notwendigkeit, auch in diesem Bereich ein auf demokratischen Grundsätzen fußendes Verwaltungssystem einzurichten, und nahm nach der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzentwurfs seine Arbeit am 1. August 1952 auf. Aus der nationalen Polizeireserve entstanden die nationalen Sicherheitskräfte (hoantai) und aus den Kräften des Küstenschutzamtes (kaijō keibitai) entstand die Nationale Schutztruppe (keibitai). Im September 1953 vereinbarten der Vorsitzende der Liberalen Partei (jiyūtō ; ab 1955 jiyū minshutō – Liberaldemokrati-

sche Partei) Yoshida Shigeru und der Präsident der Reformpartei (kaishintō) Shigemitsu Mamoru in einem Kommuniqué, die Sicherheitskräfte nach und nach zu verstärken, um die US-Truppen im selben Maß abzubauen. Sie bekundeten darin die Absicht, angesichts der internationalen Situation und dem Aufkommen eines nationalen Bewusstseins der Unabhängigkeit, einen langfristigen Verteidigungsplan auszuarbeiten. Als Sofortmaßnahme sollte das bestehende Sicherheitsamtsgesetz geändert und die Sicherheitskräfte in Selbstverteidigungskräfte umbenannt werden, da zu ihrem bisherigen Auftrag, der Gewährleistung der inneren Sicherheit, die Verteidigung Japans gegen eine direkte Invasion hinzu kommen sollte. Im Juni 1954 wurden zwei Gesetzentwürfe verabschiedet, die die Selbstverteidigungskräfte und die Errichtung eines Verteidigungsamtes betrafen, und am 1. Juli trat das so genannte Verteidigungsdoppelgesetz (bōei nihō) in Kraft. Hinsichtlich der Auslegung des Artikels 9 der Verfassung vertrat die Regierung folgende Meinung: „Artikel 9 gewährt Japan als einem Unabhängigen Land das Recht auf Selbstverteidigung. Die Aufstellung einer kampffähigen Truppe, wie die der Selbstverteidigungsstreitkräfte, deren Auftrag auf Selbstverteidigung ausgerichtet ist und die über einen für diesen Zweck angemessenen Umfang verfügen muss, stellt keinen Verstoß gegen die Verfassung dar.“<sup>19</sup> Obwohl Japan zu diesem Zeitpunkt noch kein Mitglied der Vereinten Nationen war, wurde bei der Schaffung der Selbstverteidigungsstreitkräfte darauf geachtet, dass sie im Einklang mit der UN-Charta stand. Die Pflichten nach Artikel 2 der Charta hatte Japan in Artikel 5 des Friedensvertrages bereits anerkannt. Ab Mai 1954 trat das MSA (Mutual Security Assistance) – Abkommen in Kraft, wonach die USA technisches Gerät inclusive Kriegsschiffe und Flugzeuge nun offiziell an Japan liefern konnten. Ein zusätzliches japanisch-amerikanisches Flottenleihabkommen sicherte Japan weiterhin die Lieferung von Zerstörern und U-Booten zu. Bei der Gründung der Selbstverteidigungsstreitkräfte umfasste deren Stärke beim Heer 130 Tausend Mann, die Marine verfügte über eine Tonnage von 50 Tausend sowie 60 Flugzeuge und die Luftwaffe hatte einen Bestand von 150 Flugzeugen. Der Etat belief sich auf 139,6 Milliarden Yen.

Nach Japans Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen wurden im Mai 1957 folgende Richtlinien erlassen, um „[...] die Unabhängigkeit und den Frieden eines für die Demokratie einstehenden Japan zu sichern.“

- „1. Unterstützung der Aktivitäten der Vereinten Nationen und Förderung der internationalen Zusammenarbeit, um damit einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten.
2. Förderung der nationalen Wohlfahrt und Wachthalten des patriotischen Empfindens, um damit eine feste Grundlage für die nationale Sicherheit zu legen.

---

<sup>19</sup> Kato Yozo: Die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte von der Gründung bis zur Gegenwart. in: Maul, Heinz-Eberhard (Hrg.): Militärmacht Japan?, Sicherheitspolitik und Streitkräfte, iudicium verlag:1991, S. 78

3. Fortschreitende Entwicklung wirksamer Verteidigungskraft in den Grenzen nationaler Möglichkeiten und einem für die Selbstverteidigung notwendigen Umfang.
4. Abwehren externer Angriffe durch Anwenden der Sicherheitsvereinbarungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika bis zur Möglichkeit eines Eingreifens durch die Vereinten Nationen.“<sup>20</sup>

## 4.2 Das 1955er System

Die Form der Demokratie Japans ist ein viel diskutiertes Thema, dennoch erscheint ein kurzer Abriss der politischen Entwicklung nach Ende des Zweiten Weltkrieges angebracht, da er zum Verständnis der Position Japans beim Eintritt in die internationale Gemeinschaft der Vereinten Nationen beiträgt.

Bereits 1942 waren vom amerikanischen Generalstab Überlegungen angestellt worden, wie ein militärisch besieгtes Land nach dessen Kapitulation zu behandeln sei. Die entsprechenden Planspiele bezogen sich dabei noch nicht auf ein konkret genanntes Land. 1943 wurde in der neu gegründeten Abteilung, der Civil Affairs Division (CAD), ein Katalog der nicht militärischen Aspekte einer Besatzung erstellt. Als 1944 feststand, dass die allgemeinen Programme in Deutschland und Japan zum Einsatz kommen sollten, entstand im Fall Japans eine Direktive, die durch persönliche Einflussnahme Präsident Roosevelts ganz im Zeichen des „New Deal“ stand. Durch radikale politische und wirtschaftliche Reformen sollten folgende Ziele verwirklicht werden: Verteilung des Wohlstands auf breiter Ebene, Auflösung der Finanztrusts, Säuberung der Wirtschaft von kriegsverantwortlichen in Schlüsselpositionen, Unterstützung von Gewerkschaften und das Verbot von Handelskartellen. Hinsichtlich der demokratischen Neuordnung der Politik Japans wurde nach der Erstellung einer demokratischen Verfassung auf der Basis der Menschenrechte befohlen, dass alle ultra-nationalistischen und terroristischen Organisationen sowie patriotische Geheimorganisationen aufgelöst werden sollten. Die existierenden politischen Parteien sollten unter die Aufsicht von „the Supreme Commander of the Allied Powers“ (SCAP) gestellt werden, damit diejenigen, die die Ziele und Bedürfnisse der militärischen Besatzung unterstützten, gefördert, und solche, die sich diesen widersetzten, aufgelöst werden konnten. Die Direktive war Teil eines umfassenden Befehls, den General MacArthur unter der Aktennummer JCS (Joint Commanders of Staff) 1380/15 als Grundlage für sein Vorgehen in Japan vom amerikanischen Generalstab erhalten hatte.

Zur Beschleunigung der japanischen Kapitulation hatte das State Department 1944 zu japanischen Kommunisten aufgenommen, die neben einigen religiösen Gruppen als einzige konstant gegen den japanischen Militarismus opponiert hatten. Nach Gesprächen mit Vertretern wie Nosaka Sanzō und Kaji Wataru, die auch deren Ein-

---

<sup>20</sup> Kato Yozo:a.a.O., S. 81f

schätzung bezüglich eines zukünftigen Nachkriegs-Japan betrafen, wurde die Unterstützung der japanischen Kommunisten beschlossen.

Mit Beginn der Besatzung Japans durch Truppen der Alliierten unter dominanter Führung der USA fand gemäß Paragraph 5 der Potsdamer Erklärung eine so genannte Säuberung öffentlicher Posten von Personen statt, die am kriegsgeschehen mit verantwortlich schienen. Im Rahmen der Entmilitarisierung Japans wurden auch zivile Stellen gesäubert, um die nachfolgende Etablierung der Demokratie zu erleichtern. „There must be eliminated for all time the authority and influence of those who have deceived and misled the people of Japan int embarking on world conquest, for we insist that a new order of peace, security and justice will be impossible until irresponsible militarism is driven from the world.“ Im Zuge der Demokratisierungsbestrebungen unterstützte das GHQ zunächst die Stärkung aller politischen Parteien, die dem Profil der zukünftigen Demokratie entsprachen, was Kommunisten und Sozialisten einschloss, die Bildung und Stärkung von Gewerkschaften und vier weitere große Reformprogramme. Relativ unangetastet blieb jedoch die Bürokratie und die darin wirksamen finanziellen Strukturen. Nachdem die Säuberung von Militaristen im Mai 1948 als beendet galt, bedauerte der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungsmee, General Douglas MacArthur, dass damit viele fähige Männer aus der Politik entfernt worden seien. Einen Beweis für seine Aussage sah er in der Wahl im Mai 1947, aus der Katayama Tetsu als erster und bisher einziger sozialistischer Premierminister hervorging.

1947 begann der sogenannte „reverse course“ in der amerikanischen Besatzungspolitik, der als Ausgangspunkt für das spätere 1955er System angesehen werden kann. Die Zunahme der Arbeitskämpfe aufgrund der schlechten Wirtschaftssituation führte schließlich zum Verbot eines für den 1. Februar angekündigten Generalstreiks durch das GHQ. Auch der Stop der Dezentralisierungspläne der Wirtschaft und verschiedene Förderprogramme griffen nicht unmittelbar, so dass sich der Zulauf bei kommunistischen Kundgebungen und Streiks zunehmend verstärkte. Auf MacArthurs Befehl wurde im Juli 1948 vom Kabinett ein Streikverbot für öffentlich Beschäftigte verkündet und im Dezember desselben Jahres zur gesetzlichen Grundlage für die Disziplinierung der Staatsangestellten. Ungeachtet dessen blieb die Kritik der Kommunisten an der Regierung, die für die Missstände verantwortlich gemacht wurde, unverändert heftig. Sie wurde hauptsächlich durch das täglich publizierte Parteiorgan „Akahata“ verbreitet. Als die japanische Regierung dies nicht durch ein Verbot beenden konnte, da dies nach Ansicht des GHQ einen Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte dargestellt hätte, wurden die Papierzuteilungen im Januar 1949 auf weniger als 25% gekürzt. Im April 1949 wurde auf Anraten MacArthurs ein Gesetz erlassen, das alle ultranationalistischen und antidemokratischen Vereinigungen verbot. Als am 25. Juni 1950 der Korea-Krieg ausbrach, ließ Premierminister Yoshida Shigeru auf Betreiben MacArthurs „Akahata“ zunächst für dreißig Tage einstellen. Am selben Tag kam es zu groß angelegten Polizeirazzien in allen bekannten Büros der Kommunistischen Partei, die so genannte „red purge“, die Säuberung wichtiger Posten von Kommunisten, Sympathisanten und Verdächtigen, einleitete.

Am 30. Oktober 1950 begann die Rehabilitierung von Personen, die als mutmaßliche Kriegsaktivisten in der ersten Säuberungswelle mit einem Verbot für öffentliche Ämter belegt worden waren. Bis August 1951 wurde ca. 100.000 Personen aus Politik und Finanzwelt die Wiederzulassung zu öffentlichen Ämtern erteilt.<sup>21</sup> Gleichzeitig begann Japans Wiederbewaffnung.

Betrachtet man die Entwicklung der Besatzungspolitik bis zu diesem Punkt, so kann die Feststellung getroffen werden, dass sie sich im Einklang mit der zu Grunde liegenden Direktive befand, die die Bedürfnisse und Ziele der Besatzungsmacht an erste Stelle setzte. Allerdings hatte sich die Auslegung entsprechend den Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik angepasst, und zwar vom Idealismus des „New deal“ bis hin zur McCarthy-Ära der Kommunistenhetze, die zur gleichen Zeit in den USA stattfand. Die amerikanischen Ziele wandelten sich ab Ende der 40er Jahre zu Themen, die aufgrund der internationalen ideologischen Konfliktsituation die wirtschaftliche und politische Stabilität Japans als Teil der US-Strategie im Pazifik notwendig machten. Im globalen Kampf gegen den Kommunismus wurden in Japan demzufolge die konservativen Parteien als verlässliche Partner angesehen, was auch in der Rehabilitation ehemaliger verurteilter Kriegsverbrecher, darunter neben anderen auch der des späteren Außenministers Shigemitsu, seinen Ausdruck fand.

#### **4.2.1 Das Profil der LDP Anfang der 50er Jahre**

Mit Ausnahme des kurzen Zwischenspiels von Katayama Tetsu (Mai 1947 – März 1948) hatten konservative Führer jedem japanischen Kabinett der Nachkriegszeit vorgestanden, dennoch hatten sie erst ab dem dritten Yoshida-Kabinett im Januar 1949 eine sichere Mehrheit im Parlament. Die allgemeinen Wahlen im Oktober 1952 wurden durch die Rückkehr hunderter rehabilitierter Politiker begleitet und bis 1954 hatten sich die konservativen Reihen konsolidiert. Yoshida und seine Liberale Partei wurden im Dezember von einer rivalisierenden konservativen Koalition, der Demokratischen Partei unter Hatoyama Ichirō, an der Spitze der Regierung abgelöst.

Der linke und der rechte Flügel der Sozialistischen Partei, die sich im Streit um die Annahme des Friedensvertrages 1951 formal getrennt hatte, vereinigten sich bis Oktober 1955 wieder, nachdem die beiden bei den Wahlen im Februar insgesamt ca. ein Drittel der Sitze im Repräsentantenhaus erzielt hatten. Der Zusammenschluss der konservativen Parteien zur Liberal-Demokratischen Partei (LDP) im November war zum größten Teil eine Reaktion auf diese zielbewusste Formierung eines Oppositionsblocks. Er löste gleichzeitig auch, wie bereits in den 20er Jahren, eine nun offene Verbindung zwischen Großindustrie und Politikern des rechten Spektrums aus und mobilisierte so die Wirtschaft als bleibende Finanzquelle für die LDP. Entstanden war die LDP ursprünglich als landesweites Sammelbecken nicht- bzw. antisozialistischer und antikommunistischer Parteien und Politiker, die ihre eigenen Wahlkampfvereinigungen unterhielten. Diese schlossen sich zur Erlangung von Posten im Par-

---

<sup>21</sup> Kawanishi Hirosuke (Hrg.): Japan im Umbruch. Bonn 1985, S. 355

lament und Geldmitteln einem der prominenten Politiker der Partei an und bildeten so innerparteiliche Faktionen (habatsu). Ihre einzige grundlegende Gemeinsamkeit bestand in der Gegnerschaft zum Sozialismus.<sup>22</sup> Die Wurzeln der bekanntesten Politiker, die die Partei dominierten, und ihrer Gefolgschaften lassen sich bis in die Vorkriegszeit zurückverfolgen. Dem entsprechend übernahmen die Gründer der LDP auch vorkriegszeitliche Organisationsprinzipien. Die Kontroverse um den Zusammenschluss zu einem gemeinsamen konservativen Block wurde hauptsächlich zwischen so genannten Nachkriegspolitikern wie Yoshida Shigeru und formal rehabilitierten Altpolitikern, die das demokratische System, die neue Verfassung und die Anbindung an die USA nach wie vor ablehnten, ausgetragen. Der Zusammenschluss selbst erfolgte schließlich gegen den erklärten Widerstand einer Reihe einflussreicher Politiker aus beiden Lagern, deren persönliche Feindschaften in die Partei einflossen. Um dieses Nebeneinander der verschiedenen Gruppen unter dem Namen LDP zu unterstreichen und diese Art von „Partei“ als Organisation vom westlich-demokratischen Verständnis einer politischen Partei zu unterscheiden, wird deshalb für die LDP häufig die Bezeichnung „konservative Koalition“ verwendet, wobei sie für die unverändert ultranationalistische Haltung von Politikern wie Matsumura Kenzō und Miki Takeo, ehemaligen Mitgliedern der Japanischen Fortschrittspartei (Nihon Shinpōtō) auch reaktionäre Untertöne nahelegt.<sup>23</sup> Sowohl die interne Struktur als auch das politische Vorgehen der LDP ist neben den formalen Richtlinien durch ein informelles Beziehungsgeflecht gekennzeichnet, sodass Entscheidungsfindungen und Umsetzungsmechanismen im informellen Zusammenspiel von Partei, Interessenverbänden und der Bürokratie verschiedener Ministerien ablaufen. Das dabei zum Tragen kommende, fast feudalistisch anmutende Gefolgschaftsprinzip mit seinem Wertesystem, auf das die Basis der Partei keinen Einfluss hat, lässt der LDP die Attribute „liberal bzw. demokratisch“ nur noch auf dem Papier.

Die Konsolidierung der politischen Bühne Japans 1955 in einen rechtskonservativen und einen linksliberalen Block zeigt äußerliche Ähnlichkeit mit westlichen Demokratien wie z.B. den USA oder Großbritannien, die absolute Mehrheit der LDP signalisierte zumindest Stabilität in eine Richtung. Obwohl die LDP der 50er Jahre wie gezeigt von ihrer Struktur her weder liberal noch demokratisch war, sondern streng personen- und interessenbezogen, ermöglichte sie so den wirtschaftlichen Aufstieg Japans innerhalb konstanter politischer Parameter. Die damit einher gehende Art der Motivation der japanischen Bevölkerung wird in Kapitel 8.1.1 dieser Studie behandelt. Die Verflechtungen wirtschaftlicher Interessen und politischer Spielräume zeigten ihre Auswirkungen besonders in der Außenpolitik, die diesen Interessen Rechnung tragen musste.

<sup>22</sup> Sato Seizaburo: Die Demokratie in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg. in: Baring, Arnulf und Sase Masamori (Hrg.): Zwei zaghafte Riesen? Deutschland und Japan seit 1945. Stuttgart 1977, S.279f

<sup>23</sup> Vgl. Pohl, Manfred: Hintergründe einer „Einparteien-Demokratie“: Die Anatomie der japanischen Regierungspartei. in: Menzel, Ulrich: Im Schatten des Siegers: Japan – Staat und Gesellschaft. Frankfurt a.M. 1989, S. 275-281

## 5. Die Rolle der UN bei aktuellen Konflikten

„Viele schwerwiegende Probleme bedrängen jetzt die Welt. Die Vereinten Nationen stehen einer großen Herausforderung gegenüber – der Krise im Mittleren Osten und der in Osteuropa. Sie verdeutlichen, dass nachdrückliche Maßnahmen seitens dieser Organisation notwendig sind. Im Bemühen um eine Lösung der Krise im Mittleren Osten und der internationalen Spannungen haben die Vereinten Nationen mit der überwältigenden Unterstützung ihrer Mitglieder eine ungeheure Rolle gespielt, deren Wirksamkeit und Wichtigkeit in der Tat unschätzbar ist. Es ist epochal, dass sie eine internationale Notfalltruppe geschaffen haben und sie als neues Instrument im Umgang mit einer höchst schwierigen Situation effektiv einzusetzen. Wir hoffen ernsthaft, dass die Vereinten Nationen immer die größtmögliche Macht ausüben werden, gemäß ihrer Aufgabe als Werkzeug des Weltfriedens. Ich halte es für angemessen, den Generalsekretär an dieser Stelle zu würdigen, der sich für die Ausführung der Entscheidung der Vereinten Nationen, die Friedenstruppe für den Mittleren Osten aufzustellen, stark gemacht hat.“

Japans Interesse an der Effektivität der UNO bei Frieden erhaltenden und Friedensschaffenden Aktionen hatte seinen offensichtlichen Grund in der eigenen geographischen und außenpolitischen Situation. Das Risiko, von einem militärischen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion betroffen zu werden, sollte durch die Solidarität der internationalen Staatengemeinschaft in Konfliktsituationen auf der Ebene der Vereinten Nationen möglichst ausgeschlossen werden. Von daher waren die Vorgehensweise und die Wirksamkeit aktueller UN-Aktionen schon unter diesem Gesichtspunkt von Bedeutung. Der Blick auf die Ereignisse selbst zeigt im Folgenden den Handlungsspielraum dabei auf.

### 5.1 Der Suez-Krieg

Das Waffenstillstandsabkommen, das 1949 unter Beteiligung der UNO zwischen Israel und den arabischen Staatengeschlossen worden war, hatte keinen dauerhaften Frieden eingeleitet. Als 1950 der israelische Regierungssitz nach Jerusalem verlegt wurde, reagierten die Staaten der Arabischen Liga mit einem Wirtschaftsboykott und Ägypten sperrte den Suez-Kanal, 1951 auch die Straße von Tiran bei Sharm el Sheikh am Golf von Akaba für israelische Schiffe, sodass Israels Zugang zum Roten Meer versperrt und seine Versorgung mit Erdöl erschwert wurde. Eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, die Ägypten zur Aufhebung der Blockade aufforderte, zeigte keine Wirkung. Grenzverletzungen von Palästinensern und Israelis wechselten sich weiterhin ab. Die Demarkationslinien wurden bis zum Frühjahr 1956 lediglich von 35 Militärbeobachtern der Waffenstillstandskommission überwacht, die im besten Fall lokal begrenzte Streitigkeiten vorübergehend schlichten konnten. 1955 nahmen die Grenzschwierigkeiten derart zu, dass der Sicherheitsrat immer häufiger Verurteilungen aussprach. Der Versuch, die vorherige Resolution zu wiederholen, scheiterte am Veto der UdSSR, die sich nach anfänglicher Unterstützung Israels auf die Seite

der arabischen Staaten geschlagen hatte.<sup>24</sup> Der Generalsekretär Dag Hammarskjöld wurde im April 1956 vom Sicherheitsrat beauftragt, die bestehenden Regelungen zu überprüfen und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen. Er besuchte im Mai alle beteiligten Staaten und verhandelte über die Wiederherstellung entmilitarisierter Zonen. Der Sicherheitsrat unterstützte die meisten Maßnahmen und forderte die beteiligten Staaten auf, diese umzusetzen. Die Initiative der UN scheiterte an der Weigerung der israelischen Regierung, die UN-Beobachter in die vorgesehenen Gebiete einreisen zu lassen.

Am 25. Juli erklärte der ägyptische Präsident Nasser die Verstaatlichung des Suez-Kanals, um über die Kanal-Einnahmen den Bau des geplanten Assuan-Staudamms zu finanzieren. Da Ägypten sich weigerte, mit den Kanalbenutzern zu verhandeln, beantragten Frankreich und Großbritannien eine Sitzung des Sicherheitsrates für den 5. Oktober, um eine potenzielle Friedensgefährdung durch Ägypten untersuchen zu lassen. Obwohl sich Ägypten in Sondierungsgesprächen mit Hammarskjöld durchaus verhandlungswillig zeigte, blieben Großbritannien und Frankreich bei ihrer Forderung, den alten Zustand, d.h. eine internationale Verwaltung des Kanals, wiederherzustellen. Am 29. Oktober griffen israelische Truppen den Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel an und rückten in Richtung Suez-Kanal vor. Die USA forderten daraufhin Maßnahmen des Sicherheitsrates, um Israel hinter die Grenzen von 1949 zu bewegen. In der diesbezüglichen Sitzung teilte der britische Delegierte mit, Großbritannien und Frankreich hätten ein Ultimatum an Israel und Ägypten gesandt, in dem sie den Rückzug der Truppen und einen Waffenstillstand forderten. Die von ihnen angemahnte Waffenstillstandslinie sollte allerdings entlang des Suez-Kanals verlaufen, womit sie indirekt die israelische Militäraktion unterstützten. Die zweite Forderung des Ultimatums verdeutlichte ihr Eigeninteresse, da sie die ägyptische Regierung aufforderten, die Besetzung von Schlüsselstellungen durch anglo-französische Militäreinheiten zu gestatten. Das Ultimatum lief am 31. Oktober ab und der vom ägyptischen Vertreter beantragten Ratssitzung am 30. Oktober blockierten Großbritannien und Frankreich Resolutionsentwürfe der USA und der Sowjetunion durch ihr erstmals ausgeübtes Veto. Als am nächsten Tag die Bombardierungen ägyptischer Stellungen begannen und der Sicherheitsrat durch Veto blockiert war, beantragte der Vertreter Jugoslawiens eine Notstandssitzung der Vollversammlung nach der „Uniting for Peace Resolution“. In der Debatte forderten die USA einen sofortigen Waffenstillstand, eine Rückkehr hinter die Grenzen von 1949 und einen Stopp aller Truppenbewegungen in der Region, der sich besonders auch auf die anglo-französischen Truppen mit Ziel Ägypten bezog. Gegen die Stimmen Israels, Großbritanniens und Frankreichs wurde dieser Resolutionsentwurf am 2. November angenommen. Ägypten und Israel nahmen die Aufforderung zum Waffenstillstand an, Großbritanniens und Frankreichs Truppen landeten davon unbeeindruckt am 4. Und 5. November in Ägypten und rückten entlang des Suez-Kanals vor. Am 4. November verabschiedete die Generalversammlung eine Resolution, nach der der Generalsekretär mit der Unterbreitung von Vorschlägen zur Aufstellung einer UN-Friedenstruppe beauftragt

---

<sup>24</sup> Volger, Helmut: Geschichte der Vereinten Nationen. München 1995, S. 101

wurde. Hammarskjölds Vorschläge wurden am 5. November 1956 angenommen und er wurde mit der Aufstellung einer UN-Friedenstruppe zur „Sicherung und Überwachung der Einstellung der Feindseligkeiten“ beauftragt. Am selben Tag verlangte die UdSSR eine Sitzung des Sicherheitsrates und erklärte, sie werde möglicherweise Nuklearwaffen gegen Großbritannien und Frankreich einsetzen, falls deren Aktion nicht stoppe. Im Laufe der Sitzung erklärten Großbritannien und Frankreich auf Druck der USA ihre Zustimmung zu einer Friedenstruppe. Am 15. November trafen die ersten Einheiten der neu geschaffenen Friedenstruppe in Ägypten ein und bis März 1957 waren auch die letzten besetzten Gebiete geräumt und durch UN-Truppen gesichert. Durch diplomatische Verhandlungen hatte Dag Hammarskjöld das Einverständnis der ägyptischen Regierung zur Stationierung von UN-Truppen erhalten. Dafür wurde sowohl das zu besetzende Gebiet als auch die Nationalität der UN-Truppen gemeinsam mit der ägyptischen Regierung festgelegt. Ohne Zustimmung der Regierung sollte die Truppe auch keine militärischen Maßnahmen durchführen. Allerdings konnte die Truppe nur in Ägypten stationiert werden, da Israel keine UN-Truppen auf israelischem Gebiet gestattete. Dennoch hatte Hammarskjöld somit ein Modell für Friedenstruppen geschaffen, die mit Zustimmung der Betroffenen in Krisengebieten eingesetzt werden konnten.

## 5.2 Der Aufstand in Ungarn 1956

Während der Intervention am Suez-Kanal spielte die UNO beim Aufstand in Ungarn und dessen Niederschlagung durch sowjetische Truppen mehr oder weniger die Rolle eines hilflosen Zuschauers.

Seit dem 22. Oktober 1956 gab es große Demonstrationen in vielen ungarischen Städten, die Demokratisierungsmaßnahmen, den Rückzug der sowjetischen und die Wiedereinsetzung des früheren Premiers Nagy forderten; die stalinistischen Führer sollten entfernt werden. Obwohl die USA, Großbritannien und Frankreich die Situation in Ungarn im Sicherheitsrat behandeln wollten, argumentierten die Vertreter Ungarns und der UdSSR, die Ereignisse seien lediglich Gegenstand der ungarischen Innenpolitik und daher kein Thema für die Vereinten Nationen. Am 30. Oktober kündigte Nagy die Bildung einer neuen Regierung, baldige freie Wahlen und andere Reformen an. Die UdSSR erklärte währenddessen ihre generelle Bereitschaft zum Rückzug. Dessen ungeachtet gingen Kämpfe zwischen Arbeitern, Studenten, Teilen der Armee und sowjetischen Truppen weiter. Trotz heftiger Proteste wurden zudem weitere sowjetische Truppen nach Ungarn gebracht. Nagy berichtete Hammarskjöld, dass er dem sowjetischen Botschafter den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und die künftige Neutralität Ungarns mitgeteilt habe. Am 1. November erging Nagys Bitte an die Alliierten, Ungarns Neutralität zu schützen. Er bat weiterhin um die Einberufung des Sicherheitsrates. Als dieser am 4. November zusammentrat, erklärte der Vertreter der UdSSR, die Regierung Nagy sei inzwischen durch eine „Arbeiter- und Bauern-Regierung abgelöst worden. Die neue Regierung wünsche keine Diskussion der innerungarischen Ereignisse in der UNO. Dies wurde vom Vertreter der

neuen, durch die sowjetischen Truppen gestützten Regierung Kadar am 8. November gegenüber den Vereinten Nationen bekräftigt. Am 12. Dezember verurteilte die Generalversammlung in einer Resolution die Intervention der UdSSR als Bruch der Charta und forderte sie auf, ihre Truppen aus Ungarn zurück zu ziehen. Trotz der Einsetzung eines Sonderausschusses 1957 und der jährlich wiederholten Verurteilung des sowjetischen Verhaltens wurde die regelmäßige Befassung mit dem Thema 1962 ergebnislos eingestellt.

Wie eingangs vermutet nahm Shigemitsu Stellung zu diesen aktuellen Ereignissen, um Japans generelles Interesse an der Friedenserhaltung zu unterstreichen. Dennoch war der Suez-Krieg ohnehin für Japan von konkreter Bedeutung, da es den größten Teil seines Erdöls aus dieser Region bezog und wie die arabischen Staaten als Resultat der Bandung-Konferenz die Aktion der ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich eher missbilligte. Andererseits hatte die UNO durch die Schaffung eines neuen Instruments in diesem Fall erfolgreich ihre Kompetenz bei der Entschärfung einer internationalen Krise unter Beweis gestellt, was letztendlich auch ein Signal hinsichtlich Japans eigener Sicherheit im theoretischen Krisenfall bedeutete. Mit der vorsichtigen Kritik an der sowjetischen Aggression in Ungarn bezog Shigemitsu Stellung hinsichtlich der wenige Tage zuvor ergangenen UN-Resolution. Allerdings kennzeichnete dies bereits die Art von Stellungnahme, die Japan bei internationalen Konflikten in den folgenden Jahren wegen seiner jeweils impliziten Rücksichtnahme auf eigene Handelsbeziehungen den Vorwurf der Konturlosigkeit einbrachte. Die genannte Resolution zeigte jedoch auch die Grenzen der Handlungsfähigkeit der UN auf, da deutlich wurde, dass sie nur dann Wirkung zeigen konnte, wenn sich alle Beteiligten an die ausgesprochene Empfehlung hielten.

## 6 Ideologische Thematik

„[...] In diesem Zusammenhang glaube ich, dass wir uns ideologischer Themen enthalten und vielmehr realistische Konzepte entwickeln sollten, die sich mit den einher gehenden praktischen Problemen beschäftigen. Von diesem Standpunkt aus hat Japan wieder diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion aufgenommen und so den unnatürlichen Kriegszustand beendet, der elf Jahre lang fortgedauert hat.“

„Ideologie“ als Grund für Japans sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA und die politisch und wirtschaftlich teilweise noch unentschiedene Situation in Südostasien behinderte in der ein oder anderen Form die uneingeschränkte Entwicklung der japanischen Wirtschaftsinteressen. Der damit verbundene drohende Konflikt stellte dabei wohl die größte Gefahr für die Sicherheit Japans und seiner internationalen Interessen dar. Aus diesem Grund trat Japan in diesem internationalen Rahmen für ein pragmatisches Miteinander ein, ein Verhalten, das den japanischen Standpunkt nicht deutlicher formulieren konnte. Offensichtlich wird dies bei der Betrachtung von Japans Beziehungen zur Sowjetunion und der Volksrepublik (VR) China, in deren

Innenverhältnis, bedingt auch durch Japans eindeutige Orientierung, ideologische Themen keine nennenswerte Rolle spielten.

## 6.1 Das Verhältnis zur Sowjetunion

Bereits das zaristische Russland und das japanische Kaiserreich hatten um die Vorherrschaft in Nordostasien rivalisiert. Noch 1941 befürwortete ein Großteil des japanischen Militärs eine Ausdehnung nach Norden, also gegen die UdSSR. Japans Niederlage im Jahr 1945 stellte die Machtverhältnisse in Nordostasien auf den Kopf. Die Sowjetunion dominierte nun, in zeitweiligem Bündnis mit der VR China, in der Region. Vergeblich hatte sich die Sowjetunion als Mitglied der Alliierten nach der Besetzung der Kurilen allerdings um eine Besatzungszone auf Hokkaido bemüht, so dass sie sich darauf verlegte, den Abzug der amerikanischen Truppen aus Japan zu erreichen. Nach der Proklamation der VR China am 1. Oktober 1949 schlossen Moskau und Peking einen Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Hilfe mit einer Laufzeit von 30 Jahren ab. Der Vertragstext richtet sich vordergründig gegen eine Bedrohung durch ein remilitarisiertes Japan, der Hinweis auf „mit Tōkyō liierte Kräfte“ verwies jedoch auf die USA.<sup>25</sup> Bei den Verhandlungen zum Friedensvertrag von San Francisco forderte die Sowjetunion unter anderem zunächst den Abzug der US-Truppen; die einzige Seemacht, die um Japan herum operieren sollte, war die Rote Flotte. Der Forderungskatalog wurde von den Konferenzteilnehmern einhellig abgelehnt, woraufhin die sowjetischen Vertreter die Konferenz demonstrativ verließen. Die Forderungen lieferten den USA nebenbei eine nachträgliche Rechtfertigung für den Sicherheitsvertrag mit Japan. Dieser hatte zwar den Charakter eines ungleichen Vertrages, da er den Einsatz von US-Truppen zur Unterdrückung innerer Unruhen in Japan ermächtigte und nur mit Zustimmung der USA wieder gelöst werden konnte, dennoch schien diese Form der Stationierung ausländischer Truppen weitaus Angehender zu sein als die indirekte Drohung der VR China und der UdSSR, im Fall der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages selbst Besatzungseinheiten nach Japan zu entsenden. Nach einer Umfrage vom 13./14. September 1951 sprachen sich 79,9% der befragten Japaner für die Sicherheitsverträge aus. Auf der politischen Ebene legte die UdSSR ihr Veto gegen die Zulassung Japans zur UNO ein und signalisierte, ein Beitritt Japans zu den Vereinten Nationen sei nur nach einem Friedensvertrag Japans mit der UdSSR und der VR China möglich.

Nach dem Tod Stalins und dem Ende des Korea-Krieges zeichnete sich ein „Tauwetter“ in den Beziehungen beider Staaten ab. Nach dem Besuch mehrerer japanischer Handelsdelegationen äußerte der sowjetische Außenminister Molotov am 13.09.1954 gegenüber einer japanischen Zeitung den Wunsch nacheiner Entspannung des Verhältnisses. Obwohl auf beiden Seiten Handelsinteressen bestünden, sei Japans Abhängigkeit von den USA ein ernstes Hindernis. Eine chinesisch-sowjetische Erklärung vom 12.10.1954 forderte bereits nicht mehr den Bruch Japans mit den USA als

---

<sup>25</sup> Mayer, Hans Jürgen: Die japanisch-sowjetischen Beziehungen 1956 bis 1973/74. Hamburg 1985, S. 85

Vorbedingung für die Normalisierung der Beziehungen. In Japan selbst setzte sich eine Gruppe aus Wirtschaftskreisen für Beziehungen mit der UdSSR und der VR China ein, da Japans Osthandel durch die Auswirkungen des Korea-Krieges zum Erliegen gekommen war. Als Hatoyama Ichirō Ende 1954 Premierminister wurde, erklärte er mit seinem Außenminister Shigemitsu Mamoru die Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR und der VR China; die Kooperation mit der freien Welt werde dadurch nicht betroffen. Hatoyama wünschte diplomatische Beziehungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt mit der UdSSR, da Pekings damals unannehbare Forderung nach der Kündigung des Friedensvertrages zwischen Japan und Nationalchina kaum Spielraum für Verhandlungen bot. Die Initiative zu den weiteren Verhandlungen ging von der UdSSR aus, doch das Interesse manifestierte sich auch in Japan durch die Gründung der „Nationalen Konferenz zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu China und der Sowjetunion“, die hinter den Kulissen wichtige Vermittlerdienste leistete. Die Verhandlungen wurden durch die beiderseitigen Gebietsansprüche auf Inseln der Kurilen-Gruppe wiederholt unterbrochen. Die UdSSR blockierte im Dezember 1955 durch ihr Veto erneut Japans Zulassung zu den Vereinten Nationen und verwehrte ab März 1956 japanischen Fischern den Zugang zu Fanggründen im Nordwestpazifik. Da die Gruppe um Hatoyama, die für eine rasche Normalisierung der Beziehungen eintrat, wesentlich aus Spenden der Fischerei-Industrie finanziert wurde, wurde am 14.05.1956 ein Fischereiabkommen mit der UdSSR geschlossen, das jedoch erst nach der Normalisierung der Beziehungen beider Staaten in Kraft treten sollte. Als sich Shigemitsu im August mit der Rückgabe der Habomai-Inseln und Shikotan abfinden wollte, verbot nicht nur die LDP einen Abschluss auf dieser Basis, auch der amerikanische Staatssekretär Dulles erklärte, die USA würden im Fall eines Verzichts auf die Südkurilen zugunsten der UdSSR Okinawa annekieren. Premierminister Hatoyama bestand am 19. August darauf, persönlich in Moskau zu verhandeln, gleichzeitig kündigte er seinen Rücktritt nach der Normalisierung der Beziehungen an. Die LDP verständigte sich schließlich darauf, diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR zuzustimmen, den Gebietsanspruch auf die Inseln Etorofu und Kunashiri jedoch aufrecht zu erhalten.

In Moskau einigten sich die Verhandlungspartner auf eine gemeinsame Erklärung, in der festgehalten wurde, dass die Habomai-Inseln und Shikotan nach Abschluss eines Friedensvertrages an Japan zurückgegeben werden sollten, die territoriale Frage sollte in der Folge geklärt werden. Neben der Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen und der Freilassung aller japanischen Internierten regelte die Erklärung: „1. die Beendigung des Kriegszustandes

2. den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den bilateralen und internationalen Beziehungen sowie das Recht beider Länder zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung;
3. die sowjetische Zustimmung zum UNO-Beitritt Japans;
4. den Verzicht der UdSSR auf Reparationen;

5. die baldige Aufnahme von Verhandlungen über Handel, Schifffahrt etc.;
6. das sofortige Inkrafttreten des Fischereiabkommens und des Abkommens zur Rettung Schiffbrüchiger vom 14.05.1956.“<sup>26</sup>

Die meisten dieser Vereinbarungen wären auch schon ein Jahr zuvor möglich gewesen, da die UdSSR zunächst alle annexierten Gebiete behielt und ihre Präsenz dort auch noch verstärkte. Trotz der Aussicht auf Wirtschaftskontakte wurde die Fischerei-Blockade vom Jahr zuvor in der japanischen Öffentlichkeit als Erpressung angesehen und die Ausgangsforderungen der UdSSR verstärkten das Gefühl einer latenten Gefahr. Dies wurde durch die sowjetische Haltung in der Frage der Süd-Kurilen noch unterstrichen, wobei die diesbezüglichen Zusammenhänge jedoch nicht allgemein bekannt waren. Hatoyama hatte durch die gemeinsame Erklärung einen würdigen Abschluss seiner Amtszeit erreicht: Japan konnte nun Mitglied der Vereinten Nationen werden, dadurch außenpolitisch besser agieren und Beziehungen zu Osteuropa aufnehmen.

Nicht ideologische, sondern machtpolitische Erwägungen bestimmten auch nach der Rivalität des japanischen und russischen Imperialismus in Korea und der Mandschurie das politische Klima. Das Misstrauen auf japanischer Seite richtete sich gegen Russland als „altem“ Feind; darüber hinaus stellte das konventionelle und nukleare sowjetische Potential die einzige, auf absehbare Zeit ernst zu nehmende Bedrohung für Japan selbst aber auch für die wichtigen Schifffahrtsrouten dar. Auch für die UdSSR war Japan noch immer ein direkter Rivale im Hinblick auf ihre Interessen in Ost- und Südostasien. Der aktuelle Hauptgrund lag dabei in Japans Verbindung zu den USA und in der Existenz des US-amerikanischen Militärstützpunktes auf Okinawa.

## 6.2 Das Verhältnis zur Volksrepublik China

Japans Verhältnis zum chinesischen Festland nach dem Zweiten Weltkrieg verlief vor dem Hintergrund des Systemwechsels 1949 und der daraus resultierenden internationalen Reaktion auf dünnen, privatwirtschaftlichen Bahnen. Die Diskussion im Vorfeld des San Francisco Vertrages, als deren Resultat Japan die Regierung Nationalchinas anerkannt hatte, kennzeichnete die wirtschaftlichen bzw. politischen Standpunkte, die dieses Verhältnis bestimmten. Im Hinblick auf seine wirtschaftliche Entwicklung schien für Japan der Handel mit beiden chinesischen Staaten die beste Option. Großbritannien, das die VR China anerkannt hatte, befürwortete Japans Orientierung nach dem chinesischen Festland, um eine ansonsten zu erwartende direkte Rivalität um Märkte in Südostasien zu vermeiden. In den USA gingen die Meinungen zum Thema auseinander. Die wirtschaftliche Blockade der VR China wegen ihrer Rolle im Korea-Krieg war erklärte US-Politik, die durch die UN-Resolution vom

---

<sup>26</sup> Der vollständige Text in: The Japanese Annual of International Law 1957, I, S. 129ff

18.05.1951 im Bereich der strategischen Güter auch von anderen UN-Mitgliedern beachtet werden sollte. Das Embargo wurde laut einem Bericht vom Herbst 1951 von 38 der 60 UN-Mitglieder beachtet. Obwohl Japan von den USA dazu angehalten wurde, sich dem Embargo anzuschließen, gab es auch Stimmen, die Handelsbeziehungen zwischen den beiden zur Unterstützung der Erholung der japanischen Wirtschaft für notwendig hielten. Streitpunkt hierbei war hauptsächlich die Spezifizierung der Waren, die unter das Embargo fielen. Als Hatoyama Ende 1954 seinen parteiinternen Rivalen Yoshida als Premierminister ablöste, versuchte er den proamerikanischen Standpunkt des vorherigen Kabinetts teilweise zu revidieren. Er entsandte Takasaki Tatsunosuke im April 1955 als offiziellen Vertreter zur Konferenz von Bandung in Indonesien, bei der 29 Länder aus Afrika und Asien vertreten waren. Takasaki und sein Berater Fujiyama Aiichirō, der Präsident der japanischen Industrie- und Handelskammer, konnten bei dieser Gelegenheit mit dem ebenfalls teilnehmenden Vertreter der VR China Zhou Enlai sprechen.

Hatoyamas Minister für Internationalen Handel und Industrie Ishibashi Tanzan hatte bereits lange vor diesem Amt im Januar 1952 eine außerparteiliche Gruppe zu einem „Forum für internationale Wirtschaftsangelegenheiten“ zusammengestellt.<sup>27</sup> In der Absicht, Japans Handel mit der UdSSR und der VR China zu fördern, wurde eine Gruppe in geheimer Mission nach Moskau geschickt. Auf dem Rückweg besuchte sie, zum ersten Mal nach der Revolution, Peking und schloss das erste private Handelsabkommen. Vor dem Hintergrund des drei Monate später geschlossenen Friedensvertrages mit Nationalchina entsprachen Ishibashis privatwirtschaftliche Aktivitäten zu diesem Zeitpunkt nicht der offiziellen politischen Linie, jedoch standen sie im Einklang mit den Erfordernissen für die Weiterentwicklung der japanischen Wirtschaft im asiatischen Kontext. Im September 1954 gründete Ishibashi zur Erweiterung dieser Beziehungen die „Gesellschaft Japans zur Unterstützung des Internationalen Handels“. Ein halbes Jahr später fiel die Bandung-Konferenz zeitlich ungefähr mit dem ersten Besuch einer offiziellen rotchinesischen Handelsdelegation in Japan zusammen. Ishibashi, nun Minister des MITI, nahm dabei als erstes Kabinettsmitglied im Nachkriegsjapan offiziellen Kontakt zu rotchinesischen Wirtschaftsführern auf. Die dritte chinesisch-japanische Übereinkunft über privaten Handel im Mai 1955 sah die Einrichtung beidseitiger ständiger Handelsvertretungen vor und markierte damit einen weiteren Schritt zu konstanten Handelsbeziehungen. Bemüht, die Handelsbeschränkungen von COCOM (Coordinating Committee for Export to Communist Areas) zu lockern, warb Ishibashi, übrigens ganz im Sinne vieler Wirtschaftspolitiker, im Juni 1956 in einem Schreiben an die japanische Wirtschaftszeitung „Nippon Keizai Shinbun“ für den Handel mit China, wobei er dessen Wichtigkeit sowohl als Rohstofflieferant als auch als Absatzmarkt unterstrich. Handel mit China bedeute nicht, politisch und ideologisch mit dem Kommunismus zu sympathisieren. Wirtschaftliche Be-

---

<sup>27</sup> Wakamiya Yoshibumi: The Postwar Conservative View of Asia. How the Political Right Has Delayed Japan's Coming to Terms With its History of Aggression in Asia; International Library Foundation:1998, S. 118

ziehungen zu China seien lebenswichtig, da Südostasien keine angemessene Alternative böte.<sup>28</sup>

Zum Zeitpunkt des japanischen Beitritts zu den Vereinten Nationen zeigten die Beziehungen zwischen Japan und der VR China zunächst im wirtschaftlichen Bereich positive Tendenzen für eine weitere Entwicklung, die mit Ishibashis Amtsantritt als Premierminister Ende Dezember 1956 sogar noch auf den diplomatischen Bereich ausdehnbar erschien. Der amerikanische Auslandsgeheimdienst berichtete in diesem Zeitraum, dass Japans Wunsch nach engeren Handels- und möglicherweise diplomatischen Beziehungen zu dem kommunistischen China der US-Politik in diesem Bereich entgegenstünde und dass „[...] Prime Minister Hatoyama was testing the the limits of American patience on the trade issue.“ Japan war auf dem Weg, trotz der durch das militärische Embargo bestehenden Beschränkungen, die es, auf Druck der USA oder nach eigener Argumentation in Respektierung der entsprechenden UN-Resolution, befolgte, seine Beziehungen zur VR China in normale Bahnen zu lenken.

## 7 Wirtschaftliche Entwicklung in Asien

„[...] Die Basis für Frieden und Entwicklung in Asien liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder in dieser Region“

„[...] Japan hat heute viele Probleme, den Unterhalt seiner Bürger zu gewährleisten. [...] Unsere Bürger scheuen harte Arbeit nicht. Männer und Frauen gleichermaßen arbeiten fleißig an ihren Arbeitsplätzen. [...] Wir wissen, dass die beste Lösung unseres Bevölkerungsproblems in der Entwicklung der eigenen Wirtschaft und der Förderung des Außenhandels durch wachsende Produktion liegt. Deshalb sind wir außerordentlich sensibel gegenüber Hemmnissen im internationalen Handel.“

[...] Japan ist ein Land mit weltweitem Interesse an Geschäft und Handel. Gleichzeitig ist es ein Staat mit der Geschichte und Tradition eines asiatischen Landes. Dies ist der Grund für unsere Teilnahme an der asiatisch-afrikanischen Konferenz von Bandung im letzten Jahr. Wir unterstützen aufrichtig die von der Konferenz verabschiedeten zehn Prinzipien, die völlig mit dem Geist der Charta der Vereinten Nationen übereinstimmen.“

### 7.1 Die Entwicklung der japanischen Wirtschaft

Berücksichtigt man die Gebiete Korea, Taiwan, Süd-Sachalin, Guangdong und den Marionettenstaat Manchukuo, so verblieb dem Kern-Japan nach Kriegsende noch 19% der vormals kontrollierten Landmasse. Dorthin strömten die Massen der demobilisierten Streitkräfte und Flüchtlinge aus den verlorenen Gebieten zurück. Japan hatte 1946 eine Bevölkerungsdichte von 215 Einwohnern pro Quadratkilometer und nur 16% landwirtschaftliche Nutzfläche. Die Nahrungsmittelknappheit wurde noch durch eine offene Inflation verschärft. Die politische Maxime des GHQ unter General

---

<sup>28</sup> Wakamiya Yoshibumi: a.a.O., S. 119

MacArthur hieß zunächst Entmilitarisierung und Demokratisierung, ein Wirtschaftsentwicklungskonzept im positiven Sinn gab es noch nicht. Im Rahmen der Demokratisierungsmaßnahmen wurden allerdings eine Landreform durchgeführt, die größten Familienkonzerne (zaibatsu) zunächst in Einzelunternehmen aufgesplittet und eine Änderung im Bereich der Arbeitsbeziehungen durch die anfängliche Unterstützung der Gewerkschaftsbildung eingeleitet. Als sich die japanische Wirtschaft vor dem Hintergrund dieser Reformbewegungen vorwiegend in Arbeitskämpfe verstrickt sah, die sie lahmzulegen drohten, verschärfte sich die Situation nach der Ankündigung eines Generalstreiks am 1. Februar 1947, der daraufhin vom GHQ verboten wurde.

Ab 1948 änderte sich die Politik der Besatzung hinsichtlich Japans Wirtschaftsentwicklung. Die Ziele der Demokratisierung wurden durch die Notwendigkeit eines wirtschaftlich erstarkenden Japan an der „Westflanke der USA gegenüber dem kommunistischen Festland“ abgelöst.<sup>29</sup> Zu diesem Zweck wurde der amerikanische Bankier Joseph M. Dodge im Februar 1949 von MacArthur als wirtschaftlicher Sonderberater eingesetzt. Je deutlicher sich in China der Sieg der Kommunisten abzeichnete, desto dringender wurde die Stabilität der japanischen Wirtschaft für den Nationalen Sicherheitsrat der USA. Zur Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes wurden die Ausgaben und die Kreditaufnahme Japans beschränkt sowie eine Erhöhung der Steuern verordnet. Der Wechselkurs für einen US-Dollar wurde im April 1949 auf 360 Yen festgesetzt und in den kommenden 20 Jahren nicht verändert.<sup>30</sup> Die Folge dieser Maßnahme war eine Deflation, verbunden mit wachsender Arbeitslosigkeit. In dieser Situation brachte der Ausbruch des Korea-Krieges den entscheidenden Anschub für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Art der Wirtschaftsordnung wurde z.B. von Yoshida Shigeru als Marktwirtschaft formuliert, die eher durch die Anwendung natürlicher Gesetze einer freien Wirtschaft gestärkt werden sollte, anstatt durch Vorschriften behindert zu werden. Diese Form der Marktwirtschaft, die von der LDP getragen wurde, wurde durch die 1948 von der Regierung eingesetzte Planungsbehörde politisch ergänzt. Die von ihr herausgegebenen mehrjährigen Perspektivpläne waren zwar formal nicht verbindlich, gaben jedoch informell Aufschluss über zu erwartende Subventionen und der Anreiz, sie vorzeitig zu erfüllen wird durchaus als eine der Triebfedern des japanischen Wirtschaftswachstums angesehen. Ein weiterer Grund für den Erfolg solcher Planung war auf jeden Fall die Kooperation zwischen Wirtschaft und Regierung, die sich aus der aufgezeigten Struktur der konservativen Parteien, ab 1955 der LDP, ergab. Viele politische Entscheidungen fielen umgekehrt oft erst, nachdem Wirtschaftsgremien die Konsequenzen geprüft hatten. Diese Kooperation durchdringt auch die Organisation der japanischen Gesellschaft, die unter demokratischen Vorzeichen für das gemeinsame Ziel, vorrangige wirtschaftliche Entwicklung, motiviert werden musste.

---

<sup>29</sup> Grossmann, Bernhard: Ursachen und Verlauf des Wirtschaftswunders in Japan und der Bundesrepublik. in: Baring, Arnulf u. Sase Masamori (Hrg.): Zwei zaghafte Riesen? Deutschland und Japan seit 1945, Stuttgart 1977, S. 355-386; hier S. 362

<sup>30</sup> Der Vorkriegskurs von 1934-1936 lag bei 3,43 Yen je Dollar

## 7.1.1 Die Beeinflussung der Bevölkerung

Mit dem Hinweis auf die Arbeitswilligkeit und den Fleiß der japanischen Bevölkerung unterstrich Außenminister Shigemitsu auf der eine Seite zwar die Bereitschaft Japans, seine wirtschaftliche Entwicklung als Element zur internationalen Friedenssicherung nachdrücklich zu verfolgen, indem er diesen Umstand jedoch sozusagen vor aller Welt herausstrich, nahm er andererseits gleichsam die japanische Bevölkerung in die Verpflichtung. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich dieser Hinweis als Unterstützung der innerjapanischen Programme, die, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, von Regierung und Opposition gleichermaßen gebilligt wurden.

### 7.1.1.1 Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft

Bereits kurz nach Beginn der Maßnahmen der alliierten Besatzungsmacht zur Demokratisierung Japans nach dem 15. August 1945 forderten Führer der vormals illegalen Kommunistischen Partei Japans (KPJ), nicht nur Vertreter von Militär und Bürokratie als Kriegsverbrecher zu bestrafen, sondern ebenso die Drahtzieher gesellschaftlicher Organisationen, die mit diesen kooperiert hatten. Die liberale Tageszeitung Asahi Shinbun warnte bereits am 22. Februar 1946 vor dem Fortdauern des Einflusses der Frauenverbände, deren Mitglieder als selbsternannte „Wächterinnen der gesellschaftlichen Moral“ weiterhin aktiv waren.<sup>31</sup> Fortschrittliche Intellektuelle riefen die Bevölkerung auf, selbst politisch aktiv zu werden und ihre Rolle als Objekte offizieller Kampagnen aufzugeben.

SCAP ermutigte parallel dazu weiterhin zur Bildung von Vereinigungen, die, im Gegensatz zu ihren Vorfahren, nicht den Eindruck erweckten, als warteten sie nur darauf, Ziele der Bürokratie erfüllen. Unter dem Schutz der Garantie von Bürgerrechten und dem Recht zur Gründung von Gewerkschaften gewannen in der ersten Phase der Besatzung auch linke Kräfte politischen Einfluss, wobei die Sozialistische Partei Japans 1947 zur stärksten Partei wurde und mit Katayama Tetsu bis 1948 sogar den Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung stellte.

Nachdem mit der japanischen Verfassung Krieg als eigenständiges Recht der Nation abgelehnt worden war, nahm sich die Regierung selbst der Aufgabe an, eine „demokratische“ Nation zu schaffen. Sie sollte friedlich und moralisch sein mit einer besonderen Betonung der Kultur.

Die Veränderungen der Besatzungspolitik im Zuge der „red purge“ 1949 und der Wiederzulassung der Politiker und Bürokraten, die nach der Kapitulation wegen ihrer Kriegsbeteiligung aus öffentlichen Ämtern verbannt worden waren, führten nach dem Ende der Besatzung zu einer Polarisierung zwischen Rechts und Links, die Yoshida Shigeru in Anspielung auf die Teilung Koreas als „38. Breitengrad“ innerhalb Japans bezeichnete. Rechts standen hierbei die Konservativen, die das Vorkriegs-

---

<sup>31</sup> „tensei jingo“

fundament der inneren Ordnung wie moralische Erziehung, Moralkampagnen sowie ein zentrales Polizei- und Erziehungssystem wiederherstellen wollten. Ihnen gegenüber widersetzten sich insbesondere linke Intellektuelle jedem Versuch einer engeren Kontrolle über die Bevölkerung. Trotz kontroverser Standpunkte bei einzelnen Themen war dennoch ein Konsens in vielen Bereichen feststellbar, der die Unterstützung durch die Staatsmacht bei der Regulierung der öffentlichen Sitten, der Sozialisation der Bevölkerung und der Modernisierung des Alltagslebens akzeptierte. Bei allen Veränderungen im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, die die Nachkriegszeit mit sich brachte, bestand hauptsächlich in dem Punkt Übereinstimmung zwischen der Bürokratie und weiten Teilen der bürgerlichen Mittelklasse, dass die Führung und Ordnung der menschlichen Ressourcen Japans einzige Möglichkeit zur Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext darstellten,

Einen genaueren Einblick in die Maßnahmen gesellschaftsbezogener Programme geben hierbei die Sparprogramme, Programme zur gesellschaftlichen Erziehung und so genannte „new life“-Kampagnen. Diese wurden zunächst zwar nicht zentral, sondern durch verschiedene nicht-staatliche Gruppen demokratisch koordiniert, zeigten jedoch bald wieder eindeutige Verflechtungen mit staatlichen Interessen.

### **7.1.1.2 Sparprogramme**

Sparprogramme waren bereits vor und während des Zweiten Weltkrieges ein Hauptinstrument zur Kontrolle der Inflation gewesen. Von der Regierung gefördert, gab es 1944 ca. 65.000 nationale Sparvereinigungen mit ungefähr 59 Millionen Mitgliedern. Die Verantwortung hierfür lag hauptsächlich bei den Nachbarschafts-, Frauen- und Jugendverbänden sowie bei verschiedenen lokalen Organisationen. 1944 betrug die Sparrate durchschnittlich 44% des verfügbaren privaten Haushaltseinkommens.

Obwohl die japanische Bevölkerung nach Ende des Zweiten Weltkrieges finanziell erschöpft war, war die Bereitschaft zur Teilnahme an Sparförderprogrammen durch die inflationäre Entwicklung des Yen ungebrochen. Zur Stabilisierung der Währung beschloss das Parlament 1946 mit den Stimmen der Sozialisten die Einsetzung eines Komitees (tsūka antei taisaku honbu), in dem Parlamentsmitglieder gemeinsam mit Vertretern der Bank von Japan landesweite Sparprogramme koordinieren sollten. Im November wurde gemeinsam mit dem Finanzministerium die erste von neun „Nationalen Wohlfahrts-Sparkampagnen“ gestartet, die bis 1949 erfolgreich lief. Obwohl der Direktor der Bank von Japan, Ichimada Hisato, feststellte, dass die Kampagne sich demokratisch und autonom entwickle, nur durch die Anstrengungen der Menschen selbst, so unterschied sich der Terminus „Nationale Wohlfahrt“ allerdings nicht von den Zielen früherer Kampagnen. Auch hier stand nicht das Wohl des Einzelnen im Vordergrund, sondern die Stabilität der Währung und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für den Aufbau der Industrie. Zwar wurde die „autonome“ Teilnahme an den Programmen immer wieder hervorgehoben, dennoch erklärte Direktor Ichimada,

er wünsche die spontane Mitarbeit jedes einzelnen Japaners und jeder einzelnen Japanerin.

Im September 1949 drängte eine US-amerikanische Gesandtschaft die japanische Regierung, die Währungsstabilität durch erhöhtes Steuereinkommen zu gewährleisten, anstatt durch Sparprogramme. Das Komitee zur Stabilisierung der Währung wurde daraufhin entlassen und die staatlichen Programme zum Jahresende beendet, dessen ungeachtet liefen Sparprogramme auf Präfektur-Ebene weiter, die durch zentrale Behörden geführt wurden.

Als die Besatzung im April 1952 endete, wurde noch im selben Monat von staatlicher Seite ein zentraler Rat für Sparförderung bekannt, der ausdrücklich eine Organisation darstellte, die nicht unter der Kontrolle der Regierung stand. Allerdings war die Geschäftsstelle durch höhere Angestellte der Bank von Japan, Abteilung Sparprogramme, besetzt. Der Rat unterstützte die Schaffung von materiellen Sparanreizen wie Steuervorteilen für Sparkonten, seine vornehmlichen Aktivitäten waren jedoch auf moralische Beeinflussung ausgerichtet. Schon beim Ausblick auf die „Unabhängigkeits-Spar-Kampagne“ 1952-53 versuchte die Agentur, die „schönen Sitten von Fleiß, Wirtschaftlichkeit und Sparen wiederzubeleben“ und „die Öffentlichkeit aufzuklären, dass allgemeines Sparen die Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Landes bildet.“<sup>32</sup> Unter Anspielung auf einen wirtschaftlichen Nationalismus wurde die Bevölkerung in den 50er Jahren so dazu angehalten, den Wohlstand des Landes durch eigene Einfachheit und Kargheit voran zu treiben. Die Slogans der Spar-Kampagne 1953-55 belehrten die Öffentlichkeit, „die Ausgaben umfassend zu senken“ und „das alltägliche Leben zu erneuern“. „Lasst uns 10% unseres Einkommens sparen“, „Lasst uns ernsthaft mit dem Erhalt von Geld und Waren umgehen!“ lauteten die begleitenden Aufrufe zum Wohl des Landes.

### 7.1.1.3 Gesellschaftserziehung

Der Leiter des Büros für gesellschaftliche Erziehung, einer Abteilung des Erziehungsministeriums hatte bereits 1945 eine Direktive an die Gouverneure der Präfekturen herausgegeben, wonach das Ziel gesellschaftlicher Erziehung die Entwicklung von „Persönlichkeit und Arbeitsleistung für Staat und Gesellschaft“ sein sollte. Die Gouverneure sollten den Sinn für Moral in der Bevölkerung erhöhen, religiöse Haltung und körperliche Fitness fördern und zu einer heiteren und großzügigen Disposition ermuntern.

Obwohl der SCAP-Ausschuss für Erziehungsgesetze 1948 versuchte, die Verantwortung für gesellschaftliche Erziehung vom Erziehungsministerium weg hin zu lokalen, öffentlich gewählten Ausschüssen zu verlagern und das Gesetz von 1949 dem Staat und örtlichen Verwaltungen die Kontrolle oder Beeinflussung von Organisationen, die sich mit gesellschaftlicher Erziehung beschäftigten, verbot und trotz des erwähnten

---

<sup>32</sup> Garon, Sheldon: Molding Japanese Minds. The state in everyday life. Princeton University 1997, S. 155

Artikels 89 der japanischen Verfassung schätzten und erhielten die örtlichen Jugendgruppen und Frauenverbände weiterhin finanzielle Unterstützung durch staatliche Stellen.

#### **7.1.1.4 „Neues Leben“-Kampagnen**

Ein weiteres Beispiel für die parteiübergreifende oder besser gesagt, Wiederbelebung der Kanäle, die von der Regierung über die privaten Vereine zu einem Großteil der Bevölkerung führten, ist die Kampagne „Bürgerbewegung zur Schaffung eines neuen Japan (shin nihon kensetsu undō), die von der Koalitionsregierung unter dem sozialistischen Premierminister Katayama Tetsu am 20. Juni 1947 vorgestellt wurde.

Obwohl Katayama nicht aufhörte, zu betonen, dass es sich hierbei um eine „Bürgerkampagne“ handle, wobei die Initiative von jedem Sektor der Gesellschaft ausginge, zögerte das Kabinett nicht, die Kampagne über das hierarchisch angelegte Netzwerk gesellschaftlicher Erziehung in Gang zu bringen. Zur Verbreitung des „neuen Lebensstils“ wurden weiterhin Schulen und ihnen angeschlossene Gruppen, Jugend- und Frauenverbände sowie religiöse Gruppen mobilisiert. „Neuer Lebensstil“ bedeutete dabei zunächst nicht unbedingt die Erhöhung des privaten Konsums, sondern zielte auf soziale Gerechtigkeit, wobei die allgemeinen Lasten und Aufgaben fair geteilt werden sollten. Die Kampagne sollte weiterhin einen Sinn für gesellschaftliche Solidarität entwickeln, der die Bevölkerung befähigen sollte, durch Kameradschaft und Zusammenarbeit zum Wohlergehen der Gesellschaft als Ganzes beizutragen. Auch dies bedeutete in der Realität, hart zu arbeiten und sparsam zu leben. Obwohl Sozialisten und Konservative den Begriff „Neuer Lebensstil“ unterschiedlich auslegten, stimmten sie doch in Kernpunkten überein. Als die Kampagne erste Auswirkungen zeigte, stürzte das Kabinett Katayama im März 1948.

Nachdem die japanische Wirtschaft zu Beginn der 50er Jahre aufgrund des Koreakrieges einen starken Aufschwung erlebte, empfahl der Verlag der Yomiuri Shinbun, einer der größten Tageszeitungen, ab 1951 Modelle für „Neuen Lebensstil“- Gruppen oder -Bezirke. Die Teilnahme an den örtlichen Bewegungen regte der Zeitungsverlag durch die Herausgabe von „Shin Seikatsu“ (Neuer Lebensstil) an, einer Tageszeitung, die hauptsächlich von Frauengruppen in der jeweiligen Nachbarschaft an Frauen verkauft wurde. „Neuer Lebensstil“-Kampagnen wurden bald von nationalen Frauenverbänden unterstützt. Auch die konservative Regierung zeigte erneutes Interesse an derartigen Themen. Die für gesellschaftliche Erziehung zuständigen Beamten des Erziehungsministeriums blieben dabei die treibende Kraft, obgleich auch das Ministerium für Ackerbau und Forstwirtschaft in ländlichen Gebieten Aktionen startete. Das Gesundheitsministerium unterstützte in diesem Zusammenhang Initiativen, um die allgemeine Hygiene zu verbessern.

Ab 1954 begannen sich die Staats- und Bürgerinitiativen zu verbinden. Der Rat für gesellschaftliche Erziehung sprach im Februar 1955 die Empfehlung aus, eine nationale Organisation zu gründen, die die Vielzahl der unterschiedlichen Bewegungen

koordinieren sollte. Es wurde dessen ungeachtet betont, dass die einzelnen Bewegungen weiterhin spontan und autonom seien. Die neu gebildete Regierung unter Hatoyama Ichirō finanzierte daraufhin im September 1955 die Vereinigung der „Neuer Lebensstil“-Kampagnen (shin seikatsu undō kyōkai), wobei der Premierminister der Öffentlichkeit versicherte, sie sei kein Instrument der Regierung, um die Bevölkerung zu bevormunden. Die erste landesweite Konferenz zum Thema formulierte eine Agenda für das weitere Vorgehen. Verschiedene Ziele betrafen den Aufbau der Gemeinschaft und die Stärkung gesellschaftlicher Solidarität, aber auch die Entwicklung einer Liebe zur Heimat und den Menschen. Die Anziehungskraft vieler Kampagnen lag in ihrem Versprechen, die privaten Finanzen zu verbessern und Hilfe bei der Reduzierung der enormen Kosten für Hochzeiten, Begräbnisse und Ähnliches zu leisten. Obwohl die Kampagnen viele praktische Themen wie Hygiene, Gesundheit und Sicherheit ansprachen, hatte auch weiterhin die Ermahnung zu verstärktem Sparen, zu produzieren anstatt zu konsumieren, höchste Priorität. Bis Ende 1956 hatte sich in allen Präfekturen ein Netzwerk von Ausschüssen gebildet, die bis zur Stadt- oder Dorf-Ebene bei Bedarf zusammenarbeiteten.

Die Darstellung dieser Strukturen liefert einen weiteren Aspekt zum Verständnis des Zustandekommens des japanischen Wirtschaftswunders ab Mitte der 50er Jahre unter demokratischen Vorzeichen. Wie im Kapitel 4.2.1 bereits gezeigt wurde, bestand durch die Struktur der Regierungspartei ab 1955 eine grundlegende stabile Verbindung zu den Interessen der Wirtschaft. Somit ist es nicht verwunderlich, dass die Regierung an der Motivation der Bevölkerung in diesem Sinne reges Interesse hatte. Bezeichnend ist hierbei wiederum, dass das genannte Netzwerk bereits vor der Demokratisierung erfolgreich existiert und funktioniert hatte. Während der Besatzung waren in der Steuerung der Mechanismen entsprechende kleinere Korrekturen erfolgt, um das Attribut „demokratisch“ geltend machen zu können, dennoch wurde die ursprüngliche Zielsetzung und Vorgehensweise beibehalten, zumal die Struktur an der Basis der Gesellschaft nach wie vor im traditionellen Bewusstsein der Familienorganisation verwurzelt war: Die flächendeckende Motivation und Mobilisierung der Bevölkerung auf ein gemeinsames Staatsziel hin, das nun „wirtschaftliche Entwicklung“ hieß und das auch japanischen Nationalismus in diesem Sinn bedarfsgemäß kanalisierte. Überhaupt deuten besonders die Elemente dieses erneuten „Patriotismus von oben“ auf ihre Wurzeln in der kokutai-Ideologie hin. Maruyama Masao beispielsweise zeigt in seinem Aufsatz „Nationalismus in Japan“ auf, dass ein möglicher Nationalismus nach 1945 in Japan nicht als Bruch mit dem erlebten, bis zum Ultranationalismus ausgeuferten Bewusstsein entstehen konnte. Wegen der massiven Kritik nach 1945 sieht er ihn jedoch auch nicht als dessen direkte Fortsetzung. In der Tat sind die von ihm in diesem Zusammenhang herausgearbeiteten Merkmale deutliche Hinweise im Hinblick auf die in diesem Kapitel aufgezeigte Einflussnahme des Staates und die Situation Japans vor der Aufnahme in die internationale Staatengemeinschaft insgesamt. Obwohl an dieser Stelle nicht ausführlich auf die Thematik „japanischer Nationalismus“ eingegangen werden kann, ist die direkte Übertragbarkeit einzelner Mechanismen aus der kokutai-Ideologie auf die Situation Japans um 1956 ein weiterer wichtiger Hinweis auf die bereits in Kapitel vier vorgezeichnete politische

Realität dieser Zeit. Das gemeinsame Staatsziel, wirtschaftliche Entwicklung, war demzufolge nach 1945 und erst recht ab 1952 um die Dimension, einen Platz in der internationalen Staatengemeinschaft einzunehmen, gegen die der japanische Nationalismus ursprünglich entstanden war, erweitert worden. Das Gemeinschaftsgefühl wurde durch den Hinweis auf die Bedrohung der (wirtschaftlichen) Existenz und Japans Stellung in der Welt als Zusammengehörigkeit in einer Notsituation apostrophiert, was im Hinblick auf die materielle Situation der Bevölkerung bis 1956 ohne Weiteres zutraf. Gerade die technische und strukturelle Modernisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Kargheit der Lebensgrundlagen für die breite Masse, wie sie bis 1956 und darüber hinaus von Seiten der Regierung verordnet und gesteuert wurde, findet ihre Entsprechung bereits in Herrschaftsverhältnissen der Meiji-Zeit. Maruyama legt daher den Schluss nahe, dass die neue Verfassung und die Parolen vom „Friedens- und Kulturstaat“ Japan auf einen Großteil der japanischen Bevölkerung kaum Anziehungskraft ausübt, zumal eine nachhaltige Demokratisierung „von unten“ nicht feststellbar ist. Vielmehr wurden erfolgreich parziell Momente der alten Reichsidee zur Motivation und Beeinflussung der Bevölkerung angewendet, die zu einer Stabilität und Kontinuität der Machtverhältnisse beitrugen. Durch die scheinbare Geschlossenheit der japanischen Gesellschaft hinter den konstanten Zielsetzungen der Außenpolitik entstand so nach außen das Image eines stabilen, friedliebenden, demokratischen Industriestaates, wie es Shigemitsu auch nachdrücklich vermittelte.

## 7.2 Japans Verhältnis zu den Staaten Südostasiens

Mehr als alles andere wurde Japan nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Asien zunächst als ehemaliger Feind betrachtet. Selbst nach dem Abschluss des Friedensvertrages von San Francisco war noch nicht klar, wie sich Japans Beziehungen in Asien entwickeln würden. Ein Blick auf die wirtschaftliche, politische und ideologische Ausgangssituation und seine Entwicklung bis 1956 ist für Japans Position bei seiner Aufnahme in die UNO aufschlussreich.

Fast unmittelbar nach Japans Kapitulation legte eine Gruppe von japanischen Wirtschaftspolitikern einen Bericht vor, in dem sie auf die wirtschaftlichen Konsequenzen hinwies, die Japan durch den Verlust seines früheren Einflussbereiches erwuchsen. Ausländische Gebiete seien für einige Zeit mit Japan in einem Verhältnis der Arbeitsteilung gestanden, wobei sie Japan mit Nahrung und Rohstoffen beliefert hätten und gleichzeitig Märkte für japanische Textilien und Industrieprodukte waren. Die Grundlage für den zukünftigen Aufbau einer friedlichen japanischen Wirtschaft werde durch den Verlust von Gewinnen aus einem solchen Einflussbereich so lange geschwächt, bis freier Handel ohne Rücksicht auf nationale Grenzen möglich sei.<sup>33</sup> Auch auf Seiten der Besatzung wurde bald deutlich, dass Japans wirtschaftliche Erholung von zentraler Bedeutung war, sofern die Siegermächte Japan nicht auf unbestimmte Zeit

<sup>33</sup> Gaimushō chōsakyō: Nihon keizai no kihon mondai, Sept. 1946. in: Watanabe Akio: Southeast Asia in US-Japanese Relation. in: IriyeAkira/Cohen, WarrenL. (Hrg.): The United States and Japan in the Postwar World. Kentucky, 1989, S. 80 – 95, hier: S. 84, Anm. 4

unterstützen wollten. Die logische Folge war, Japan am internationalen Handel teilnehmen zu lassen. Nachdem die Methode, Zugang zu Rohstoffen und Märkten durch militärische Besetzung der entsprechenden Gebiete zu erlangen, fehlgeschlagen war, schien den japanischen Wirtschaftsplanern der Nachkriegszeit die Teilnahme an einem internationalen Handelssystem der einzige denkbare Weg zur Erreichung dieser Ziele. Die Pläne der amerikanischen Regierung sahen darüber hinaus bereits ab 1947 eine zentrale Rolle Japans bei der Entwicklung des gesamten asiatischen Raums vor. Besonders Südostasien sollte, mit Verweis auf eine latent drohende Einflussnahme der UdSSR in der Region, durch Unterstützung des jeweiligen Wirtschaftsaufbaus für den Westen erhalten werden. Aus diesem Grund waren die Erfahrungen, die Japan vor 1941 in der Region gemacht hatte, nun ein Aktivposten, der zur politischen Stabilität in Asien beitragen konnte. China war Ende der 40er Jahre noch Bestandteil eines asiatischen Gesamtkonzepts der USA, als dessen Resultat der Handel zwischen Japan und China 1950 einen Umfang von 59 Millionen erreichte und dies ungeachtet der Tatsache, dass die chinesischen Kommunisten im Oktober 1949 gesiegt hatten. Als das GHQ im Dezember 1950 aufgrund der Beteiligung der VR China am Korea-Krieg durch eine Direktive jeden Handel mit China verbot, wurde Japans Zugang zu Südostasien noch bedeutsamer. Im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Japan und den USA kam diese Überzeugung in einer Stellungnahme des GHQ vom Juni 1951 zum Ausdruck. Danach sollten die Kapazitäten der japanischen Industrie in Verbindung mit den Rohstoffen Südostasiens die militärischen Anstrengungen der USA in der Region unterstützen. Zwischen 1951 und 1952 wurden verschiedene Schritte unternommen, um diese Idee umzusetzen. Beispielsweise unterstützten japanische Ingenieure, die vor und während des pazifischen Krieges Minen in Südostasien beaufsichtigt hatten, auf Wunsch des GHQ Entwicklungsprojekte in der Region. Im Februar 1951 wurde eine japanische Exportbank gegründet, die solche Projekte mitfinanzierte. Bis Februar 1952 wurden 43 Experten aus Japan nach Taiwan geschickt, 36 nach Pakistan, 14 nach Thailand, 6 nach Indien, 5 nach Indonesien, 2 nach Burma und einer nach Ceylon. Gleichzeitig fanden Vorverhandlungen für weitere Projekte zur Förderung von Erzabbau und Meeresnutzung mit den Philippinen, Taiwan, Indochina, Indien, Burma und Macao statt.<sup>34</sup> Es kann davon ausgegangen werden, dass Japan allein an den wirtschaftlichen Aspekten dieser von den USA als Sicherheitsprogramme ausgewiesenen Maßnahmen interessiert war, während hingegen der militärisch-strategische Wert dieser Projekte in Japans Politik gegenüber diesen Ländern aus verständlichen Gründen keine Rolle spielte.

Während der Besetzungszeit waren bis Ende April 1952 praktisch alle diplomatischen Aktivitäten Japans, also auch gegenüber den Ländern Südostasiens, ausgesetzt. Hinzu kam, dass mehrere nicht kommunistische asiatische Länder erst in der Nachkriegszeit entstanden, beziehungsweise ihre Unabhängigkeit erlangten: die Republik (Süd-) Korea, die Philippinen, Pakistan, Indien, Burma, Ceylon, Süd-Vietnam, Kambodscha und Laos. Die politische Situation vieler dieser Länder war auch durch

<sup>34</sup> Keizai anteи honbu (Büro für wirtschaftliche Stabilisierung): Tōnan ajiya keizai kaihatsu ni taisuru kyōryoku ni kansuru genjō no setsumei, 27. Februar 1952. in: Watanabe Akio: a.a.O., S. 91, Anm. 25

aufkommenden Nationalismus, verbunden mit einer antieuropäischen Haltung, noch nicht stabil und somit ein geeignetes Terrain für Beeinflussungsversuche durch die UdSSR, die VR China oder die USA. Japan hatte sich durch den Friedensvertrag von San Francisco zu Verhandlungen über Reparationszahlungen an asiatische Länder mit einem entsprechenden Anspruch verpflichtet, wobei die sich anschließenden Verhandlungen die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausschlossen. Darunter fielen Burma, die Philippinen, Indonesien, Süd-Vietnam, Laos und Kambodscha, wobei die beiden Letzteren ihre Ansprüche im Dezember 1956 zurückzogen. Japans wirtschaftliches Interesse an Südostasien gehörte jedoch neben der Ausrichtung auf die USA zu den Schwerpunkten der Außenpolitik ab 1952. Zum vorsichtigen Vorgehen der Diplomatie gehörte die Betonung wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit, politische Themen wurden vermieden. Damit hoffte Japan, sein Ziel, ein wirtschaftlich lebensfähiges und politisch stabiles, nicht kommunistisches Asien zu erreichen. Der Begriff „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zeigte hierbei private Kapitalinvestitionen und die Ausweitung der Handelsbeziehungen an. Indem Vereinbarungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Verbindung mit allen Reparationszahlungen geschlossen wurden, trugen die Zahlungen, die als Entschädigung für Japans Verhalten während des Krieges gedacht waren, so zur Unterstützung des japanischen Exports bei. Mit Ländern ohne Anspruch auf Reparationen wurden hinsichtlich wirtschaftlicher Zusammenarbeit ähnliche Arrangements getroffen. Japans Interesse an einem nicht kommunistischen Südostasien stand im Einklang mit seiner Kooperationspolitik mit den USA, hatte seine Ursachen jedoch vorwiegend in dem Umstand, dass auch das kommunistische China seine Waren in der Region vermarkten wollte, was für Japan in kommunistischen Ländern Südostasiens zu Einbußen, wenn nicht sogar zu Handelsstopps geführt hätte. Außerdem schien eine demokratische Region geeigneter, um die Sicherheit der Schifffahrtsrouten, auf denen Japan seine Erdöllieferungen aus dem Mittleren Osten bezog, zu garantieren. Die Umstände, unter denen Japan sich um die Wiederaufnahme von Beziehungen zu den Ländern Südostasiens kümmerte, sollen am Beispiel Indonesiens aufgezeigt werden.

### 7.2.1 Beispiel: Indonesien

Nach 1945 war Indonesien in Kämpfe mit der zurückkehrenden ehemaligen Kolonialmacht Holland verwickelt, ehe es durch das Einwirken der UNO mit Unterstützung der USA im Dezember 1949 seine Unabhängigkeit erreichte. Einige Gebietsansprüche in West-Neuguinea wurden dabei erst 1962 verwirklicht. Der lang gehegte Wunsch, von fremder Vorherrschaft und Bevormundung befreit zu werden, äußerte sich in der Folge in einer demonstrativen Haltung der Unabhängigkeit als Prinzip der Außenpolitik. In diesem Sinn erkannte Indonesien 1950 die VR China an, nahm jedoch ein Jahr später aus Rücksicht auf die Rolle der USA bei der Erlangung der eigenen Unabhängigkeit an der San Francisco Friedenskonferenz teil. Noch auf der Konferenz selbst war unklar, ob die indonesische Regierungskoalition die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch den indonesischen Vertreter anordnen würde. Auf Drängen der USA kam es während der Konferenz zu einem Treffen mit der

japanischen Delegation unter Premierminister Yoshida Shigeru, bei dem das Versprechen der japanischen Regierung übermittelt wurde, Reparationen an Indonesien zu leisten. Allerdings gab es weder während des Treffens noch im Rahmen der Konferenz Gespräche über deren Höhe. Die Verhandlungen darüber sollten jedoch sofort nach der Konferenz beginnen. Indonesien war ohnehin nicht an Japans Außenpolitik interessiert, da die Indonesier Japan das Verhalten während des Krieges übelnahmen und während der ersten Gesprächsrunde (12/1951 – 1/1952) zunächst Reparationen in Höhe von 17,5 Milliarden US-Dollar forderten. Diese Forderung wurde von Japan als unangemessen hoch angesehen und nur durch die Vermittlung des amerikanischen Botschafters in Tokyo konnte zumindest eine wenig aussagekräftige Zwischenvereinbarung geschlossen werden. Indonesien favorisierte nun den Abschluss eines separaten, bilateralen Friedensvertrages nach dem Muster Indiens und Burmas mit Japan. Am 3. April 1952 wurde ein Mitglied der nationalistischen Partei Indiens (PNI) Premierminister. Daraufhin wurde zunächst die Ratifizierung des San Francisco Friedensvertrages auf unbestimmte Zeit verschoben, ebenso wie die Bestätigung der getroffenen Zwischenvereinbarung. Zwischen 1952 und 1956 verliefen die Verhandlungen zögerlich. Der japanische Premierminister Yoshida zeigte generell keine Eile, Reparationsverhandlungen abzuschließen, ehe sich die politische Situation der jeweiligen Länder stabilisiert hatte, d.h. bis verlässliche Vertragsbedingungen feststanden. Als 1953 ein japanisches Parlamentsmitglied vorschlug, die Verhandlungen schnell zu beenden, antwortete Yoshida, dass die Schäden, die Asien während mehrerer Kriegsjahre zugefügt worden seien, trotz Japans Bereitschaft nicht unverzüglich beglichen werden könnten. Im Januar 1954 wurde Wajima Eiji als Vertreter der japanischen Regierung nach Jakarta entsandt, um in engem Kontakt mit der indonesischen Regierung über die Reparationsfrage zu sprechen und zukünftige diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern vorzubereiten. Er argumentierte zum Erstaunen der indonesischen Gesprächspartner zunächst dahingehend, dass Japan eigentlich gar keine Reparationen zahlen sollte, da es ja keine Kämpfe zwischen den beiden Ländern gegeben habe. Als Entschädigung für die dreieinhalbjährige Besetzung Indonesiens könnte Japan als Zeichen des guten Willens wirtschaftliche Unterstützung leisten, dies jedoch durch Kredite und private Investitionen. Durch verstärkten Handel, indonesische Rohstoffe im Austausch für japanische Produkte, würde so zur Entwicklung der indonesischen Wirtschaft beigetragen. Indonesien hätte ja ohnehin bereits das gesamte Material, das Japan während des Krieges ins Land gebracht hatte, übernommen. Wajima verhandelte in diesem Sinn nicht ernsthaft über konkrete Reparationsleistungen, er versuchte lediglich, eine Senkung der ursprünglichen Forderung zu erreichen. Indonesien verschärfte daraufhin die Anforderungen an japanische Staatsangehörige, die in Indonesien lebten, und kündigte am 30. Juli an, es werde seine Außenstände im bilateralen Handel in Höhe von 16 Millionen Dollar nicht bezahlen. Japan erwog im Gegenzug Importbeschränkungen für indonesische Waren. Als die indonesische Regierung im Juli 1954 separate Gespräche zum Thema „wirtschaftliche Außenstände“ anbot, verkomplizierte sie die Situation, bedingt durch die instabile innenpolitische Lage, derart, dass eine konstruktive Diskussion unmöglich wurde.

lich wurde.<sup>35</sup> Erst Japans Teilnahme an der Konferenz asiatisch-afrikanischer Länder im April 1955 in Bandung leitete eine neue Phase der Annäherung beider Länder ein, obwohl die Regierungsvertreter des Gastgeberlandes Indonesien Japan in ihren offiziellen Reden mit keinem Wort erwähnten. Sie unterstrichen damit ihre Unterstützung der neuerdings unabhängigen Länder Asiens und Afrikas und ihr Desinteresse an Japans außenpolitischem Verhalten. Der Leiter der japanischen Delegation drängte den indonesischen Außenminister in Anbetracht der Situation der japanischen Wirtschaft zu realistischeren Reparationsforderungen. Anhaltspunkt hierfür sollte ein Betrag irgendwo zwischen Japans Zahlungen an die Philippinen und an Burma liegen. Im April 1954 hatte Japan mit Burma einen separaten Friedensvertrag geschlossen und eine ab 1955 beginnende, 10 Jahre andauernde Schadensersatzleistung in Höhe von 20 Millionen Dollar jährlich vereinbart, mit den Philippinen bahnte sich eine Übereinkunft auf ein Volumen von 550 Millionen Dollar, zahlbar in gleichen Raten über einen Zeitraum von 20 Jahren, an. Als Folge der Gespräche während der Bandung-Konferenz senkte Indonesien seine Forderungen von 17,5 drastisch auf eine Milliarde Dollar, was Japan jedoch immer noch zu hoch erschien. Während Japan seine Verhandlungen mit den Philippinen im Mai 1956 abschloss, wurden die Verhandlungen mit Indonesien auch weiterhin verzögert. Einem Angebot von japanischer Seite im August 1956 über 250 Millionen Dollar folgte eine indonesische Gegenforderung über zwischen 400 und 500 Millionen. Auch 1957 machten die japanischen Verhandlungsführer zunächst kein ernst zu nehmendes Angebot, sodass eine anti-japanische Haltung in der indonesischen Bevölkerung zu wachsen begann, zumal die eigene Wirtschaft darnieder lag und die kommunistische Partei Indonesiens an Einfluss gewann. Dies wiederum ließ in Japan die Stimmen laut werden, die Indonesiens Ansprüche generell bestritten, umso mehr als damit nun eine indirekte Unterstützung der Kommunisten verbunden schien. Nach der Wahl von Kishi Nobusuke zum Ministerpräsidenten am 25. Februar 1957 begann die japanische Regierung jedoch damit, sich ernsthafter mit der Frage der Reparationen zu beschäftigen, da es nun sinnvoll erschien, generell engere Verbindungen mit den Ländern Südostasiens zu pflegen, um Japans Position gegenüber den USA zu stärken. Im Januar 1958 wurde schließlich ein Friedensvertrag mit Indonesien unterzeichnet und Reparationszahlungen in Höhe von ca. 223 Millionen Dollar vereinbart, zahlbar in einem Zeitraum von 12 Jahren.

Das Beispiel Indonesien ist zwar nicht in allen Punkten repräsentativ für Japans Verhalten gegenüber den Staaten Südostasiens, es lassen sich jedoch daran grundlegende Unterschiede in der Entwicklung Japans nach dem Zweiten Weltkrieg im Verhältnis zu den anderen asiatischen Staaten aufzeigen. Japan hatte, bei allen damit verbundenen Einschränkungen, durch seine Besatzer und deren „zeitgemäße“ Umstrukturierungsprogramme ein relativ „ruhiges“ Umfeld für seine demokratische Konsolidierung in der vorgegebenen Richtung, zumal die USA nicht nur nach Kriegsende massive Nothilfe leisteten sondern den Wiederaufbau der japanischen Wirtschaft auch aktiv unterstützten. Im Gegensatz dazu waren andere asiatische Länder wie

<sup>35</sup> Vgl. Nishihara Masashi: The Japanese and Sukarno's Indonesia. Tokyo- Jakarta Relations 1951 – 1966. Honolulu 1977, S40 - 42

Indonesien noch bis Ende der 40er Jahre in teils kriegerische Auseinandersetzungen mit ihren ehemaligen Kolonialherren verwickelt. Dies führte dazu, dass der Prozess der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung der teilweise neu entstandenen Staaten erst später und langsamer einsetzen konnte. Der zweite Unterschied bestand darin, dass Japan als Schuldnerland eher die Haltung eines Geberlandes einzunehmen schien, da die asiatischen Gesprächspartner aufgrund ihrer jeweils eigenen wirtschaftlichen Situation in einer schwächeren Verhandlungsposition waren. Obwohl im Fall Indonesiens von einer anfänglich überzogenen Reparationsforderung ausgegangen werden kann, ist es doch bezeichnend, dass durch Japans Verzögerungstaktik eine Einigung auf einem Niveau erreicht wurde, das noch 27 Millionen unter dem Angebot lag, das Japan bereits zwei Jahre zuvor unterbreitet hatte.

### 7.3 Die Bandung-Konferenz 1955

Japans Teilnahme an der Konferenz asiatisch-afrikanischer Staaten, die im April 1955 in der indonesischen Stadt Bandung stattfand, bedeutete den ersten Auftritt einer japanischen Delegation gemeinsam mit Vertretern ehemals von Japan besetzter Staaten, wie Indonesien selbst, und war daher ein wichtiger Schritt in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zu den asiatischen Staaten. Die Untersuchung der Umstände dieser Veranstaltung wird daher Shigmutsus Bekenntnis, Japan sei ein asiatischer Staat und deswegen mit der Entwicklung und dem Schicksal der Region verbunden, erhellen und zum Verständnis von Japans Position beitragen.

Bereits 1945 war die Schwester des indischen Regierungschefs Nehru als Vertreterin Indiens bei der Gründung der Vereinten Nationen von Repräsentanten asiatischer Staaten um die Ausrichtung einer entsprechenden Konferenz gebeten worden. Sie sollte ein Forum für die Staaten werden, die kurz zuvor souverän geworden waren bzw. auf dem Weg dorthin. Eine solche Konferenz sollte dazu führen, ein neues Bewusstsein zu wecken und eine Annäherung der Länder untereinander zu fördern. Auf diese Anregung hinfand eine erste Konferenz zu diesem Zweck im März 1947 in Neu Dehli statt.<sup>36</sup> In der Vorbereitung der Konferenz in Bandung, neun Jahre später, trat der indische Premierminister Nehru besonders für eine Einbeziehung der VR China ein. Er war der Meinung, dass ein Ausschluss zu einer Radikalisierung Chinas führen könnte und somit zu einer Gefahr für die asiatischen Nachbarstaaten. Aus diesen Gründen sollte das Auftreten der VR China im internationalen Rahmen unterstützt werden. Bei der Frage, welche Länder eingeladen werden sollten, war man ansonsten bemüht, Konfrontationen zwischen einzelnen Teilnehmern zu vermeiden, um Konflikten auf der Konferenz vorzubeugen. Israel, die Sowjetunion, Nord- und Südkorea sowie die Mongolei wurden daher nicht eingeladen. Japan befand sich mit einigen Ländern noch in nicht abgeschlossenen Verhandlungen über Reparationsleistungen und stand daher ursprünglich auch nicht auf der Einladungsliste. Pakistan setzte sich jedoch ausdrücklich für eine Teilnahme Japans ein, da es durch die Prä-

---

<sup>36</sup> Vgl. Miyagi Taizō: Bandon kaigi to nihon no ajia fukki. Tōkyō 2001, S. 24f

senz der kommunistischen VR China eine politische Unausgewogenheit auf der Konferenz befürchtete, die durch die Teilnahme Japans ausbalanciert werden sollte. Sollte Japan nicht eingeladen werden, werde sich Pakistan gegen die Einladung der VR China aussprechen. Generell waren auf der folgenden Konferenz Länder vertreten, die eher engere Kontakte zu den USA unterhielten, solche, die engere Verbindungen zur Sowjetunion hatten und so genannte Neutrale oder Blockfreie. Indien, Indonesien und Birma, die anfänglich gegen eine Einladung Japans votiert hatten, ließen sich umstimmen und erhoben, nachdem die Entscheidung gefallen war, keine weiteren Einwände.<sup>37</sup> Wie oben bereits angemerkt, erwähnten die Offiziellen des Gastgeberlandes Indonesien allerdings Japan in ihren Stellungnahmen im Verlauf der Konferenz mit keinem Wort. Neben dem eigenen Unmut über den unbefriedigenden Stand der Reparationsverhandlungen drückte dies ganz im Sinne der Konferenz aus, dass Japan, im Gegensatz zu seiner früheren Rolle in Asien keinen besonderen Status mehr beanspruchen konnte.

In Japan selbst war die Einladung Gegenstand heftiger Diskussionen, wobei Premierminister Hatoyama und Außenminister Shigemitsu unterschiedliche Positionen vertraten. Hatoyama sprach sich für eine Teilnahme Japans an der Konferenz aus, um die Beziehungen zu den Teilnehmer-Ländern zu verbessern und auszubauen. Dies ergänzte seine bekannten Bestrebungen nach besseren Beziehungen zur VR China und zur Sowjetunion, da er Japans Verhältnis zu den USA und die damit verbundene Abhängigkeit und Unterwerfung unter US-amerikanische Vorgaben als ungesund betrachtete. Shigemitsu war zwar generell für eine Teilnahme Japans an der Konferenz, machte diese jedoch von der Zustimmung der USA abhängig. Seiner Meinung nach hatte ein gutes Verhältnis zu den USA Priorität, erst danach rangierte das Verhältnis zu den Staaten Südostasiens und an dritter Stelle mögliche Verbindungen zu kommunistischen Staaten. Erklärtes übereinstimmendes Ziel beider Politiker war es jedoch, einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten, unterschiedlich jedoch die angemessene Vorgehensweise.<sup>38</sup>

Die Rücksprache mit den USA offenbarte deren Einwände. Es bestanden Bedenken, Japan könnte durch die Konferenz unter den Einfluss der neutralen Teilnehmer-Staaten geraten oder es könnte zu einer Annäherung an die VR China kommen. Japans Fernbleiben auf Druck der USA hätte andererseits dem internationalen Ansehen der USA äußerst geschadet. Japan sollte daher bestenfalls keinerlei politische Stellungnahmen abgeben, sondern sich auf ein Bekenntnis zum Frieden und zur Charta der Vereinten Nationen beschränken. Lediglich die wirtschaftliche Entwicklung und kulturelle Zusammenarbeit sollten thematisiert werden. Darüber hinaus sollte der Verlauf der Gespräche an die USA berichtet werden, da so Erkenntnisse über die Positionen der teilnehmenden Länder gewonnen werden konnten. Trotz ihres Letztendlichen Einverständnisses waren die USA von Japans Entscheidung, an der Konferenz teilzunehmen, nicht begeistert, zumal diese Veranstaltung eine der selte-

---

<sup>37</sup> Vgl. Miyazaki Taizō: a.a.O., S. 41

<sup>38</sup> Vgl. Miyagi Taizō: a.a.O., S. 70f

nen Gelegenheiten darstellte, bei der sie keinen Einfluss auf mögliche Entwicklungen nehmen konnten.

Außenminister Shigemitsu instruierte die japanischen Delegationsmitglieder vor deren Abreise dem entsprechend deutlich hinsichtlich Japans Position: Japan wolle als Mitglied der freiheitlichen Länder an der Konferenz teilnehmen. Japan bemühe sich um eine Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu den asiatisch-afrikanischen Ländern. Von diesem Standpunkt aus sollte zur Sicherung des Weltfriedens und der Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen beigetragen werden. Ansonsten sollten die Delegationsteilnehmer eher vermittelnd zur Diskussion verschiedener Sichtweisen bei den einzelnen Themen auffordern.<sup>39</sup>

### 7.3.1 Der „Geist“ von Bandung

Die Konferenz von Bandung war geprägt von einer positiven Stimmung aus neuem Selbstbewusstsein und einem Gefühl der Solidarität. Die Idee asiatisch-afrikanischer Solidarität hatte bereits 1926 ihren ersten Ausdruck in der „Liga gegen Kolonialismus und Imperialismus“, die in Belgien von studierenden Jugendlichen aus Asien und Afrika gegründet worden war. Als erster Ausdruck gemeinsamer Opposition richtete sich die Liga gegen den Kolonialismus West-Europas. Viele Vertreter asiatisch-afrikanischer Staaten zur Zeit der Konferenz hatten sich im Rahmen der Liga zum ersten Mal getroffen und die Verbindung teilweise über die Jahre aufrechterhalten. Der Generalsekretär der Bandung-Konferenz, der indonesische Politiker Roeslan Abdulgami, unterstrich später, dass diese Solidarität jedoch nicht prinzipiell gegen die westliche Zivilisation, wozu auch die USA, Neuseeland und Australien zählten, gerichtet war, allerdings: „as long as the West is anti the East, so long and tot hat extend will Asia-Afrika oppose the forms that antagonism takes whether they are imperialist, colonialist, neocolonialist o rare expressed as policies of racial discrimination and apartheid.“<sup>40</sup> Auf der Konferenz von Bandung wurde deutlich gemacht, dass die aus der westlichen Tradition hervorgegangenen Hauptströmungen, manifestiert durch die Unabhängigkeitserklärung und das Kommunistische Manifest, nichts mit den asiatisch-afrikanischen Traditionen gemein hätten. Es wurde dabei nicht der Versuch unternommen, von gemeinsamen Asiatisch-afrikanischen Traditionen zu sprechen, als Gemeinsamkeit wurde vielmehr die Anerkennung der jeweiligen Andersartigkeit untereinander hervorgehoben. Die gemeinsame und verbindende Kraft wurde jedoch im aufkommenden Nationalismus gesehen, der als Reaktion auf gemeinsames Leiden unter Kolonialismus und Imperialismus geboren wurde und deshalb besonders auf nationale Werte, nationale Würde und nationales Ansehen Wert legte. Mit Hilfe der asiatisch-afrikanischen Solidarität im so verstandenen Nationalis-

<sup>39</sup> Vgl. Miyagi Taizō: a.a.O., S. 122

<sup>40</sup> Abdulgani, Roeslan H.: The Bandung Spirit and the Asian-African Press, Rede des indonesischen Informationsministers Dr. H. Roeslan Abdulgani anlässlich der Vorbereitungskonferenz zur Konferenz asiatisch-afrikanischer Journalisten, gehalten am 11.02.1963 in Djakarta. In: Department of Information (Hrg.): Asian-African Press – Mirror of Struggling A-A Civilisations, Republic of Indonesia: ohne Datum, S. 12

mus sollte in diesem Jahrhundert die weltweite Verwirklichung des alten Traums in Angriff genommen werden: das Ende von Armut und Leid für die gesamte Menschheit. Die asiatisch-afrikanische Solidarität gegen Kolonialismus und Imperialismus sollte im Streben nach einer neuen Weltordnung, die mit den Forderungen eines sozialen Bewusstseins übereinstimmen sollte, zu einer realen Kraft werden. Für die beteiligten bzw. betroffenen Länder bedeutete dies zunächst, gegebenenfalls den Kampf fortzusetzen, bis vollständige Unabhängigkeit für die eigene Nation erreicht wurde. Nach Erreichen der Unabhängigkeit sollten verschiedene Standards für das materielle und geistige Wohlbefinden im Einklang mit den nationalen Zielen verwirklicht werden. Dabei sollten verschiedene Normen für das Verhalten in den laufenden internationalen Beziehungen formuliert und eingerichtet sowie die notwendigen Voraussetzungen zur Anwendung dieser Normen geschaffen werden. Zum Abschluss der Konferenz wurden schließlich ein Communiqué veröffentlicht, das Fragen wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit betraf, aber auch einige politische Stellungnahmen beinhaltete. Die letzteren können wie folgt zusammengefasst werden:

„a. Freiheit und Frieden hängen voneinander ab;

- b. Kolonialismus in all seinen Manifestationen ist ein Übel, das schnellstens beendet werden sollte;
- c. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen sollte zu Gunsten effektiver Zusammenarbeit für den Weltfrieden universal sein;
- d. Abrüstung und das Verbot, nukleare und thermonukleare Kriegswaffen zu produzieren, zu testen oder einzusetzen sind ein Muss, um die Menschheit und die Zivilisation vor der Angst und der Aussicht auf vollständige Zerstörung zu befreien.“<sup>41</sup>

Gleichzeitig gab die Konferenz eine Erklärung zur Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit heraus, in deren Präambel nachdrücklich auf den Zusammenhang zwischen Frieden, Freiheit und internationaler Sicherheit hingewiesen wurde. Die endgültige Formulierung der Prinzipien bedurfte jedoch mehrerer Korrekturen, nachdem eine ursprüngliche Version wegen ihrer kommunistisch anmutenden Diktion abgelehnt worden war. Über den Inhalt wurde eine eher unproblematische Übereinstimmung erreicht. Zu Prinzipien erklärt wurden die Respektierung der Menschenrechte, Respekt vor der Souveränität jedes Landes, die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Länder und aller Rassen, die Enthaltung von Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder sowie deren Beeinflussung, Respekt vor dem Selbstverteidigungsrecht gemäß der UN-Charta, die Enthaltung der Ausübung von Druck auf ein anderes Land, die Nichteinmischung beim Kampf eines Landes um die eigene Freiheit, die Regelung internationaler Konflikte durch Entscheidungen der Vereinten Nationen und der Respekt vor internationalen Vereinbarungen.<sup>42</sup> Die Nationen sollten daher Toleranz üben, in guter Nachbarschaft in Frieden leben und eine freundschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen entwickeln.

---

<sup>41</sup> Vgl. Abdulgani, Roeslan H.: a.a.O., S. 15

<sup>42</sup> Vgl. Miyagi Taizō: Bandon kaigi to nihon no ajia fukki. Tōkyō 2001, S. 141

### 7.3.2 Japans Verhalten auf der Konferenz

Die japanische Delegation hielt sich während der Konferenz an Shigemitsus Vorgaben und berichtete nach deren Ende, diese Haltung sei von Seiten ihrer Gesprächspartner positiv aufgenommen worden. Der japanische Delegationsleiter, der spätere Direktor des Nationalen Wirtschaftsplanungsbüros Takasaki Tatsunosuke, übte auf der Konferenz Selbstkritik gegenüber den asiatischen Ländern. Japan bereue sein Verhalten während des Zweiten Weltkrieges, es habe jedoch daraus gelernt. Es habe Krieg verursacht, sei jedoch auch selbst Opfer der Atombomben geworden. Aus diesen Gründen könne konsequenterweise nur der Weltfrieden das Ziel für die Zukunft sein. Takasaki vermied es peinlichst, bei ideologischen Streitpunkten Partei zu ergreifen, sondern propagierte ausdrücklich kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen asiatischen Ländern. Trotz des positiven Feedbacks, das die Delegationsmitglieder direkt erhielten, waren Japans Aussagen für Vertreter einiger Staaten zu neutral und nichtssagend. Sie führten dies auf Japans Verhältnis zu den USA zurück und stellten Japans ernsthaftes Interesse an der Konferenz generell in Frage. Einen Anhaltspunkt für diese Annahme sahen sie in der Tatsache, dass die japanische Delegation im Gegensatz zu den Vertretungen anderer Teilnehmer nicht hochrangig besetzt war, d.h. sie wurde weder durch den japanischen Premier- noch den Außenminister angeführt.

Im Rückblick auf die Ergebnisse der Konferenz sah der indische Initiator Nehru zwar keine direkten politischen Konsequenzen, die daraus konkret erwachsen seien, dennoch hielt er das Ereignis für einen wichtigen Meilenstein im Bewusstsein der teilnehmenden Staaten. Acht Jahre später verwies der Generalsekretär der Konferenz, der stellvertretende Ministerpräsident Indonesiens, Roeslan Abdulgani anlässlich einer Konferenz asiatisch-afrikanischer Journalisten in Djakarta nochmals auf den Geist der Menschlichkeit, der dieses Treffen geprägt habe, und sah in den gemeinsamen Gesprächsrunden, die als dessen Folge stattfanden, z.B. von Studenten, Schriftstellern und Frauen oder den Konferenzen asiatisch-afrikanischer Solidarität einen stetig wachsenden praktischen Ausdruck des „Geistes von Bandung“.<sup>43</sup>

Obwohl Japan auf der Konferenz selbst weder politische Akzente hatte noch im eigentlichen Sinn der Konferenz zu den ehemals kolonisierten Staaten zählte, hatte es dennoch beachtliche Ergebnisse erzielt. Die Selbstkritik half nicht nur, die immer noch feindselige Haltung einiger asiatischer Staaten gegenüber Japan abzubauen, durch die Betonung seiner Rolle als Opfer amerikanischer Atombomben und dem Weltfrieden verschriebener Staat gelang es ihm sogar, das Image als ehemaliger Aggressor so zu überwinden, dass es diesbezüglich das Mitgefühl und die Solidarität der Teilnehmer in der Ächtung von Massenvernichtungswaffen erhielt. Obwohl die mit den Angriffen auf Hiroshima und Nagasaki verbundene Katastrophe und die daraus resultierende berechtigte Ablehnung von Atomwaffen in keiner Weise in Frage

---

<sup>43</sup> Vgl. Abdulgani, Roeslan H.: a.a.O., S. 14

gestellt werden soll, bleibt die Betonung dieses Aspekts und die damit einher gehende, einseitige Akzentuierung der japanischen Selbstdarstellung auffällig. Die so betriebene, vorsichtige Wiederannäherung an die asiatischen Staaten entsprach zudem Japans politischer Zielsetzung in der Region. Indem wirtschaftliche Zusammenarbeit angestrebt und angeboten wurde, die, wie am Beispiel Indonesiens gezeigt wurde, in Abhängigkeit zur innenpolitischen, d.h. demokratischen Stabilität des jeweiligen Kooperationspartners stand, sicherte Japan seine eigenen Außenhandelsinteressen. Die Übereinstimmung mit den strategischen Konzepten der USA stand dazu nicht im Widerspruch, wurde jedoch von Seiten Japans außerhalb des wirtschaftlichen Aspekts nicht aktiv gesucht. Die Abstimmung mit den USA im Vorfeld der Bandung-Konferenz ist deshalb auch im Sinne dieser Priorität und mit Rücksicht auf Japans Wirtschaftsinteressen gegenüber den USA zu bewerten. Auch die von den USA vorgesehene Enthaltung ideologischer Stellungnahmen entsprach dabei durchaus Japans eigener Haltung, mögliche Handelsbeziehungen mit der VR China oder der Sowjetunion nicht durch ideologische Konflikte zu behindern. Dies stand zudem noch mit der grundsätzlichen Haltung der meisten Teilnehmer der Konferenz im Einklang, die diesen Konflikt als Import der westlichen Tradition ohnehin für sich ablehnten. Japans eigene konservativ-kapitalistische Position stand dabei außer Frage. Dennoch ergab sich als Resultat des Geistes der Konferenz für Japan die Möglichkeit, aus der Isolation der Kriegs- und Nachkriegssituation heraus die eigene Identifikation als asiatisches Land zu formulieren, was im Rahmen der auf der Konferenz getroffenen Feststellungen eine wenn auch rein ideelle Abgrenzung von den USA ermöglichte, um damit nicht nur Anschluss an eine Staatengruppe zu erreichen sondern als deren erklärtes Mitglied auch den eigenen geographischen Brennpunkt zwischen der Sowjetunion im Norden und den USA im Süden Japans zu relativieren. Die sich daraus für das Bewusstsein der japanischen Bevölkerung ergebende Signalwirkung wird durch die Darstellung einer japanischen Tageszeitung, vier Tage vor der Aufnahme Japans in die Vereinten Nationen in ihrem Ausmaß deutlich. Denn auch im Hinblick auf die Abstimmung darüber konnte sich Japan nun der Unterstützung durch die stimmberechtigten Teilnehmerstaaten der Bandung-Konferenz sicher sein, was vorher nicht in diesem Umfang absehbar gewesen war.

## **8 Internationale Vereinbarungen und Verträge, die bei den Vereinten Nationen registriert wurden**

Die Bedeutung, die Außenminister Shigemitsu in seiner Rede dem freien internationalen Fluss von Menschen und waren für Japans weitere Entwicklung beimaß, unterstreicht den Wert sich normalisierender internationaler Beziehungen und gesicherter Verfahrensbedingungen im internationalen Umgang für Japan. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Aufnahme in die Vereinten Nationen auch in dieser Hinsicht zur Unterstützung dieses Prozesses beitrug. Einen Überblick über die diesbezüglichen Aktivitäten und deren Schwerpunkte können hierbei die internationalen

Vereinbarungen geben, die für 1956 und 1957 bei den Vereinten Nationen registriert wurden. [ Der Anhang ist dieser Version nicht beigelegt]

Im genannten Zeitraum ist Japans Teilnahme bei insgesamt 76 Vereinbarungen vermerkt, von denen 19 multilateraler Natur waren. Von den 1956 registrierten 30 Einzelvereinbarungen entfielen allein 12 auf die USA. Zwei davon bezogen sich als Zusatzvereinbarungen zum Abkommen über die gegenseitige Unterstützung im Verteidigungsfall vom 08.03.1954. Vier Übereinkünfte bezogen sich auf den landwirtschaftlichen Bereich, weiterhin jeweils eine auf den Austausch von Patentrechten und technischen Informationen im Verteidigungssektor, auf den Austausch offizieller Veröffentlichungen und den Bau von Flugzeugen für den militärischen Gebrauch in Japan.

Die gemeinsame Erklärung mit der Sowjetunion und das Protokoll über die geplante Erweiterung der Handelsbeziehungen vom 19.10.1956 wurden ebenfalls aufgenommen. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die Aufnahme der jeweiligen Vereinbarung in die Sammlung der Vereinten Nationen nur durch einen Mitgliedsstaat vorgenommen werden konnte. Bis zu Japans Aufnahme erfolgte dies somit durch den jeweiligen Vertragspartner. Im Fall der Sowjetunion weist dies darauf hin, dass von deren Seite Wert auf die Registrierung gelegt wurde. Ebenfalls 1956 datierten die Vereinbarungen über Reparationsleistungen mit den Philippinen, das Kulturabkommen mit Indien, Verträge über Modalitäten in der Luftfahrt mit der Schweiz, Australien und Frankreich und im Bereich des Schiffsverkehrs mit Burma. Die Abschaffung oder Vereinfachung von Visa im Reiseverkehr mit den Niederlanden, Belgien und Italien sowie am Tag der Aufnahme mit Luxemburg setzte erste Akzente in dieser Hinsicht.

Weitere Abkommen betrafen Regelungen im Paketpostverkehr mit Kanada, multilaterale Übereinkünfte über Weizen, Walfang, die Statuten einer internationalen Atomenergie-Stelle und Zusatzvereinbarungen über den bilateralen Handel mit Griechenland. Eine Garantieleistung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung datierte im Februar 1956, zwei weitere erfolgten einen Tag nach Japans Aufnahme am 19. Dezember.

1957 traf Japan Regelungen im Personen-Reiseverkehr mit der Türkei, der Schweiz, Großbritannien, Nordirland, den Niederlanden, den USA und der Dominikanischen Republik, sechs multilaterale Vereinbarungen über die Abwicklung von Post- und Postbankdiensten, drei allgemeine Vereinbarungen über Tarife und Handel (General Agreement on Tariffs and Trade: GATT), Handelsabkommen mit Australien und Norwegen sowie Regelungen zum Schiffsverkehr. Kulturabkommen mit dem Iran, Pakistan, Ägypten und der Bundesrepublik Deutschland sowie ein internationales Abkommen zum Schutz von Kulturgütern dokumentierten die Entwicklung in diesem Bereich. Die Wiederherstellung der Normalisierung in den Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei wurde ebenfalls 1957 vereinbart. Weitere Regelungen betrafen internationale Standards im Gesundheitsbereich, verwaltungsrelevante Aspekte wie z.B. Beurkundung und Doppelbesteuerung. Vier Zusatzvereinbarungen zu den

Sicherheitsverträgen sowie drei Abkommen über die Nutzung von Nuklearmaterial durch Japan, von denen die ursprüngliche Vereinbarung bereits auf den 23. November 1956 datiert, machten die USA auch in diesem Jahr zum wichtigsten Vertragspartner, der Japan zudem besonders im Rahmen der GATT-Gespräche unterstützt hatte.

Der Vergleich der beiden Jahre zeigt eine eindeutige Zunahme der internationalen Verträge für die Zeit nach der Aufnahme Japans in die Vereinten Nationen. Obwohl einzelne Verhandlungen bereits vor diesem Termin begonnen hatten, ist die Stellungnahme Shigemitsus durchaus als markanter Punkt für die beschleunigte Normalisierung und Standardisierung im Bereich des internationalen Personen- und Warenverkehrs anzusehen. Auch die Zunahme der Vereinbarungen über kulturelle Zusammenarbeit dokumentiert den Ausbau dieses Schwerpunkts der japanischen Politik.

## Resümee

Die Untersuchung der Rede des japanischen Außenministers anlässlich der Aufnahme Japans in die Vereinten Nationen erforderte zunächst einen Blick auf die Rahmenbedingungen. Danach zählte Japan nach dem Ersten Weltkrieg als asiatische Großmacht und Mitglied der Alliierten zum Kreis der Großmächte, was durch den ständigen Sitz im Völkerbund-Rat seinen Ausdruck fand. Bereits der Vorläufer der Vereinten Nationen, der Völkerbund, sollte den internationalen Frieden erhalten helfen, es fehlte ihm durch das Fernbleiben der USA einerseits und mangelnder Vereinbarungen zur Durchsetzung seiner Entscheidungen andererseits allerdings notwendige Instrumente, um bei Bedarf restriktive Macht ausüben zu können. Japan selbst sah sich Anfang der 20er Jahre bereits Beschränkungen durch die westlichen Großmächte ausgesetzt und nach dem Erstarken des japanischen Militarismus trat es 1933 aus dem Völkerbund aus, da es seine koloniale Expansionspolitik nicht zur Diskussion stellen wollte. Die Ohnmacht dieser ersten internationalen Organisation führte etwa zehn Jahre später zum Entstehen einer weiteren Staatenvereinigung, die auf der Basis der bestehenden Machtverhältnisse die Bewahrung des Friedens nach dem Sieg über Deutschland, Italien und Japan gewährleisten sollte. Die dabei praktizierte Rücksichtnahme auf die USA a priori kennzeichneten diese als stärkste Wirtschafts- und Militärmacht jener Zeit. Die zentrale Machtposition der USA zeigte sich auch in dem Umstand, dass die gesamte Konzeption der Organisation mehr oder weniger nach US-amerikanischen Vorgaben erfolgte. Friedliche Koexistenz und Stabilität als Ziele der Vereinten Nationen deuten mit Hinweis auf die Position von Noam Chomsky vorrangig auf die Wahrung amerikanischer Wirtschaftsinteressen hin. Als politische Basis für die freie Entwicklung marktwirtschaftlichen Unternehmertums wurde die Staatsform der Demokratie zum Gradmesser für wirtschaftliche Verlässlichkeit, wobei die Freiheit des Individuums als zentrales Ziel besonders hervorgehoben wurde. Außerhalb dieser Arbeit, unter anderem bei Chomsky, existieren ausrei-

chende Hinweise, die die Art der Demokratie beschreiben, die von den USA in ihrem Sinn verstanden und respektiert wurde. Kennzeichnend dabei war, dass sie nach US-Vorbild jeweils so institutionalisiert sein sollte, dass, wiederum mit Rücksicht auf internationale Wirtschaftsinteressen, kein Eingriff in die bestehenden Machtverhältnisse eines Staates zu befürchten war. Die Ausbreitung des Kommunismus als Staatsform nach dem Zweiten Weltkrieg stellte daher zunächst eine Einschränkung und spätestens ab dem Korea-Krieg eine Bedrohung der eigenen Einfluss-Sphäre dar. Das Forum der Vereinten Nationen war daraufhin in den 50er Jahren durch die Konfrontation des Kalten Krieges geprägt. Da die VR China auf Betreiben der USA von einer Teilnahme ausgeschlossen war, war die Sowjetunion neben ihren Satellitenstaaten der maßgebliche Gegenspieler der USA. Um die Organisation der Vereinten Nationen im Sinne der USA aktionsfähig zu erhalten, wurde auf Vorschlag der USA eine „uniting for peace“ – Resolution angenommen, die ein Veto der UdSSR im Sicherheitsrat in Krisensituationen gegebenenfalls unterlaufen konnte. Trotz dieser Dominanz wurde immer darauf geachtet, dass den Verfahrensregeln der UNO entsprochen wurde. Bezuglich der Aufnahme neuer Mitglieder hatte dies zur Folge, dass nach der Aufnahme Israels im November 1948 bis Dezember 1955 keine neuen Staaten hinzu kommen konnten, da die UdSSR gegenüber westlichen Staaten ein Veto einlegte und von der UdSSR unterstützte Länder in der Vollversammlung keine Mehrheit fanden. Auf drängen einiger Mitgliedsstaaten einigte man sich 1955 auf die gesammelte Aufnahme von sechzehn Anwärtern, lediglich Japan wurde durch Veto der UdSSR ausgeschlossen, offensichtlich als Reaktion auf das Veto der Republik China gegen die Aufnahme der von der UdSSR unterstützten Mongolei. Auf diesen Umstand, dass sich das Veto der UdSSR nicht gegen Japan direkt gerichtet hatte, wies Shigemitsu ein Jahr später ausdrücklich hin. Die Untersuchung seiner Rede ergibt an dieser Stelle zwar kein erschöpfendes, immerhin jedoch ein die wesentlichen Aspekte berücksichtigendes Bild Japans im Moment seiner formalen, offiziellen Aufnahme in die internationale Staatengemeinschaft „Vereinte Nationen“.

Shigemitsu stellte sein Land nicht ausdrücklich als „demokratisches“ vor, sondern als ein Land, das sich der hohen Ideale bewusst sei, die menschliches Zusammenleben bestimmen. Für Japan bedeutete dies, wie gezeigt wurde, dass es nach der Kapitulation und der mehr als 6-jährigen Besatzung durch die Alliierten unter Oberbefehl der USA als Folge seiner Niederlage und der nachfolgenden Entmilitarisierung Maßnahmen in Kauf nehmen musste, die den Anforderungen der USA nach der neuen Staatsform „Demokratie“ genügten. Die anfänglich eingeleiteten Reformen wurden bereits ab 1948 zunehmend relativiert, da der desolate Zustand der japanischen Wirtschaft einerseits und die Vorboten des Kalten Krieges andererseits die Schwerpunkte der bestimmenden US-Außenpolitik auch in Bezug auf Japan veränderten. Dies ging so weit, dass selbst als Kriegsverbrecher verurteilte, inhaftierte Politiker frei gelassen wurden und erneut Zugang zu politischen Ämtern erhielten. Dies betrifft besonders den Redner selbst, der zwischen 1943 und 1945 als japanischer Außenminister für Japans Kriegsverbrechen mitverantwortlich war. (Während der Sitzung der Vollversammlung wurde er vom Vertreter Indiens als verantwortlich hinsichtlich Japans Engagement für Frieden und Zusammenarbeit gewürdigt.) Wie viele andere

dieser formal rehabilitierten Politiker gewann Shigemitsu auch unter demokratischen Vorzeichen bald wieder politischen Einfluss. Die „hohen Ideale“, die dabei zum Tragen kamen, hießen dabei unter der demokratischen Oberfläche nach wie vor Loyalität und Gefolgschaft und entsprachen somit, wie auch in den kooperierenden Wirtschaftsunternehmen, weiterhin streng hierarchischen Strukturen. Die selbe Dualität von demokratischem Anspruch und wirkenden Mechanismen zeigte sich ebenfalls im Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung. Es kann mit Maruyama Masao davon ausgegangen werden, dass im Großteil der japanischen Bevölkerung die traditionellen Werte im Gegensatz zu den importierten Ideen verwurzelt waren. Dies ergab ab 1955 nach außen das Bild einer rechtskonservativ dominierten, stabilen Demokratie, die in ihrer scheinbaren Geschlossenheit beim Wiederaufbau der Wirtschaft, hier verdeutlicht durch die Kommentare der Vertreter einzelner Mitgliedsstaaten, international Achtung und Bewunderung hervorriefen. Nach innen ergibt sich das dominierende Bild einer Herrschafts- und Gesellschaftsstruktur, die trotz Besatzung und Demokratisierung durch die USA kaum Zeichen einer Umerziehung erkennen lässt. Das Selbstverständnis zeigt sich, hier kenntlich gemacht am Beispiel der Spar- und ähnlicher Programme, durch die Wirksamkeit modifizierter *kokutai*-Elemente, die erneut das Wohl des Staates durch die Anstrengungen jedes Einzelnen propagierten. Die alten Machtverhältnisse hatten sich mit Ausnahme des Militärs unter den neuen Vorzeichen wieder stabilisiert, bestehend aus der mit absoluter Mehrheit regierenden Liberal-Demokratischen Partei, deren Profil für sich spricht, der Wirtschaft und der nach außen unauffälligen Bürokratie, die sowohl von den Nachkriegssäuberungen als auch von den Demokratisierungsmaßnahmen weitestgehend unberührt geblieben war. Auf die Rolle der nach westlichem Verständnis demokratischen Bewegungen und der Oppositionsparteien in Japan kann hier nicht eingegangen werden, da sie auf die Außenpolitik keinen Einfluss hatten. Das Hauptziel, das auch dem Nationalismus die Richtung wies, war die Entwicklung der Wirtschaft und damit verbunden die Rückgewinnung internationalen Ansehens, wie es schon Yoshida Shigeru formuliert hatte. Unter diesem Aspekt erschließt sich Japans Präferenz im Umgang mit seiner Umgebung eindeutig.

Nach der Entmilitarisierung war „Frieden“ der Begriff, den sich Japan als eines seiner Ziele auf die Fahnen schrieb. Der erste Grund hierbei lag natürlich darin, die amerikanische Besatzung von Japans zukünftiger Friedfertigkeit zu überzeugen. Durch die völlige Absage an Krieg, die in der Verfassung festgeschrieben wurde, bezeichneten amerikanische Politiker Japan bereits nach wenigen Jahren als „das friedliebendste Land der Welt“. Der Friedensvertrag von San Francisco 1952 und die Sicherheitsverträge mit den USA boten die einzige Möglichkeit, das Ende der Besatzung herbeizuführen. Weitere Verträge, wie z.B. mit Indien, leiteten eine fortschreitende Normalisierung ein. Der Forderung der USA nach rascher Wiederaufrüstung jenseits der Stärke der Selbstverteidigungskräfte konnte Japan sich erfolgreich widersetzen, da die Stärke der Opposition eine Verfassungsänderung in diesem Sinn verhinderte. Internationaler Friede war weiterhin eine notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung, da Japan durch seine Rohstoff-Importe auf sichere Transportwege, besonders in Südostasien, angewiesen war. Zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit

strebte Japan die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen an, um die offensichtliche Abhängigkeit von den USA in diesem Punkt zu relativieren. Dies zeigte sich bereits im Friedensvertrag von San Francisco, durch den Aufnahmeantrag im selben Jahr und die fortgesetzte Beteuerung, Japan wolle nach seiner Aufnahme die Arbeit der UNO zur Friedenssicherung aktiv unterstützen. Shigemitsu ließ auch keinen Zweifel daran, in welcher Form dies erfolgen sollte: durch die Unterstützung anderer Länder beim Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft und in diesem Zug durch den Ausbau der japanischen Konzepte außerhalb dieser von Eigeninteresse geprägten Vorstellungen sind bis 1956 nicht erkennbar.

Dieselbe Grundmotivation kann wiederum auch beim Vorgehen Japans gegenüber den Ländern Südostasiens angesetzt werden. Japan hatte sich im Vertrag von San Francisco generell zu Reparationszahlungen verpflichtet und bei den Verhandlungen darüber bestimmte der Terminus „wirtschaftliche Kooperation“ die japanische Position. Zahlungen waren nicht nur an Handelsvereinbarungen geknüpft, Japan machte sie außerdem von der politischen Stabilität des jeweiligen Landes abhängig, um die eigenen Wirtschaftsinteressen zu sichern. Die Teilnahme an der Konferenz von Bandung gab Japan zudem die Gelegenheit, sein Ansehen zu verbessern, indem durch die Entschuldigung für Japans Verhalten während des Krieges ein ideeller Schlussstrich unter diese Kapitel gezogen wurde. Die Betonung des eigenen Leidens durch die amerikanischen Atombomben führte in diesem Punkt sogar zu einer Solidarisierung seitens der asiatisch-afrikanischen Gruppe. Auf Japans innenpolitische Situation in dieser Beziehung wurde in dieser Studie nicht ausführlich eingegangen, der außenpolitische Umgang mit dem Thema erscheint zwiespältig, zumal Japan zu diesem Zeitpunkt bereits in Verhandlungen mit den USA über die Lieferung von Nuklearmaterial zur zivilen Nutzung stand. Die Wiedereingliederung Japans in der Region war ein weiterer Schritt auf dem Weg zu internationaler Anerkennung, zumal es, trotz der Hervorhebung der Schwäche der eigenen Wirtschaft bei Reparationsverhandlungen, von den südostasiatischen Ländern bereits wieder als reiches asiatisches Land angesehen wurde. Darüber hinaus konnte es sich im Sinne der asiatisch-afrikanischen Gruppe selbst als asiatisches Land definieren, was, wenngleich in moderater Form, zur Abhebung der eigenen Position gegenüber den USA beitrug. Dieser Ansatz hatte sowohl Auswirkungen auf die eigene Bevölkerung als auch auf das Verhältnis zur Sowjetunion, die ihn als „Verfolgung einer unabhängigen Politik“ zu akzeptieren bereit war. Auch die Basis der Beziehungen zur Sowjetunion bildeten Handelsabkommen, die durch den persönlichen Einsatz von Premierminister Hatoyama zur gemeinsamen Erklärung von 1956 beitrugen, innerhalb derer die UdSSR ihr Einverständnis zu Japans UNO-Aufnahme festschrieb. Die Tatsache, dass Japan diese Hürde durch direkte Verhandlungen und Vereinbarungen ausräumen konnte, wurde auf der Vollversammlung als weiteres Zeichen für Japans Stärke hervorgehoben.

Japans Interesse an der Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen kann in diesem Sinne vorrangig hinsichtlich der sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Aspekte gesehen werden, was durch die Aktivitäten im Bereich der bi- und multilateralen Vereinbarungen belegt wurde. Die nach Möglichkeit grenzenlosen Handelsinteressen

wurden hierbei besonders durch die Beziehungen zur VR China deutlich, die in der Rede Shigemitsus verständlicherweise nicht erwähnt wurden, da sie das Eigeninteresse Japans vor die politische Ächtung der VR durch die Vereinten Nationen stellten. Ebenfalls nicht ausdrücklich erwähnt wurde Japans Verhältnis zu den USA, obwohl Shigemitsus Dank für die Unterstützung bei der Erreichung der Mitgliedschaft besonders an sie gerichtet war. Schon während der Besatzung waren die USA an der Förderung und Konsolidierung der japanischen Wirtschaft interessiert, da sie einerseits den größten Beitrag zur Versorgung Japans leisten mussten und andererseits die wirtschaftliche Stärke Japans einen wichtigen Aspekt der Sicherheitspolitik der USA in Südostasien ausmachte. Japans Teilnahme wurde daher in internationalen Gremien unterstützt, wobei hier besonders die GATT-Verhandlungen das Ausmaß der Unterstützung verdeutlichen. Japan durfte im Gegensatz zum Anliegen der Verhandlungen Einfuhr-Zölle auf ausländische Konsumgüter beibehalten, hatte dessen ungeachtet dennoch Zugang zu den Märkten der anderen Teilnehmerländer. Besonders der Zugang zum US-amerikanischen Markt selbst machte Mitte der 50er Jahre einen Großteil des japanischen Außenhandelsvolumens aus. Den mit den Fördermaßnahmen einher gehenden strategischen Gesichtspunkten wurden von japanischer Seite höchstens durch Lippenbekenntnisse Rechnung getragen. Eigeninteresse in dieser Richtung war nicht vorhanden.

Zusammengefasst stellt sich Japan Position bei seiner Aufnahme in die Vereinten Nationen folgendermaßen dar: Außenpolitisch hat es, bedingt durch den Einfluss der USA ab 1945, die Wandlung von einem vormals militaristischen Land zu einer allseits anerkannten, friedliebenden Demokratie vollzogen. Im Zuge dieser Entwicklung hat es sich mit den ehemaligen Feindstaaten auf die ein oder andere Art arrangiert, wo immer möglich durch wirtschaftliche Vereinbarungen. Seine Zugehörigkeit zum westlichen Lager als Folge der Friedenskonferenz von San Francisco etablierte es unter den westlichen Staaten, ab 1955 hatte es eine weitere Basis im Kreis der asiatisch-afrikanischen Staaten gefunden. Das Verhältnis zur Sowjetunion, und außerhalb der UNO zur VR China, war abhängig von der Person Hatoyamas, aber zumindest 1956 unter den gegebenen Umständen zufriedenstellend. Die Betonung der eigenen Hingabe an die Friedensliebe verstärkte insgesamt den Eindruck einer idealistischen, gefühlsbetonten Haltung gegenüber der Arbeit der Vereinten Nationen. Unter Berücksichtigung dieser Sachverhalte und der Tatsache, dass Japan die Länder, zu denen Verbindungen bestanden, ausdrücklich um Hilfe bei seinem Anliegen gebeten hatte, kann das bemerkenswerte einstimmige Ergebnis im Sicherheitsrat und in der Vollversammlung verständlich werden. Die ideelle Bedeutung der Aufnahme in dieser einstimmigen Form für das Selbstbewusstsein der japanischen Bevölkerung erhält in Kenntnis der aufgezeigten Strukturen in der Gesellschaft einen besonderen Stellenwert. Die UNO als zentrale Welt-Institution scheint als internationaler Bezugspunkt den ehemaligen, rein nationalen Bezug erweitert zu haben. Wenn in der japanischen Presse von „kokuren chūshin shugi“ gesprochen wird, erscheint die Hingabe „für die Vereinten Nationen“ mit Slogans wie „für den Tennō“ aus der Zeit vor 1945 vergleichbar. In diesem Sinn wird einmal mehr die Kontinuität der alten Reichsstrukturen sichtbar, wonach Japan seine Anliegen, Anerkennung und wirtschaftlicher Wohl-

stand, nach dem Fehlschlagen des militärischen Weges vor 1945, nach 1945 mit anderen Mitteln weiterverfolgen konnte. Im Gegensatz zu Deutschland nach dem Krieg, ist für Japan in diesem Sinn keine Identitätskrise feststellbar. Diese „anderen Mittel“, Frieden und Kooperation mit der Ausrichtung auf eine starke, global akzeptierte internationale Organisation, haben sich durch die damit verbundene internationale Anerkennung Japans als der Erfolg versprechende Weg gezeigt. Die Aufnahme in die Vereinten Nationen bedeutete daher nicht nur, wie aus den Kommentaren von Vertretern in der Vollversammlung deutlich wurde, eine letzte vollständige Rehabilitation, sie ist ein sichtbarer Erfolg für die japanische Politik und bedeutet gleichzeitig, wie es eine japanische Zeitung formulierte, „Japans Neuanfang auf der Weltbühne“, verbunden mit mehr Handlungsspielraum, als mit militärischen Mitteln je erreichbar gewesen wäre. Dessen war sich Shigemitsu in seiner Rede bewusst.

Peter Johannsen